

INTERNATIONALE KOMMUNISTISCHE PARTEI

BULLETIN NR.9

mit Auszügen aus der internationalen Presse der IKP

SPANIEN : DIE ANTIPROLETARISCHE STRATEGIE
DER DEMOKRATISCHEN ERNEUERUNG

LENIN UND DIE LOSUNG DER "ARBEITERKONTROLLE"

DIE FRAGE DER "DEMOKRATISCHEN FORDERUNGEN"
AM BEISPIEL § 218

DER KAPITALISMUS UND DIE ERNÄHRUNG DER MENSCHHEIT

ARBEITSGRUNDLAGE FÜR DIE ERARBEITUNG EINER PLATTFORM
FÜR DIE GEWERKSCHAFTLICHE AKTION IN DER BRD

ARGENTINIEN : EINE ERSTE BILANZ

INTERVENTIONEN DER PARTEI: DIE SOLDATENBEWEGUNG IN FRANKREICH

B U L L E T I N NR. 9

Januar 1976

Inhalt:

SPANIEN: Die antiproletarische Strategie der demokratischen Erneuerung	S. 1
Lenin und die Losung der "Arbeiterkontrolle"	S. 10
Die Frage der "demokratischen Forderungen" am Beispiel des § 218	S. 31
Der Kapitalismus und die Ernährung der Menschheit	S. 44
Arbeitsgrundlage für die Erarbeitung einer Plattform für die gewerkschaftliche Aktion in der BRD	S. 60
ARGENTINIEN: Eine erste Bilanz	S. 75
Interventionen der Partei: Die Soldatenbewegung in Frankreich	S. 81

- - - - -

edizioni programma comunista
- Milano -

editions programme communiste
- Paris -

Verantwortlich und Kontaktadresse für Deutschland:

Ch. Erkadoo,
1 Berlin 61
Obentrautstr. 32

AUS DEM PROGRAMM der
INTERNATIONALEN KOMMUNISTISCHEN PARTEI

- Punkt 3: Das Proletariat kann die kapitalistischen Produktionsverhältnisse, von denen seine Ausbeutung herrührt, weder verletzen noch verändern, ohne die bürgerliche Macht gewaltsam zu stürzen.
- Punkt 4: Das unentbehrliche Organ des revolutionären proletarischen Kampfes ist die Klassenpartei. Die Kommunistische Partei, die den fortgeschrittensten und entschlossensten Teil des Proletariats in sich zusammenfaßt, vereinigt die Anstrengungen der Arbeitermassen, indem sie sie von den Kämpfen um Gruppeninteressen und um unmittelbare Resultate zum allgemeinen Kampf um die revolutionäre Emanzipation des Proletariats hinleitet. Die Partei hat die Aufgabe, die revolutionäre Theorie unter den Massen zu verbreiten, die materiellen Mittel der Aktion zu organisieren, die Arbeiterklasse in der Entwicklung des Kampfes zu führen und die historische Kontinuität und internationale Einheit der Bewegung zu sichern.
- Punkt 5: Nach dem Sturz der kapitalistischen Macht kann sich das Proletariat als herrschende Klasse nur organisieren, wenn es den alten Staatsapparat zerstört und seine eigene Diktatur errichtet, d.h. die bürgerliche Klasse und die einzelnen Bourgeois, solange sie gesellschaftlich überleben, von jedem politischen Recht und politischer Funktion ausschließt und die Organe des neuen Regimes ausschließlich auf der produktiven Klasse gründet. Die Kommunistische Partei, deren programmatische Kennzeichen in dieser grundlegenden Forderung besteht, repräsentiert, organisiert und leitet einheitlich die Diktatur des Proletariats. Die notwendige Verteidigung des proletarischen Staates gegen alle konterrevolutionären Versuche kann nur dadurch gesichert werden, daß einerseits der Bourgeoisie und den Parteien, die sich der Diktatur des Proletariats widersetzen, alle Mittel der Agitation und der politischen Propaganda entzogen, und andererseits bewaffnete Organisationen des Proletariats geschaffen werden, um die inneren und die äußeren Angriffe zurückzuschlagen.
- Punkt 6: Nur die Macht des proletarischen Staates wird alle darauffolgenden Eingriffe in die sozial-ökonomischen Verhältnisse systematisch durchführen können, mit denen die Ersetzung des kapitalistischen Systems durch die kollektive Leitung der Produktion und Verteilung verwirklicht wird.

- 1 -

SPANIEN: DIE ANTIPROLETARISCHE STRATEGIE DER
DEMOKRATISCHEN ERNEUERUNG
(UND DIE LINKE ATMET AUF...)

Mehr als alle anderen europäischen Länder hat Spanien die Aufeinanderfolge aller möglichen Regierungsformen erlebt. In der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts wurden liberale Bewegungen und Statuten feierlich zugelassen und wieder abrupt verboten. Die Regierung von Isabel II war eine auf dem Papier verfassungsmäßige Monarchie, gewürzt mit militärischen Pronunciamentos. Nach 1874 gab es die schlechthin verfassungsmäßige, wiederhergestellte Monarchie der Borboren. Die Republik erlebte es in der kantonalistischen Form 1872-73 und in der zentralistischen 1931. Beide, die monarchische und die republikanische Lösung, jeweils konservativ und progressiv, kirchlich und weltlich, demokratisch und antidemokratisch. Es hat das paternalistisch-korporative Regime von Primo de Rivera und das militär-faschistische von Franco erlebt. Abgesehen von den falangistischen Ultras, die die Kontinuität des bürgerlichen Staates mit der unveränderten Kontinuität des Regimes identifizieren, teilten alle politischen Kräfte der spanischen (und internationalen) Bourgeoisie und des Opportunismus aller Schattierungen bereits lange vor Francos Tod die wesentliche Sorge und strategische Überlegung des Caudillo, der nicht aus Altersstarrsinn oder angeborenen Nostalgieneigungen von langer Hand seine Nachfolge in Form einer Monarchie gleichzeitig regimekonformen und über dem Regime stehenden, autoritären aber nach allen Seiten vorfühlenden, kontinuieritätswahrenden aber "umbruchverheißenden" von Gottes und Francos Gnaden legitimierten, gleichzeitig aber als "Einzelherrschaft" eines nicht gänzlich kompromittierten Mannes die Möglichkeit der "Beeinflussung" überall erweckenden Regierung vorbereitet hat. Andere politische Kräfte vertraten und vertreten wegen ihres historischen Ursprungs, ihrer soziologischen Beschaffenheit, ihrer internationalen Bindungen mit anderen bürgerlichen Kräften, ihrer spezifischen Rolle in der Zurückhaltung der Arbeiterklasse, andere taktische Lösungen. Die strategische Überlegung bleibt aber dieselbe: wie die für die Kontrolle der Arbeiterklasse und der proletarisierten Schichten erforderliche Transformation des Regimes durchführen, ohne daß dabei die sozialen Explosionen ausbrechen, deren Vorbeugung diese Transformation gerade bezweckt? Wie die erneute Wachablösung auf Regierungsebene ohne Gefahr für die Kontinuität des Staates und mit dem Vorteil einer Arbeitsbefriedung vollziehen? Auf diese von allen Seiten und von den sogenannten "Arbeitervertretern" besonders intensiv in Angriff genommene, antiproletarische Vorbereitung der "Ära nach Franco" geht der folgende Artikel aus unseren Zeitungen "Programma Comunista" und "Le Proletaire" ein, der bereits vor dem Tod des Henkers Anfang Oktober 1975 erschienen ist, von den darauffolgenden und kommenden Ereignissen jedoch nur bestätigt wurde

Die Erschiessung der fünf jungen antifrancistischen Militanten hat die kürzlich zwischen der "Demokratischen Junta" und der "Demokratischen Plattform" abgeschlossene Vereinbarung in den Hintergrund gerückt. Diese Vereinbarung umfaßt programmatisch den Stalinismus, die Sozialdemokratie, die carlistischen Monarchisten und die Christdemokraten, letztere durch Joaquin Ruiz Jimenez, Exminister Francos und geistiger Vater

der LEGALEN Zeitschrift "Cuadernos para el Dialogo" vertreten. Daß ein Teil der spanischen Bourgeoisie im Namen einer liberalen Wiedergeburt Spaniens mit der alten demokratischen Opposition koalitiert, kann nur naive Leute verwundern, die an den unerbitterlichen Kampf der Demokratie gegen den Faschismus oder zwischen Gut und Böse und dgl. glauben.

Diese Allianz drückt in der Tat eine tiefe Tendenz der spanischen Bourgeoisie aus, die ganz offen eingestanden wird: "Das erklärte Ziel, das von äußerst verschiedenen Strömungen vertreten wird, ist identisch: die Demokratisierung Spaniens (...). Gegenwärtig besteht die große Aufgabe darin, dem spanischen Volk den Übergang zur politischen Aktion zu ermöglichen". (La Vanguardia Espanola", 18.7.75). Und wo kommt dieses Änderungsbedürfnis her? Geben wir unter anderen V. Perez Sabada das Wort. In einem Artikel der bürgerlichen Zeitschrift "Indice" vom März 74 (also bereits vor der portugiesischen Krise erschienen), genannt "Para un programa de gobierno" (Für ein Regierungsprogramm) zeigt dieser Autor eine Klarsicht, die Lenins Respekt für die unvergleichliche politische Erfahrung der internationalen Bourgeoisie entspricht.

"Sobald unserem Wirtschaftsapparat der Nährboden der ungeheuerlichen europäischen und amerikanischen Prosperität fehlen wird, sobald die unerbittliche Generationenablösung neue Motivationen für die Aufgaben der sozialen Kontrolle erfordern wird (d.h. die Unterwerfung aller Gesellschaftsklassen unter die Erfordernisse der Erhaltung der bürgerlichen Gesellschaft und der kapitalistischen Akkumulation), dann werden die tiefen Gleichgewichtsstörungen unserer Gesellschaft mit aller, während der letzten Jahrzehnte UNTERDRÜCKTEN Kraft zutage treten". (Von Sabada unterstrichen). "Ich werde hier die dabei zusammenwirkenden Faktoren nicht untersuchen... Man kann aber unter anderem die mangelnde Konkurrenzfähigkeit unseres Wirtschaftsapparates, die FEHLENDE HARMONIE ZWISCHEN DEN PRODUKTIONSKRÄFTEN (1)... die starken Unterschiede zwischen den Regionen (...), die mögliche ABNAHME UNSERER AUSWANDERUNG NACH EUROPA (die unsere WIRKLICHE Arbeitslosigkeit offensichtlich machen würde) usw. zitieren".

Mit anderen Worten: die spanische Bourgeoisie sagt nicht nur, daß sie mit einer labilen kapitalistischen Wirtschaft in eine historische Periode von großen Ungewißheiten und wachsenden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Gleichgewichtsstörungen tritt, sondern auch, daß dies unter solchen Bedingungen geschieht, daß sie nicht in der Lage ist, den proletarischen Verteidigungskampf zu verhindern (nach offiziellen Zahlen aus "Problemes économiques et sociaux" vom 24.1.1975: 900 Arbeitskonflikte, eine Million Streikende und 24. Millionen Streikstunden 1973). Hinzu kommt noch, stöhnt die spanische Bourgeoisie, daß unser politischer Zusammenhalt, der vom Bürgerkrieg stammt, Risse bekommt (2). "Das schlimmste",

(1) Ein offizieller Wortführer der Bourgeoisie erkannte die Unfähigkeit des Francismus, ein langsames aber energisches Wiederaufleben der Arbeiterbewegung zu verhindern: "Dieses Gefühl der Erschöpfung der Wachstums-, Verhandlungs- und Dialogmechanismen in den letzten Jahrzehnten wird noch krasser, soweit es um die Beziehungen zwischen Arbeitern und Arbeitgebern geht. Seit Jahren nennt man die Betriebe eine Interessengemeinschaft im Dienste der Volkswirtschaft."

betont Sabada, ist daß die herrschende Klasse Spaniens nur den Rest des spanischen Volkes AUSBEUTEN kann, da sie wegen des Mangels an schöpferischem Geist und an Konkurrenzfähigkeit unseres Produktionsapparates kein GEWICHT in den internationalen "Wirtschaftsbeziehungen hat".

Welches ist die beste bürgerliche Lösung für eine solche Lage der Dinge? Aber klar: die Demokratie! Eine Demokratie, die imstande ist, die ZWANGSKRAFT des Staates - der sich während langer Jahrzehnte gepanzert hat und von der francistischen Diktatur weiter gestärkt wurde - und die betrügerische Nachgiebigkeit des Parlamentarismus mit der FREIWILLIGEN Unterwerfung des Proletariats unter die Interessen des Kapitalismus zu verbinden.

Die monarchistische Tageszeitung ABC erklärt, daß "es notwendig ist, Einfalt, Wagemut und Autorität (!!!) zu zeigen, alles Bedingungen, die in unserem unbeweglichen Establishment fehlen. Dazu ist es unerläßlich, diese erschöpfte Oligarchie mit neuen politischen Formationen zu erneuern, die von der sterilen und demoralisierenden Defensive (habt Ihr gehört, Demokraten?) zu einer mutigen konstruktiven Aktion in Einklang mit der Wirklichkeit dieses neuen Landes übergehen". ABC geht weiter: "Das demokratische und pluralistische System ist die beste Barriere gegen die kommunistische Diktatur", und das ist so wahr, daß "die Demokratien auch auf militärischer Ebene am stärksten sind, wie der letzte Weltkrieg bewiesen hat. (18.9.75).

Die Wirklichkeit hat aber eindeutig bewiesen, daß es zwischen den verschiedenen Komponenten immer einen scharfen Interessengegensatz gegeben hat". (La Vanguardia espana, 19.9.75).

(2) Dies ist eine eindeutige Bestätigung der marxistischen Voraussage über die totalitären bürgerlichen Regime, die wie der Francismus glauben, mit terroristischer Gewalt und politischer Zentralisation die ökonomischen und sozialen Gegensätze abschaffen zu können, die die ganze kapitalistische Gesellschaft durchwachsen. Unsere Strömung schrieb 1923: "Die faschistische Bewegung hat in Italien - und das kann morgen woanders geschehen - mit einer einheitlichen politischen Partei gleichzeitig eine Disziplin der Interessengelüste der verschiedenen bürgerlichen Gruppen geschaffen. Die Logik seiner Linie geht aber in die Brüche (...). Die organisatorische Parteeinheit, die auf den Staat übertragen wird, muß zur Verteidigung der freien Wirtschaft, der Dezentralisation der wirtschaftlichen Tätigkeit, der Anarchie der Produktion und des sozialen Lebens, kurzum des Kapitalismus, eingesetzt werden (...). Der Interessengegensatz, den der Faschismus durch eine bemerkenswerte Anstrengung der herrschenden Klasse zum Schweigen gebracht hat, wird keineswegs überwunden sondern mehr denn je verschärft. Das ist der immanente Widerspruch des Faschismus, trotz seiner ungeheuerlichen Tragweite". (A. Bordiga, "Mosca e Roma", in: "Il Lavoratore", 17.1.1923).

Die Kirche gibt ihren Segen: "Die Bischöfe befürworten einen Institutionswechsel und eine gesetzlich gesicherte Beteiligung aller Individuen und Gruppen, ohne Diskriminierungen. Sollte eine solche Gesetzgebung nicht eingeführt werden, würde man gefährlichen Frustrationen Vorschub leisten". (Erklärung der Spanischen Bischofskonferenz in "Le Figaro", 2.12. 1974).

"Unser Problem in diesem Jahrzehnt" - das Wort ist wieder bei Perez Sabada - "besteht darin, eine Gesellschaft zu organisieren, deren Zwangsapparat, notwendigerweise weniger hart als der vorangegangene, dazu reicht, alle möglichen Spannungen und Gleichgewichtsstörungen einzudämmen. Dies impliziert eine gerechtere (!), freiere (!!) Gesellschaft mit einem höheren Grad von Übereinstimmung (!!!), Schöpfergeist und Solidarität" (zwischen den Klassen, selbstverständlich).

Versteht Ihr, spanische Proletarier? Gestern mußtet Ihr vor Gewehr und Knüppel zurückweichen. Jetzt, wo man nicht erreicht, die Wiederaufnahme Eures Verteidigungskampfes zu verhindern, will man, daß Ihr Euch aus "freiwilliger Selbstentscheidung" beugt. Der Autor nennt die von einem Teil der bürgerlichen "Vorhut" Spaniens herbeigewünschten Maßnahmen wie folgt:

"1. Nationale Wiederaussöhnung. Die spanische Linke muß die SOLIDARISCHE Mitverantwortung (vom Autor hervorgehoben) für die Veränderungen, die unsere Gesellschaft durchführen muß, übernehmen und sowohl auf Opportunismus als auch auf jegliche Vergeltungsgedanken verzichten. Sie muß offen spielen" (heute...versteckt sie wohl die Karten!!)."Die Beweggründe und Gefühle von gestern dürfen nicht mit den Problemen von morgen verquickt werden". Mit anderen Worten, die "Arbeiterparteien" KPE ("Kommunistische" Partei), PSOE (Sozialdemokraten) usw. können in unseren Staatsapparat integriert werden, da sie sich unserer Staats- und Klassenrason beugen.

"2. Öffentlicher Sektor. Dieser muß auf die Rolle als "Krücke" des gelähmten privaten Sektors verzichten und den Vorposten der schöpferischen Initiative effektiv einnehmen, um unter anderem den Mindeststand von Leistungsfähigkeit und Gemeinnutzen zu bestimmen, unter dem alles, was im privaten Sektor "nicht geht" sich erneuern oder verschwinden müßte. Der öffentliche Sektor ist am besten dazu geeignet, um aus einer Planung in nationalem Maßstab, aus der Entwicklung der Grundlagenforschung, aus der Zuwendung von Mitteln für gut überlegte Projekte, aus der Bildung von langfristig gewinnbringenden Unternehmen, aus Mitbestimmungs- und Selbstverwaltungsversuchen, Nutzen zu ziehen". Mit anderen Worten: es steht dem spanischen Staat zu, an der Spitze des spanischen Kapitalismus zu marschieren und, wie es sich nach einer Wirtschaftskrise gehört, die Liquidierung des toten Gewichts der bankrottgehenden Unternehmen zu beschleunigen. Es erübrigt sich, darauf hinzuweisen, daß der Autor diesen Versuch in Staatskapitalismus - oder besser in Staatsindustrialismus - als "sozialistisches Experiment" ausgibt, dem gegenüber der kapitalistisch private Sektor eine "untergeordnete" Rolle spielen würde. Siehe mal: vom Franco-Anhänger zum...Stalinisten!

Während die Kirche dafür plädiert, daß "die Arbeiter das Recht

haben zu streiken und Gewerkschaften für die Verteidigung ihrer Interessen zu bilden" ("Le Monde", 21.9.74), geht unser aufgeklärter Bourgeois gegen den vertikalen Syndikalismus auch an, weil "je größer der Unterschied zwischen der OFFIZIELLEN und der WIRKLICHEN Arbeiterwelt ist, desto größer werden die Konflikte kurzfristig und langfristig sein". Er schlägt

"3. Den sozialistischen Kooperativismus" vor. Damit würde man folgendes erreichen: "a) die Integrierung - unter dem Zeichen der Hoffnung (!) und der Solidarität (!) - eines großen Teiles unserer aktiven Bevölkerung in unsere überlieferten Wirtschaftsstrukturen". Hier soll man lesen: die Integrierung der klassenkollaboristischen, aber auf freiwilliger Mitgliedschaft beruhender Gewerkschaften unter Führung der Opportunisten in den Staatsapparat und in die Betriebsstruktur, was große "Hoffnungen" erwecken und es möglich machen wird, von den Arbeitern zu fordern, daß sie die Ärmel hochkrempeln". Unser Autor fährt fort: "Man würde somit unsere Gesellschaft mit einem heute fehlenden Stabilisierungsmechanismus versehen, sowie mit einem Erzeuger von Kollaborationsverhältnissen (...) b) eine neue soziale Moral" (d.h. für die freiwillige Zusammenarbeit der unterdrückten Klassen).

"Wenn man will, daß (...) die Arbeiter, anstatt mißtrauende und Mißtrauen erweckende Fremde zu bleiben, sich mal am Produktionsapparat beteiligen, muß man sie organisch in diesen Apparat integrieren. Es ist klar, daß ein solches Programm Risiken enthält: "Spanien hat nichtsdestotrotz ernsthafte Gründe, diese Möglichkeit auf jeden Fall zu untersuchen, denn eine spontane Wiederbelebung (des spanischen Kapitalismus) ist nicht möglich, und man muß berücksichtigen, daß unsere Probleme keine leichte Lösung zulassen, so daß nichts anderes übrig bleibt, als unter den schwierigen Lösungen seine Wahl zu treffen".

Genau dasselbe vertreten die Christdemokraten um Joaquin Ruiz Gimenez: "Auf noch nie dagewesene Probleme muß man mit neuartigen Aktionen antworten (...). Weitsichtige Westler - die gibt es auch in der Rechten (!!) in den neokapitalistischen Milieus - haben festgestellt, daß die Schwierigkeiten dieser Stunde den Dialog mit dem Gegner erfordern (...). Man muß sich an den Gedanken gewöhnen, daß sich der Augenblick nähert, wo die Regierungstätigkeit notwendigerweise eine gewisse Eingliederung der Opposition und der feindlichen politischen Gruppen zwingend machen wird. Im allgemeinen erscheinen die gesellschaftlichen Formeln zunächst in der Wirtschafts- und Industriewelt. Der ganze breite Prozeß der Integration, der Eingliederung in die GESELLSCHAFT oder in die ARBEITSGEMEINSCHAFT, in den Betrieb oder in den Staat muß als Richtlinie (...) im Bereich der strikt politischen Entscheidung dienen" (Aguilar Navarro, in den zitierten Cuadernos vom Oktober 1974).

Man braucht kein großes Vorstellungsvermögen, um sich zu vergegenwärtigen, wie die spanische KP und dgl. diesen Plan für die "Verjüngung" Spaniens in der "nationalen Eintracht" aufgenommen haben; sie wurden zu dessen entschiedensten Verfechter - auf dem Rücken der Ermordeten, der Verfolgten und der Unterdrückten!

Bereits im Frühling 1974 erkennt die KPE, "daß das francisti-

sche Regime unwiderruflich zusammenbricht, weil es die Unterstützung der Kirche und auch des Unternehmertums, das die neue spanische Industriegesellschaft geschaffen hat, und für welches die Fortsetzung des Francismus eine brutale Abbremsung der Entwicklung und Modernisierung des Landes bedeuten würde", verloren hat. (L'Humanite", 31.7.74). Nach einem wilden und ununterbrochenen Massaker der Proletarier genügte der erste Wink der Bourgeoisie, damit der Stalinismus ausruft: "Zu Befehl!".

Ihr wollt die "nationale Wiederaussöhnung"? Nichts anderes wollen wir auch, erklärt die KPE: "Wir wollen die Wiederaussöhnung der Spanier (Bourgeois, Polizei, Klerus, Proletarier, Bauern, alles in einem Topf); wir wollen die Nachwirkungen des Krieges endgültig überwinden (im Bewußtsein der Proletarier!). Wir wissen, daß viele Spanier, links wie rechts, DASSELBE WIE WIR DENKEN UND WÜNSCHEN; ("Le Monde", 23./24.6.74).

Werdet Ihr die "demokratischen Spielregeln" respektieren und die Unterdrückung der Gegner des zukünftigen bürgerlichen und...demokratischen Regimes bejahen? Selbstverständlich! antwortet die KPE, die nichts anderes will als "das Recht ALLER PARTEIEN, der linken und der rechten, ich wiederhole der linken und der rechten, sich normal ausdrücken zu können"; und "wenn Gruppen den Willen erklären, die Demokratie zu zerstören, ist es eine Sache der Gerichte, sie vogelfrei zu erklären" (cbda und "L'Humanite", 12.4.75).

Wollt Ihr die Kontinuität Eurer Zwangsgewalt und die "sanfte" Transformation Eurer Herrschaftsform gleichzeitig sicherstellen? Zu Befehl! "Die spanische Gesellschaft (für den Opportunismus ist die "Gesellschaft" immer die bürgerliche Gesellschaft) hofft, daß alles verändert wird, damit die NORMALE Funktionsfähigkeit des Staates OHNE GESELLSCHAFTLICHE RÜCKSCHLÄGE ODER UNRUHEN gesichert wird (...). DIE KONTINUITÄT DES STAATES erfordert die Nicht-Kontinuität des Regimes" (...). "Die Bourgeoisie und die Mittelklassen in Spanien wissen heute, daß die sehr gewünschte Rückkehr zur Demokratie ohne Gewalt und ohne Unruhen vollzogen werden kann, WIE WIR ES IMMER BEFÜRWORTET HABEN" (L'Humanite", 31.7.74 und "Le Monde" 23./24.6.74).

Braucht Ihr die AKTIVE SOLIDARITÄT des Stalinismus, um die für die gesellschaftliche Erhaltung erforderlichen politischen Änderungen durchzuführen? Keine Sorge! "Um dieses Programm zu verwirklichen, müßte man... eine provisorische demokratische Regierung der nationalen Wiederaussöhnung bilden, eine Regierung aus linken und rechten Kräften, die das Gleichgewicht und den inneren Frieden garantieren kann" ("Le Monde", 24.7.74).

Wollt Ihr, "das, was gültig ist, festhalten; das Abgenutzte putzen; das, was verteidigt werden soll, aufpolieren; das Tote und Verfaulte begraben"? (Es sind Worte von Fraga Iribarne, einem francistischen Vertreter der spanischen Bourgeoisie, in "La Vanguardia Espanola" vom 29.7.75). Wollt Ihr zuallererst die zwei Säulen des Kapitals, die Kirche (die das Massaker der Proletarier und armen Bauern segnete) und die Armee (die sich in den Kolonialkriegen und im Bürgerkrieg vervollkommen hat), in den Augen der unterdrückten Massen wiederaufwerten und ^{an}ihn zu neuem Glanz verhelfen? Die KPE

macht mit:

"Die erneuerte Kirche mit einer fortschrittlichen Hierarchie und ihren Tausenden von Priestern (...) versöhnt sich durch ihr Verhalten wieder mit dem Volk". Andererseits müßte die Armee, die dank demokratischer Beschwörungen, wie gehabt, von antiproletarischer Repressionskraft zum "Verteidiger unserer Grenzen" wird, "die Technik und die Mittel besitzen, die ihr erlauben, die Rolle zu spielen, die die Nation (die bürgerliche Nation!!) IHR IN IHREM EIGENEN INTERESSE übertragen wird" (Le Monde, 25.6.74).

Nicht einmal die Eingliederung des alten francistischen Personals in die zukünftige spanische Demokratie stellt für die KPE ein Problem dar. Diese hat in der Tat die Absicht, "die Ausübung der politischen Freiheiten ohne Ausnahme zu garantieren" (Mando Obrero, September 1975), denn "der Graben zwischen Rechten und Linken hat im heutigen Spanien keinen Sinn mehr", was "Le Monde" vom 25.7.75 zum Kommentar veranlaßt, daß "laut KPE die wahre Grenze nunmehr zwischen den Ultras der politischen Klasse (...) und all denjenigen läuft, die INNERHALB DES FRANCISTISCHEN REGIMES WIE AUSSERHALB DES SYSTEMS eine modernere, liberale Ordnung für ihr Land befürworten".

Unter wiederholter Beteuerung dieser unantastbaren Prinzipien der Klassenkollaboration ruft das einheitliche Kommuniqué der demokratischen Opposition dazu auf, "das francistische Regime auf friedlichem Wege" zu beenden und verurteilt - im selben Augenblick, wo die fünf Verurteilten erschossen wurden - "den individualistischen Terrorismus, der objektiv nur dem Regime dienlich ist".

Die ekelhafte Politik der KPE kann nur diejenigen verwundern, die Opfer der Täuschungen und Illusionen des langen antifaschistischen Feldzuges des internationalen Stalinismus sind. Die gegenwärtigen Richtlinien dieser Partei sind einfach die Verlängerung der Politik, die sie VOR UND WÄHREND DES GANZEN BÜRGERKRIEGES in enger Zusammenarbeit mit allen bürgerlichen Kräften der Republik mit Verbissenheit verfolgte und deren gemeinsame Ziele wie folgt zusammengefaßt werden können: ununterbrochener Kampf gegen Proletarier und arme Bauern, die mit Mut auf Waffengewalt gegen die francistische Reaktion zurückgriffen; Suche eines "ehrbaren" Kompromisses zwischen bürgerlicher Demokratie und Reaktion auf der Grundlage der Unterdrückung der kampfmütigen und unbezwingbaren Arbeiterklasse in Katalanien.

Der Stalinismus begeht nicht bloß einen historischen Fehler, wenn er versucht, Faschismus und Demokratie grundsätzlich sich gegenüberzustellen. Sowohl in Italien als auch in Deutschland und in Spanien selbst hat die bürgerliche Demokratie (im nationalen und internationalen Maßstab), während sie sich mit Terrorgewalt gegen die Arbeiterbewegung verteidigte, ABSICHTLICH den Weg für den Sieg der Braun- oder Schwarzhemden geebnet (Nitti und Giolitti in Italien; die verschiedenen bürgerlichen Regierungen am Ende der Weimarer Republik; Azana, Giral, Aguirre usw. in Spanien). Vielmehr beteiligt sich der Stalinismus überall an den faschistisierenden Versuchen, die Arbeiterklasse und ihre Organisationen unter

dem Dockmantel der Demokratie in den Staat zu integrieren; in Spanien verschleiert er vor den Augen der Proletarier die politische Osmose zwischen Francismus und Demokratie, kraft derer die gestern einheitlich auf francistischen Positionen eingereichte spanische Bourgeoisie heute im Einklang mit ihren Klasseninteressen die Rückkehr des Staates zu parlamentarisch-demokratischen Formen VON OBEN vorbereitet.

So kommt es, daß der Versuch des republikanisch-stalinistischen Blocks von 1937, mit den Falange-Kräften eine "ehrbare" Verständigung herbeizuführen, heute die Unterstützung eines beträchtlichen Teils der herrschenden Klasse genießt. Die den geschworenen Feinden des Proletariats gereichte Hand, wurde damals von der Bourgeoisie abgewiesen. Das war damals auch notwendig, um den Kampf gegen ein unbezwingbares Proletariat bis zur MASSENAUSROTTUNG seines besten Teils zu Ende zu führen, um somit sogar den letzten Schatten seiner revolutionären Traditionen zu vernichten. Diese radikale Unterdrückung war umso notwendiger, weil die potentielle revolutionäre Gefahr infolge der offenen Selbstenttarnung der konterrevolutionären Rolle der Sozialdemokratie und des Stalinismus größer wurde. Heute aber wird diese ausgestreckte Hand angenommen, weil die kapitalistische Klasse - HEUTE! - die Gefahr der Revolution nicht zu befürchten braucht.

Im vorigen Jahrhundert war die bürgerliche Demokratie das Banner des aufständischen Kampfes der Volksmassen, die sich vom Atlantik bis zum Ural gegen die bestehende Ordnung auflehnten. Wenn auch nur die moderne, bürgerliche Gesellschaft dadurch im Entstehen begriffen war, barg dieser Kampf große, weitergehende, revolutionäre Möglichkeiten in sich, wie das Proletariat im Juni 1848 in Paris, im roten Oktober 1917, im Verlauf seiner "permanenten Revolution" zeigte.

Heute, in Portugal und in Griechenland, in Argentinien und in Spanien, GEWÄHRT der unverschleiert diktatorische bürgerliche Staat den ausgebeuteten Massen die parlamentarische Demokratie, oder sucht die zweckmäßigste Form, sie zu gewähren, während diese Massen sich aus Dankbarkeit beugen sollen. Zu dieser makabren Zeremonie läuten die Glocken der "fortschrittlichen Kirche" und die demokratischen Verse des Opportunismus, während Armee und Polizei, die sich durch das Werk Gottes und des Stalinismus in harmlose, lediglich im Interesse der Ausgebeuteten bis zu den Zähnen bewaffnete Lämmchen verwandelt haben sollen, die..."revolutionäre" Ordnung sichern.

Im zwanzigsten Jahrhundert ist die parlamentarische Demokratie ein Verteidigungsbollwerk der verwesenden bürgerlichen Gesellschaft, und nicht einmal der revolutionäre Kapitalismus Asiens hat sie gewollt. Hier müssen wir die kalte Weitsicht der spanischen Bourgeoisie wieder bewundern. Inbegriff historischer Feigheit gegenüber den sterbenden Klassen des Vor-kapitalismus, zeigt sie immer wieder Erfindungsgabe, Entschlossenheit und Verwegenheit, wenn es darum geht, ihre zukünftigen Totengräber zu bekämpfen.

"Seit langem ist der Kapitalismus in seine SENILE Phase getreten", schreibt der bereits zitierte "fortschrittliche" Francist Perez Sabada. "Seine Gebrochen treten in den reichen Ländern nicht immer offen zu Tage, es ist aber UNMÖGLICH

SIE IN DEN UNTERENTWICKELTEN LÄNDERN ZU VERTUSCHEN (...)
Spanien hat die Chance - auch das Übel hat seine guten Seiten -, sich schon jetzt in der Lage zu befinden, die die Europäer in zehn oder fünfzehn Jahren mit Sicherheit erleben werden (...). Daraus ergibt sich, daß wir einem richtigen sozialistischen Experiment (bitte lesen: der offenen Klassenzusammenarbeit mit dem Opportunismus) näher sind als sie (...). Und es ist klar, daß ein aufrichtiges sozialistisches Experiment hier und heute keineswegs 'Diktatur des Proletariats' bedeuten kann, sondern die Errichtung eines sozialistischen KOOOPERATIVEN Sektors" (d.h. mit "Arbeitergewerkschaften" und "Arbeiterparteien", die bei der Verteidigung der bürgerlichen Ordnung kooperieren).

Möge das spanische Proletariat die Veränderung des Regierungsapparats - die auf jeden Fall zu harten Konflikten in der iberischen Gesellschaft führen wird - nicht als einen endgültigen ABSCHLUSS des Bürgerkrieges begrüßen, sondern als die FORTFÜHRUNG eines UNUNTERBROCHENEN Kriegszustands. Möge es die Kapitulation der KPE als Ansporn und Hebel für den notwendigen Kampf gegen den dialektisch konvergierenden Block der herrschenden Klasse und des konterrevolutionären Opportunismus begreifen und nicht dulden, daß die Streikbewegung durch Eingliederung in die Politik der bürgerlichen Erneuerung kastriert wird, damit die Bourgeoisie über ihre Schwierigkeiten hinwegkommt.

Die positive Perspektive, die sich heute dem spanischen Proletariat bietet, ist die Beibehaltung und Ausdehnung der Streikkämpfe, um die Lebensbedingungen zu verteidigen und zu verbessern, und um bessere Kampfbedingungen ZU ERZWINGEN. Dadurch und durch die wachsende Solidarität und Organisierung der Kämpfe auf nationaler und internationaler Ebene werden innerhalb der Arbeiterklasse die Bedingungen dafür geschaffen, damit trotz Regimewechsel die Waffen nicht gestockt werden, damit das Proletariat nicht zu einem Gefangenen der Bourgeoisie wird, sondern im Gegenteil die oben geschilderte Lage ausnützt, um seinen Kampf noch besser und breiter weiterzuführen und sich politisch getrennt zu organisieren - eine kommunistische Klassenpartei ins Leben zu rufen, die fähig ist, die Revolution für die Abschaffung der Lohnsklaverei vorzubereiten.

Vermerk: Bei den verschiedenen Zitaten aus "Le Monde" handelt es sich um Erklärungen der KPE, an erster Stelle von Carillo und der "Pasionaria".

(Nach "Il Programma Comunista",
Nr. 19 und Nr. 20, Oktober 1975)

LENIN UND DIE LOSUNG DER "ARBEITERKONTROLLE"

(Aus "Il Programma Comunista", Nr. 11, 12, 13, 14,
Mai bis Juli 1975)

Zu sagen, daß die Klassenpartei - weil sie die großen, den verschiedenen Phasen der Entwicklung der realen Bewegung entsprechenden Möglichkeiten der taktischen Aktion im Voraus kennt - über einen sicheren Kompaß im stürmischen Meer der sozialen Konflikte verfügt, hieße viel und gleichzeitig zu wenig zu sagen.

Viel, weil die Klassenpartei ihren Namen nicht verdienen würde, wenn sie nicht "jenen systematischen, durch feste Prinzipien erhellten und unbeirrt durchzuführenden Tätigkeitsplan, der allein die Bezeichnung Taktik verdient" (1), besäße; weil sie ihren Namen nicht verdienen würde, wenn sie darüberhinaus - unter der Bedingung jene "standhafte, auf den politischen Kampf in jedem Moment und in allen Situationen vorbereitete Organisation" zu besitzen, ohne die der systematische Aktionsplan selbst bodenlos bliebe - nicht in der Lage wäre, wirksam in die sich verändernden Kampfsituationen einzugreifen und mehr noch, deren Ausgänge vorausszusehen. Zu wenig, weil andererseits die schwierige Frage offenbliebe, ob die objektiven Bedingungen eine "direkte" taktische Aktion zulassen, d.h. eine Angriffsaktion der kommunistisch geführten Kräfte gegen den bürgerlichen Staat, oder ob solche Bedingungen im Gegenteil fehlen und man demzufolge auf eine "indirekte" (2) Taktik zurückgreifen muß.

Ungelöst bliebe darüberhinaus das nicht weniger schwierige - und in bestimmten Fällen noch kompliziertere - Problem der Einschätzung des tatsächlichen Standes der Kräfteverhältnisse, der auf der sozialen Bühne eingetretenen Verschiebungen, des Einflußgrades der Partei, der "Temperatur" der in Bewegung geratenen Massen, des Molekularspieles der Kräfte, die innerhalb der herrschenden Klasse und der an sie gebundenen Mittelschichten wirken, die ihrer Fähigkeit zur Offensive oder auch nur zur Verteidigung ihres Staates usw., sowie, im Zusammenhang mit dieser Gesamteinschätzung (keine dieser Einschätzungen gibt es im Voraus und ist erst recht nicht direkt in einem Handbuch, in einem Code- oder Rezeptbuch zu finden), die Frage der Dosierung der Losungen, die auf die Realität einwirken und sie verändern können. Gerade in der Konfrontation mit den realen Tatsachen einer in ihren GRUNDZÜGEN auf jeden Fall vorausgesehenen historischen Bewegung wird die Fähigkeit oder Unzulänglichkeit der Partei, ihre eigenen Aufgaben zu erfüllen, getestet.

(1) Lenin, WOMIT BEGINNEN?, Werke 5, S. 7, Dietz Verlag 1973.

(2) Siehe "Römer Thesen" (1922) in "DEFENSE DE LA CONTINUITE DU PROGRAMME COMMUNISTE, Editions Programme Communiste, S. 27.

DAS SCHICKSAL EINER LOSUNG

Genausowenig wie die großen Formeln, in denen die Prinzipien des Kommunismus zusammengefaßt sind, werden die Aktionsrichtlinien - die man gewöhnlich Losungen nennt - "in den Wind geschlagen". Wie Lenin schreibt, läßt die Partei zwar alle Kampfmittel zu, "jedoch nur wenn sie (und in diesem WENN liegt der Schlüssel zur Lösung zumindest der Hälfte des Problems) den realen Kräften entsprechen". Eine Vorwegnahme oder Verspätung, eine Übereinstimmung oder ein Auseinanderklaffen gegenüber den objektiven und subjektiven Bedingungen des historischen Zeitpunktes, eine Erfüllung der realen Erfordernisse oder eine Flucht in die behagliche aber illusorische und verhängnisvolle Illusionen zeugende Welt der "revolutionären Phrase" beim Auswählen der Aktionsrichtlinien können nichtwiedergutzumachende Verwirrungen in der Parteiorganisation verursachen und sogar die Möglichkeit eines schnellen Vormarsches der von uns beeinflussten oder zu beeinflussenden Massen beeinträchtigen.

Die "ARBEITERKONTROLLE" ist eine der Losungen, die vom Schicksal verfolgt scheinen, entweder ZUR UNPASSENDEN ZEIT ODER ZIELLOS ausgegeben zu werden - und das sieht man auch heute, wo die Härte der Wirtschaftskrise oft dazu führt, daß man die schwerwiegenden Faktoren vergißt, die hemmend auf der Fähigkeit zur Wiederaufnahme des proletarischen Klassenkampfes lasten. Wenn wir die erklärten Opportunisten beiseite lassen, für die sich eine "Gesetzgebung zur Arbeiterkontrolle" ohne weiteres im Rahmen der Mitverwaltung der Krise und in die vielfachen, damit zusammenhängenden Strukturreformen einfügen läßt, nimmt die Losung der Kontrolle über die gesellschaftliche Produktion und über die Verteilung der Produkte bei Spontaneisten und Immediatisten die Form einer Kampflosung an zwecks Eroberung von "Machtbereichen" im Rahmen der bürgerlichen Gesellschaft selbst oder geradezu von "Sozialismus-Inseln", die von der UNERLÄSSLICHEN Bedingung der politischen Machtübernahme losgelöst sind. Diese Auffassung ist - wie übrigens die des Ordinovismus (Gramsci) - nur eine Variante des Gradualismus, sei er subjektiv und in der Absicht auch "revolutionär". Bei den verschiedenen trotzkistischen Gruppen spielt diese Losung eine andere, aber nicht weniger schädliche Rolle. Sie entspricht der falschen Auffassung, wonach der Kapitalismus NUNMEHR die äußerste Grenze seiner eigenen Ausdehnungsmöglichkeiten erreicht und in der objektiven Wirklichkeit seine historischen Aufgaben erschöpft hätte; somit wären auch ALLE materiellen Bedingungen für ein Verschwinden des Kapitalismus schon jetzt vorhanden; nur der gelegene Eingriff der Partei als agierende subjektive Kraft würde noch fehlen, damit der Kapitalismus zusammenbräche. ALS VOR-EGNAHME EINES WESENTLICHEN PUNKTES DES PROGRAMMES DER DESPOTISCHEN EINGRIFFE DER PROLETARISCHEN DIKTATUR auf den Trümmern des kapitalistischen Staates, wird die Losung der Arbeiterkontrolle zum Hebel einer UNMITTELBAREN AKTION, die imstande wäre, SCHON HEUTE die revolutionäre Krise auszulösen, welche auch immer die subjektiven und schließlich objektiven Verwüstungen der langen Phase der vereinten, sozialdemokratischen und stalinistischen Konterrevolution gewesen sein mögen. Das ist aber nicht alles. Diese Losung vom "Übergangsprogramm" wird auch in etwas verwandelt, das den spontaneistischen Losungen sehr ähnelt, denn sie teilt sich in zwei:

einerseits tritt sie sozusagen als Bestandteil des MAXIMAL-PROGRAMMS auf, d.h. kann nur unter Voraussetzung der Machteroberung verwirklicht werden; andererseits ist sie sozusagen Teil des MINIMALPROGRAMMS und von vornherein auf der Felle einer steigenden Klassenkampf Bewegung durchzuführen (z.B. dadurch, daß die "Rechnungsbücher der großen Betriebe geöffnet" oder die Freise durch die Gewerkschaften mit der Unterstützung von... Hausfrauenvereine kontrolliert werden usw.). Der auf der Grundlage einer mechanistischen Krisentheorie zur Tür hinausgejagte Gradualismus kommt somit aufgrund eines voluntaristischen "Konkretismus" wieder durch das Fenster herein.

Da man sich in beiden Fällen unglücklicherweise auf Lenin beruft und sogar vorgibt, in diesem Zusammenhang den Gipfel der "leninistischen" Wissenschaft der Taktik zu erreichen, ist es nützlich - nicht aus historischen akademischen Zwecken, sondern mit ganz klaren politischen Klassenzielen - festzustellen, WANN UND WARUM Lenin - RICHTIGERWEISE UND OHNE JEG- LICHEN UTOPISMUS - die Lösung der Arbeiterkontrolle benutzte.

DIE LOSUNG DER ARBEITERKONTROLLE VON APRIL BIS JULI 1917

Als Lenin im April 1917 nach Rußland zurückkehrte, fand er sich vor einer "Wirklichkeit", die "SOWOHL den Übergang der Macht an die Bourgeoisie ('abgeschlossene' bürgerlich-demokratische Revolution vom gewöhnlichen Typus)" zeigte, "ALS AUCH die Existenz - neben der eigentlichen Regierung - einer Nebenregierung, die die 'revolutionär-demokratische Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft' verkörpert", eben die Sowjets. Und zu allem Übel "hat diese letztere 'Auch-Regierung'" - in einer Situation äußerster sozialer und politischer Spannung, die von einer tiefen Wirtschaftskrise und dem anhaltenden Krieg ausgelöst wurde - "SELBER die Macht an die Bourgeoisie abgetreten, hat sich SELBER an die bürgerliche Regierung gekettet." (3). Es ist ein "überaus eigenartiger, in dieser Form in der Geschichte noch nie dagewesener Umstand", weil sie "ZWEI Diktaturen MITEINANDER UND INEINANDER VERFLOCHTEN hat: die Diktatur der Bourgeoisie (...) und die Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft" (4). Es ist nicht nur eine höchst revolutionäre Situation, sondern auch eine Situation von DOPPELHERRSCHAFT, bei dem die eine oder die andere der beiden Diktaturen früher oder später notwendigerweise überwiegen und seinen Gegner zerschlagen muß. Und zur Zeit läuft die zweite Diktatur Gefahr, zerschlagen zu werden, auch wenn sie in sich alle Elemente birgt, um - wie Lenin schreibt - tatsächlich eine neue Verkörperung der Pariser Kommune auf einer noch höheren Ebene zu sein.

Lenin war das Dilemma in seiner ganzen Tragweite klar und in einer ersten Zeit eben nur ihm. Um aus diesem Dilemma herauszukommen, gab es nur einen möglichen Weg: die Umkehrung der Kräfteverhältnisse, die die Sowjets den Interessen der herr-

(3) Lenin, BRIEFE ÜBER DIE TAKTIK, 8-13. (21.u.26.) April 1917, Lenin Werke, Bd. 24, S. 33. Derselbe Gedanken ist selbstverständlich auch in den Aprilthesen (Werke Bd. 24) enthalten.
(4) Lenin, Ausg. Werke, Bd. II, DIE AUFGABEN DES PROLETARIATS IN UNSERER REVOLUTION, S. 54/55.

schenden Klasse und ihres legalen Machtapparates unterwarfen. Das der Arbeiterklasse vorgeschriebene Ziel ist und kann also nur "die Alleinherrschaft der Sowjets der Arbeiter-, Soldaten-, Bauern- usw. Deputierten im GANZEN Lande, VON UNTEN BIS OBEN" (von uns hervorgehoben) sein (5). Aber das kann nur erreicht werden, wenn "das Maximum an Legalität", das das labile Gleichgewicht der Kräfte den Bolschewiki vorübergehend ermöglicht, mit Geduld und Ausdauer ausgenutzt wird, um den Massen zu erklären, daß die Sowjets einerseits "die EINZIG MÖGLICHE revolutionäre Regierungsform" sind, andererseits aber diese Möglichkeit nur Wirklichkeit werden kann, sich in der Praxis nur realisieren läßt, wenn die Abhängigkeitsfesseln gesprengt werden, an die sie das Zaudern der städtischen und ländlichen Kleinbourgeoisie gegenüber der legitimen Regierung der Miliukow, Gutchkow und Konsorten gekettet hat.

Was werden die Sowjets tun, die durch diese energische Kursänderung auf ihren von der lebendigen Geschichte vorgezeichneten Weg gebracht wurden? Für Lenin bestehen die Aufgaben der künftigen revolutionären Macht nicht in der "Einführung des Sozialismus" - ein Ziel, das sich NICHT EINMAL der Oktober setzt, da die materiellen Bedingungen im Rahmen des riesigen Rußlands dafür fehlen -, sondern viel bescheidener im "Übergang zur Kontrolle der gesellschaftlichen Produktion und der Verteilung der Produkte durch die Sowjets der Arbeiterdeputierten", als einzige Lösung, um einen entschlossenen Kampf gegen den Zusammenbruch der Wirtschaft bis zum Ende zu führen, von dem das ganze Land bedroht ist und unter dem besonders die Arbeitermassen der Städte und des Landes leiden (6).

Hier ist also die Lösung der Arbeiterkontrolle in ihrem natürlichen Rahmen gestellt: die dringenden Maßnahmen, die die im Februar an die Macht gelangte Bourgeoisie nicht trifft UND NIE TREFFEN WIRD, um die vom Zarismus geerbte Kriegskatastrophe zu beenden - der Krieg wurde im Gegenteil im Namen der errungenen Demokratie mit neuem Eifer wieder aufgenommen -, können nur vom Proletariat und der armen Bauernschaft in die Praxis umgesetzt werden, wenn sie sich vom Joch der Großbourgeoisie - einer Bourgeoisie, die sich mit IHRE Revolution zufrieden gibt und die Macht siegreich übernommen hat - befreien und sich zur einzigen und despotischen, revolutionären

(5) Lenin, DIE PARTEIEN IN RUßLAND UND DIE AUFGABEN DES PROLETARIATS, Anfang April 1917, Werke Bd. 24, S. 85.

(6) Die Idee der Einführung des "Sozialismus" in Rußland ist "ein Unsinn", sagt Lenin: es geht weniger darum - für den Augenblick -, die materielle Grundlagen des Sozialismus zu legen, als um "die Heilung der Wunden, die der Krieg geschlagen hat, und die Verhütung des drohenden Zusammenbruches", durch jene Reihe von Maßnahmen, "die durchaus nicht die 'Einführung' des Sozialismus bedeuten" und "die nur Schritte zum Sozialismus und ökonomisch durchaus durchführbar sind". (Lenin. DIE AUFGABEN DES PROLETARIATS IN UNSERER REVOLUTION, Ausg. Werke Bd. II, S. 67).

Macht erheben. Und diese Maßnahmen - sagt Lenin - werden sie tausendmal besser als ganze Heere von bürgerlichen Verwaltern, Technikern und Spezialisten ausführen, weil sie nicht davor zögern werden, den ganzen Produktions- und Verteilungsapparat unter diktatorische Kontrolle zu stellen, die Schlüsselindustrien zu kartellisieren, den Boden zu verstaatlichen, die obligatorische Arbeit einzuführen usw.

Es ist notwendig, diese unerläßlichen Maßnahmen - die nicht über den Rahmen der kapitalistischen Wirtschaft hinausgehen, auch wenn sie politisch die ersten Schritte auf den Sozialismus hin bedeuten - IM VORAUS zu formulieren und sie werden auch ständig in der Periode zwischen April und Juni 1917 wiederholt, als Hinweis auf die "Übergangsglieder, die die revolutionäre Wahrheit den unvorbereiteten Leuten verständlich machen sollen". Lenin trennt sie jedoch NIE von der VORBEDINGUNG, auch wenn diese als Schlußfolgerung erscheint, daß die Macht ZUERST GÄNZLICH in die Hände der Arbeiter- und Bauernsowjets als EINZIGE revolutionäre Autorität übergehen muß. Als Lenin z.B. angesichts der für den 13. Juni (31. Mai) einberufenen 1. Petrograder Konferenz der Betriebskomitees die RESOLUTION ÜBER ÖKONOMISCHE KAMPFMAßNAHMEN GEGEN DIE ZERRÜTTUNG abfaßte, stellt er geduldig in neun Punkten die Liste der unbedingt vorrangig zu treffenden, wirtschaftlichen Maßnahmen auf - und unter denen unter Punkt 3 "eine wirkliche Arbeiterkontrolle über die Produktion und Verteilung" gefordert und die in den folgenden Punkten auf ALLE Bereiche des Wirtschaftslebens ausgedehnt und mit allen anderen Maßnahmen, die sowohl die Bauern als auch die Arbeiter angehen, verbunden wird -, weil er weiß, daß diese Maßnahmen sofort beeindrucken werden und das aktive Eingreifen der durch die schon begonnene Revolution bewegten Kräfte anregen werden. Ausgesprochen vorsichtig schließt er den Text damit, daß "eine planmäßige und erfolgreiche Durchführung aller erwähnten Maßnahmen nur möglich ist, wenn die gesamte Staatsmacht in die Hände der Proletarier und Halbproletarier übergeht." (7). Und das gilt für alle Punkte des von Lenin geschmiedeten Programms von den Aprilthesen bis zum Ende Juni: nein, in der bolschewistischen Auffassung von der Revolution gibt es wirklich keinen Platz für die "revolutionäre Phrase".

Lenin, der innerhalb seiner eigenen Partei in einem heftigen Kampf engagiert ist, geht aber noch weiter. In einer Polemik gegen die "Moskauer", die die Möglichkeit erwägen, die Kapitalisten durch die "Kontrolle" über die provisorische Regierung zu überwachen, erklärt er auf der VII. panrussischen Konferenz der SDAPR vom 24. April bis zum 7. Mai:

"KONTROLLE OHNE MACHT IST EINE VÖLLIG LEERE PHRASE. Wie soll ich England kontrollieren? Um es kontrollieren zu können, müßte man seine Flotte erobern. Ich verstehe, daß die unentwickelte Masse der Arbeiter und Soldaten, naiv und unaufgeklärt, an die Kontrolle glauben kann, aber es genügt, über die grundlegenden Momente der Kontrolle nachzudenken, um zu begreifen, daß ein solcher Glaube ein ABWEICHEN VON DEN GRUNDPRINZIPIEN DES KLASSENKAMPFES IST. Was ist Kontrolle? Wenn ich ein Papierchen oder eine Re-

(7) Lenin, RESOLUTION ÜBER DIE ÖKONOMISCHEN KAMPFMAßNAHMEN GEGEN DIE ZERRÜTTUNG, Werke Bd. 24, S. 518.

"solution schreibe, so schreiben sie eine Gegenresolution. Um kontrollieren zu können, muß man die Macht haben. Wenn das der breiten Masse des kleinbürgerlichen Blocks unverständlich ist, dann muß man die Geduld haben, ihr das auseinanderzusetzen, darf ihr aber auf keinen Fall die Unwahrheit sagen. Wenn ich aber diese Grundbedingung durch die Kontrolle verdecke, dann sage ich die Unwahrheit und arbeite den Kapitalisten und Imperialisten in die Hände. - 'Bitte sehr, kontrolliere mich, ich aber werde die Kanonen haben. Werde du satt durch die Kontrolle', sagen sie. (...) OHNE MACHT IST DIE KONTROLLE EINE KLEINBÜRGERLICHE PHRASE, DIE DEN GANG UND DIE ENTWICKLUNG DER RUSSISCHEN REVOLUTION HEMMT" (von uns hervorgehoben) (8).

Die "Theoretiker", die die Arbeiterkontrolle bis zum satt werden den Arbeitern auftragen, die mit der Arbeiterkontrolle als Allheilmittel bei jeder Situation, bei jeder eingebildeten "Doppelherrschaft", bei jeder nur im Wunsch vorhandenen "vorrevolutionären Situation" aufwarten, sollten sich lieber die Mühe geben, über diese kristallklaren Worten ein bißchen nachzudenken.

* * *

Im Juli 1917 hat sich die Situation völlig gewandelt, nicht wegen eines Knalleffektes, sondern weil die von Lenin im Juni auf dem 1. Kongreß der Sowjets gestellte unentrinnbare Alternative - "Die Frage steht so: vorwärts- oder rückwärtsgehen. Man kann in einer revolutionären Zeit nicht auf ein und denselben Fleck stehenbleiben". (9) - sich in Form eines "Rückzugs" gelöst hatte.

War also die Prognose von April falsch? Keineswegs. In den Monaten unmittelbar nach dem Februar war eine "friedliche" Entwicklung der Revolution und damit ein "friedlicher" Übergang der Macht in die Hände der Sowjets noch möglich. "Friedlich" nur in dem Sinne, daß sich niemand, keine Klasse, keine ernsthaftige Kraft ((KRAFT, sagt Lenin. Darunter verstand er also keinen einfachen Übergang der Staatsmacht durch notarielle Urkunde. Die Frage war eine Frage der Kraft!)) damals, vom 27.2. bis zum 4.7., dem Übergang der Macht an die Sowjets hätte widersetzen oder verhindern können. Das ist noch nicht alles. Die friedliche Entwicklung wäre damals möglich gewesen, sogar in der Beziehung, daß der Kampf ((KAMPF, betonen wir, keine "zivile Auseinandersetzung")) der Klassen und Parteien INNERHALB der Sowjets, wenn die GANZE FÜLLE der Staatsmacht RECHTZEITIG an die Sowjets übergegangen wäre ((ganze Fülle und rechtzeitig haben wir unterstrichen: das eine Wort beinhaltet die unerläßliche Bedingung für das Ende der "Doppelherrschaft", das andere einen genauen ZEITPUNKT)), sich möglichst friedlich und schmerzlos ((also eine Frage der Quantität und nicht der Qualität)) hätte abspielen können" (10).

(8) Lenin, SIEBENTE GESAMTRUSSISCHE KONFERENZ DER SDAPR(B), (APRILKONFERENZ) vom 24.-29. April (7.-12. Mai) 1917, Ausg. Werke, Bd. II, S. 95.

(9) Ebda, S. 192.

(10) Lenin, ZU DEN LOSUNGEN, Ausg. Werke, Bd. II, S. 218.

Darum war die Losung für die Partei die der ausdauernden, beharrlichen und geduldigen Eroberung der Mehrheit in den Sowjets. Es handelte sich aber - fügte Lenin hinzu - um eine BESONDERE, nicht wiederkehrende Situation, die sich nicht unendlich ausdehnen konnte, genau wie es eine BESONDERE Tatsache war, daß die OBJEKTIV an die Macht gelangte Klasse sie ganz oder teilweise der besiegten Klasse überließ. Darum MUSSTE man früher oder später zum Wendepunkt von Juli kommen.

Im Juli zeigen die Repression, die Verhaftungen, die Schließungen der Zeitungen im Innern, die Wiederaufnahme der Offensive und die Erschießungen an der Front, daß die Bourgeoisie die Macht GEGEN die Arbeiter, Soldaten und Bauern, die sie ihr streitig machen, benutzen kann. Es ist eine leere Phrase, zu sagen, daß weder die Regierung noch die Sowjets die Schuld an den Massakern tragen: "Um so schlimmer für die Regierung und die Sowjets! - schreibt Lenin - "denn dann sind sie also Marionetten, sind sie Marionetten, dann haben nicht sie die reale Macht".

"Das Volk muß vor allem und in erster Linie die WAHRHEIT kennen, es muß wissen, in wessen Händen sich in Wirklichkeit die Staatsmacht befindet". Weiter von "Übergang der Macht an die Sowjets" - und in diesem Zusammenhang von Arbeiterkontrolle - zu sprechen, hat folglich keinen Sinn mehr:

"Dieser Weg wäre der schmerzloseste gewesen, und darum mußte man mit aller Energie für ihn kämpfen. Doch jetzt ist dieser Kampf, der Kampf für den rechtzeitigen Übergang der Macht an die Sowjets, zu Ende. Der friedliche Weg der Entwicklung ist unmöglich gemacht worden. Es beginnt ein NICHTFRIEDLICHER, AUßERST SCHMERZVOLLER Weg" (von uns unterstrichen) (11).

was bedeutet das? Das bedeutet, daß "das revolutionäre Proletariat eben, nach der Erfahrung vom Juli 1917, die Staatsmacht selbständig in seine Hände nehmen muß - anders ist der Sieg der Revolution NICHT MÖGLICH. Die Macht in den Händen des Proletariats, das von der armen Bauernschaft oder den Halbproletariern UNTERSTÜTZT WIRD" ((wir betonen: wer FÜHRT ist hier das Proletariat, das die Kleinbourgeoisie und das Landvolk UNTERSTÜTZEN)), "DIES IST DER EINZIGE AUSWEG" ((von uns unterstrichen)) (11). Der Weg ist klar aufgezeichnet: der bewaffnete Aufstand - natürlich nicht heute, aber VON HEUTE AN muß er VORBEREITET WERDEN - und das "kann nur der Übergang der Macht an das von der armen Bauernschaft unterstützte Proletariat sein, um das Programm unserer Partei zu verwirklichen" (12). Wir sind im Juli, der Geist Lenins aber schon mitten im Oktober.

(11) Lenin, ZU DEN LOSUNGEN, Ausg. Werke, Bd. II, S. 221, 219, 223.

(12) Lenin, DIE POLITISCHE LAGE, 23. (10.) Juli 1917, Ausg. Werke, Bd. II, S. 212.

DIE LOSUNG DER "ARBEITERKONTROLLE" VOM JULI BIS SEPTEMBER 1917

Haben die Sowjets noch Platz in dieser Perspektive? Gewiß, aber nur unter der Bedingung, daß sie nicht die FAULEN Sowjets von Juli bleiben:

"Sowjets können und müssen in dieser neuen Revolution in Erscheinung treten, aber NICHT die jetzigen Sowjets, nicht Organe des Faktierens mit der Bourgeoisie, sondern Organe des revolutionären Kampfes gegen die Bourgeoisie. Daß wir auch dann für den Aufbau des ganzen Staates nach dem Typ der Sowjets eintreten werden, das stimmt. Das ist nicht eine Frage der Sowjets schlechthin, sondern eine Frage des Kampfes gegen die GEGENWÄRTIGE Konterrevolution und gegen den Verrat der GEGENWÄRTIGEN Sowjets." (13)

Und das bedeutet solange mit den Waffen zu kämpfen bis die Sowjets dem bürgerlichen und kleinbürgerlichen Einfluß entrissen und schließlich das geworden sind, was ihnen die lebendige Geschichte vorschreibt: die Organe der GANZEN Macht der Proletarier, gestützt auf die armen Bauern und Halbproletarier. Erinnern wir uns der Perspektive von April:

"Alle Macht bedeutet, daß der Sowjet keine Organe der politischen Macht anerkennt, die nicht von ihm ins Leben gerufen wurden; daß er keine Machtteilung akzeptiert, da sie unweigerlich den Verzicht auf jede Macht bedeutet. Folglich erkennen wir (das ist Dialektik!) den Sowjet an, weil er die einzige MÖGLICHE FORM einer revolutionären Regierung ist. Wir erkennen ihn grundsätzlich an, auch wenn seine Mehrheit gegen uns ist, und erklären ihn nicht zum Feind. Wir sagen ihm nicht: entweder gehst du zu uns über oder wir greifen dich an. Wir sagen ihm: UNTER DER BEDINGUNG, daß ALLEIN mit dem Sowjet regiert wird, erkennen wir selbst als Minderheit diese Regierung an, auch wenn die Menschewiki und die Volkstümler darin die Mehrheit haben sollten. Der Sowjet muß aber die ganze Macht fordern und darf demzufolge die provisorische Regierung nicht anerkennen, er muß mit ihr völlig brechen, er darf mit keiner Partei über die Macht verhandeln, die nicht ausschließlich auf einer Arbeiterbasis beruht. Die Menschewiki und die Sozialrevolutionäre haben die Wahl: entweder mit den Bourgeois in der provisorischen Regierung oder mit uns im Sowjet, der die GANZE MACHT haben und an der Spitze des Staates stehen muß (...). Als Lenin dies seinen Parteigenossen erklärte, verschwieg er nicht, daß man schon genau wußte, daß die Opportunisten die provisorische Regierung und nicht eine Regierung der Sowjets mit den Bolschewiki wählen würden: einen Kompromiß, der nicht den Sowjet als einziges Machtorgan anerkennt, und nicht jedes außerhalb der Sowjets erteilte Mandat an Politiker zurückweist, sondern sogar die bürgerlichen Minister behält. Wenn diese Entscheidung klar sein wird, wird die Mehrheit des Sowjets die Opportunisten als

(13) Lenin, ZU DEN LOSUNGEN, Ausg. Werke, Bd. II, S. 223.

"Verräter fallen lassen und sie bei der unvermeidlichen Kraftprobe Zwischen Organen bürgerlicher und sowjetischer Macht zusammen mit den Bourgeois wegfeigen." (14)

Die Perspektive war klar. Es ist an der Zeit, die Bilanz zu ziehen.

Als die Bolschewiki in den Untergrund gingen und ihr militärischer Apparat Dank des Einschreitens gegen die Offensive von Korlinow - ohne sich jedoch jemals mit Kerenski zu verbinden, ohne jedoch jemals den Arbeitern vorzutäuschen, die Kerenski-Regierung sei eine ... Arbeiterregierung! - gestärkt war, gaben sie vorübergehend die Losung, "alle Macht den Sowjets", auf. Sie bereiteten sich aber darauf vor, entweder sie wieder aufzustellen, wenn die oben genannte Situation nochmals eintritt, oder die Macht SELBST zu ergreifen, falls die Sowjets trotz des Zusammenfallens günstiger objektiver Bedingungen, die den Weg des bewaffneten Aufstands zwingend machen, zögern sollten.

Dann, gegen Ende September, als die Lage sich offensichtlich zuspitzte, tauchte die Losung "Alle Macht den Sowjets" - nicht als Fetisch, sondern als Form, die im Namen der Interessen einer VOLLSTÄNDIGEN und diktatorisch ausgeübten, revolutionären Macht AUCH überholt werden KANN - wieder auf der Bühne auf, und mit ihr gewinnt die Losung der Arbeiterkontrolle von Neuem an Aktualität.

"Die Hauptschwierigkeit der proletarischen Revolution liegt in der Verwirklichung einer vom ganzen Volk getragenen genauesten und gewissenhaftesten Rechnungsführung und Kontrolle, der ARBEITERKONTROLLE über die Produktion und die Verteilung der Produkte". Aber Vorsicht! "Sagen wir 'Arbeiterkontrolle' und stellen dabei diese Losung immer NEBEN die Diktatur des Proletariats, immer IM ANSCHLUß an sie, so machen wir damit klar, von welchem Staat die Rede ist. Der Staat ist das Organ der Herrschaft einer KLASSE. Welcher Klasse? Herrscht die Bourgeoisie, dann ist es eben ein kadettisch-korlinowisch-kerenskisches Staatswesen, von dem dem arbeitenden Volk in Rußland schon seit über einem halben Jahr "kornilisch und kerensisch" zumute ist. Herrscht das Proletariat, handelt es sich um den proletarischen Staat, d.h. um die Diktatur des Proletariats, so KANN die Arbeiterkontrolle zu einer volksumspannenden, allumfassenden, allgegenwärtigen, genauesten und gewissenhaftesten RECHNUNGSFÜHRUNG über die Erzeugung und Verteilung der Produkte werden". Sie kann es werden, wenn die "Kontrollapparate", die der Kapitalismus selbst der siegreichen Klasse hinterläßt, benutzt werden, "wobei unsere Aufgabe hier lediglich darin besteht, das zu ENTFERNEN, was diesen ausgezeichneten Apparat KAPITALISTISCH VERUNSTALTET". Gerade hier werden die Sowjets, einmal zu ihrer revo-

(14) Die Internationale Kommunistische Partei, STRUTTURA ECONOMICA E SOCIALE DELLA RUSSIA D'OGGI (WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE STRUKTUR DES HEUTIGEN RUßLANDS) in "Il Programma Comunista", Mailand, 1955-1957.

lutionären Funktion und ihrem revolutionären Wesen zurückgekehrt, eine wesentliche Aufgabe zu erfüllen haben: "Ohne die Sowjets wäre diese Aufgabe, zumindest für Rußland, unlösbar. Die Sowjets KENNZEICHNEN jene organisatorische Arbeit des Proletariats, durch die diese welthistorisch wichtige Aufgabe gelöst werden KANN. (...) Die Konfiskation des Eigentums der Kapitalisten wird nicht einmal der 'Kernpunkt' der Sache sein, sondern gerade die allumfassende, vom ganzen Volk getragene Arbeiterkontrolle über die Kapitalisten und ihre möglichen Anhänger. Mit der Konfiskation allein ist es nicht getan, denn sie enthält kein Element der Organisation, der Rechnungsführung über die richtige Verteilung. Die Konfiskation können wir leicht durch die Erhebung einer GERECHTEN Steuer ersetzen (...) - wichtig ist nur, daß es unmöglich gemacht wird, sich der Rechenschaftslegung auf irgendeine Weise zu entziehen, die Wahrheit zu verhehlen, das Gesetz zu umgehen. Diese Möglichkeit wird aber NUR durch die Arbeiterkontrolle des ARBEITERSTAATES AUSGESCHALTET WERDEN" (hervorgehoben von Lenin: das Gewehr auf der Brust des Kapitalisten muß vom Proletariat gehalten werden, jedoch auf Befehl und mit dem Rückhalt SEINES Staates) (15).

Wie die Forderung der "Diktatur des Proletariats" verliert also auch die der "Arbeiterkontrolle" - OBWOHL DIESE DER ERSTEN UNTERGEORDET WIRD - den vorweggenommenen, jedoch ALL GEMEIN GEHALTENEN Charakter einer Verkündung von dem, was die Revolution wird durchführen müssen, und wird jetzt zu einem der Hebel der revolutionären Mobilisierung der Massen. Die objektiven Bedingungen selbst geben ihr einen brennend MATERIELLEN Inhalt: wenn sich Hungersnot und wirtschaftliches Chaos auszubreiten drohen, führen sogar die bürgerlichen Regierungen gewisse Maßnahmen ein, um den Produktions- und Verteilungsapparat zu kontrollieren - natürlich verfolgen sie dabei NUR EIN EINZIGES ZIEL: die Rettung der bestehenden Ordnung. In Rußland tut es die Regierung schlecht oder überhaupt nicht, nicht einmal mit DIESEM Ziel, weil sie durch die vor-kapitalistischen Bedingungen, die mit Bedingungen eines fortgeschrittenen Kapitalismus verstrickt sind, behindert ist. Die proletarische Macht wird es ertun, um die allgemeinen Interessen der unterdrückten Klassen zu verteidigen:

"Kontrolle, Aufsicht, Rechnungsführung, Regulierung durch den Staat, richtige Verteilung der Arbeitskräfte in Produktion und Distribution, Haushalten mit den Kräften des Volkes, Vermeidung jedes überflüssigen Kraftaufwands, sparsames Umgehen mit den Kräften" (16). Die heute herrschende Klasse hat den Weg auf Weltebene schon geebnet: "Hätte unser Staat die Kontrolle wirklich ernsthaft und sachlich durchführen WOLLEN ((Es handelt sich aber hier um eine von vornherein ausgeschlossene Hypothese und gerade deswegen ist die revolutionäre Machteroberung unerlässlich)) (...), so hätte der Staat nur mit beiden

(15) Lenin, WERDEN DIE BOLSCHEWIKI DIE STAATSMACHT BEHEUPTEN?, Ausg. Werke, Bd. II, S. 460, 461, 463.

(16) Lenin, DIE DROHENDE KATASTROPHE UND WIE MAN SIE BEKÄMPFEN SOLL, Ausg. Werke, Bd. II, S. 266, 270.

Händen aus dem überaus reichen Vorrat an schon bekannten, schon angewandten Kontrollmaßnahmen zu schöpfen brauchen." (16).

Es ist keine TECHNISCHE Schwierigkeit, die sich hier dagegen stellt, sondern eine gesellschaftliche, eine Klassenschwierigkeit. Dieser Staat, dem keinerlei Kontrolle gelingt, der sie nicht ausüben kann und auch nicht ausüben will, ist genauso wenig in der Lage, mit dem Proletariat und den armen Bauern, die ihn unterstützen, fertig zu werden. Die "Doppelherrschaft" taucht wieder auf, aber in einer anders gelagerten, auf höherer Ebene stehenden Form: ENTWEDER FESTIGUNG DER DIKTATUR DER BOURGEOISIE ODER DIKTATUR DES PROLETARIATS. Wenn im September 1917 Arbeiterkontrolle gesagt wird, dann heißt das unmißverständlich revolutionäre Machteroberung und Ausübung der Diktatur! In der Tat:

"Nur die Diktatur der Proletarier und der armen Bauern ist imstande, den Widerstand der Kapitalisten zu brechen, mit wahrhaft großartiger Kühnheit und Entschlossenheit die Macht auszuüben und sich die begeisterte, rückhaltlose, wahrhaft heroische Unterstützung der Massen sowohl in der Armee wie in der Bauernschaft zu sichern. (...) DIE MACHT DEN SOJETS, DAS BEDEUTET DEN VOLLSTÄNDIGEN ÜBERGANG DER VERWALTUNG DES LANDES UND DER KONTROLLE ÜBER SEINE WIRTSCHAFT AN DIE ARBEITER UND BAUERN ((von uns hervorgehoben)), (...), die durch die Erfahrung RASCH LERNEN WÜRDEN, durch die eigene Praxis lernen würden, den Grund und Boden, die Produkte und das Brot richtig zu verteilen" (17).

Der Bogen, der das MANIFEST DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI von 1848 mit der Oktoberrevolution von 1917 verbindet, ist dabei, sich genau so zu schließen, wie Marx und Engels es vorausgesehen hatten: mit dem POLITISCHEN Sieg - Bildung des Proletariats zur herrschenden Klasse - als VORBEDINGUNG für die "despotischen Eingriffe" in die Wirtschaft und in die Eigentumsverhältnisse. Ein Monat vor dem Oktober schreibt Lenin:

"Infolge einer Reihe historischer Ursachen: der größeren Rückständigkeit Rußlands, der ihm durch den Krieg verursachten besonderen Schwierigkeiten, der weit vorangeschrittenen Fäulnis des Zarismus und der außerordentlich lebendigen Traditionen des Jahres 1905, ist in Rußland die Revolution früher als in anderen Ländern ausgebrochen. Die Revolution bewirkte, daß Rußland in einigen Monaten seinem POLITISCHEN System nach die fortgeschrittenen Länder eingeholt hat."

"Aber das ist zu wenig. Der Krieg ist unerbittlich, er stellt mit schonungsloser Schärfe die Frage: entweder untergehen oder die fortgeschrittenen Länder AUCH ÖKONOMISCH einholen und überholen. (...) Die

(17) Lenin, EINE DER KERNFRAGEN DER REVOLUTION, Ausg. Werke, Bd. II, S. 313, 314.

"Kadetten frohlocken schadenfroh: nun habe die Revolution Schiffbruch erlitten, die Revolution sei mit dem Krieg wie mit der Zerrüttung NICHT fertig geworden."

"Das ist nicht wahr. Schiffbruch erlitten haben die KADETTEN und die SOZIALREVOLUTIONÄRE SAMT DEN MENSCHENIKI, denn dieser Block (dieses Bündnis) hat Rußland ein halbes Jahr lang regiert, hat in diesem halben Jahr die Zerrüttung verstärkt und die militärische Lage verwirrt und erschwert."

"Je vollständiger der Zusammenbruch des BÜNDNISSES der Bourgeoisie mit den SOZIALREVOLUTIONÄREN UND MENSCHENIKI ist, desto schneller wird das Volk LERNEN. Desto leichter wird es den RICHTIGEN Ausweg finden: das Bündnis der armen Bauernschaft, d.h. der Mehrheit der Bauern, mit dem Proletariat." (18).

Das wird der Oktober sein. Und durch ihn, EINZIG UND ALLEIN DURCH IHN, wird die "Arbeiterkontrolle" kommen: vorausgesehen -- und eingetroffen.

Wir glauben, gezeigt zu haben, daß sich für Lenin in der Zeit von April bis September die Perspektive hinsichtlich der beabsichtigten Möglichkeit des "friedlichen" Übergang der Macht an die Sowjets, d.h. eines Übergangs, der von keiner realen KRAFT ernsthaft behindert wird, daß sich diese Perspektive ändert und der erkannten Notwendigkeit der proletarischen Machteroberung weicht, ob nun die "heutigen" Sowjets SOFORT mitmachen oder nicht. Genauso haben wir gezeigt, daß sich damit nichts am Inhalt der Losungen ändert, die die Wirtschaftsmaßnahmen zusammenfassen, die die neue Macht - und NUR SIE wird es tun können - treffen muß. Unter diese Maßnahmen fällt auch die Arbeiterkontrolle über die Industrie, die von der Partei als Losung ausgegeben wird, denn sie weiß, wie die Massen unter dem herrschenden Hunger und der Wirtschaftszerrüttung für diese Losung empfänglich sind. Die Partei wird aber NIE VERSCHWEIGEN, daß die Verwirklichung der Arbeiterkontrolle die VOLLSTÄNDIGE Machtübernahme voraussetzt.

Lenin verschweigt weder, daß diese Maßnahmen von einer Not-situation diktiert werden und sogar die allgemeinen Ziele der Umwandlung der russischen Gesellschaft unberücksichtigt lassen, noch die Tatsache, daß sie keineswegs mit der "Einführung des Sozialismus" gleichzusetzen sind. Sie sind jedoch Schritte IN DIESE RICHTUNG, wie alle Maßnahmen zur Disziplinierung der Produktion, die sogar von den entwickelten kapitalistischen Ländern ohne Zögern vorgenommen werden, auch wenn diese es selbstverständlich im Interesse der Bewahrung der eigenen Klassenherrschaft tun, während es der revolutionären Partei darum geht, sie in den Dienst der Interessen des "Volkes" zu stellen (d.h. nicht nur in den Dienst der Interessen der Proletarier sondern auch der Bauern). Es stimmt, daß die Revolution, auf die Lenin seit September und während des ganzen Oktobers drängt, POLITISCH proletarisch sein wird, da an

(18) Lenin, DIE DROHENDE KATASTROPHE UND WIE MAN SIE BEKÄMPFEN SOLL, Ausg. Werke, Bd. III, 305, 306.

ihrer Spitze das Proletariat stehen und die kommunistische Partei die Hauptrolle spielen wird. Das ist aber nicht alles: die despotischen Eingriffe in die Wirtschaft werden die Fesseln des zaristischen-feudalen Regimes und die bürokratischen Hindernisse für die Entwicklung der Produktivkräfte sprengen und somit die GRUNDLAGEN für jene sozialistische Umwälzung schaffen, die aber nur infolge einer proletarischen Revolution in Europa (zumindest) möglich sein wird.

Obwohl sie den Rahmen der kapitalistischen Produktionsweise nicht überschreiten, die sie vielmehr - soweit vorhanden - vor der totalen Zerrüttung bewahren und - soweit im Entstehen begriffen - nachträglich vorwärtstreiben, bedeuten diese Maßnahmen in diesem Sinne bereits eine Etappe des Weges ZUM Sozialismus. Sie tendieren dahin, einen monopolistischen Staatskapitalismus zu errichten. Aber schreibt Lenin in "Die drohende Katastrophe und wie man sie bekämpfen soll":

"Der imperialistische Krieg ist der Vorabend der sozialistischen Revolution. Und das nicht nur deshalb, weil der Krieg mit seinen Schrecken den proletarischen Aufstand erzeugt - keinerlei Aufstand kann den Sozialismus schaffen, wenn er nicht ökonomisch herangereift ist -, sondern deshalb, weil der staatsmonopolistische Kapitalismus die vollständige MATERIELLE Vorbereitung des Sozialismus, seine unmittelbare VORSTUFE ist, denn auf der historischen Stufenleiter GIBT ES zwischen dieser Stufe und derjenigen, die Sozialismus heißt, KEINERLEI ZWISCHENSTUFEN MEHR." (20)

Auf diesen Punkt werden wir noch zurückkommen. Wichtig ist hier nur, zwei Sachen zu unterstreichen:

1) Die Größe der Perspektive Lenins in der entscheidenden Periode von April bis Oktober (die übrigens die Widerspiegelung der vor mehr als zwölf Jahren klar angegebenen Perspektive ist) zeigt sich SCHON IN DER TATSACHE, daß eine so entscheidene Maßnahme wie die Kontrolle über die Industrie in den Mittelpunkt der Maßnahmen der Sowjetmacht und der proletarischen Diktatur gestellt wird - als unlösbares Bindeglied zwischen den unmittelbaren Bedürfnissen der großen werktätigen Massen und dem ebenso deterministisch durch die Entwicklung der russischen und Welt-situation aufgezwungenen Ziel der Machteroberung. Nach der Februarrevolution war der Produktionsapparat fast völlig lahmgelegt, und in der Phase der "Doppelherrschaft versuchten die Arbeiter spontan ihn wieder in Gang zu setzen, übrigens ohne Widerstand der Unternehmer (was ein weiterer Beweis dafür ist, daß man THEORETISCH die Macht hätte "friedlich" erobern können). Die Situation wurde vom Bolschewik Arsky in einem am 3.1.1920 im "Ordine Nuovo" erschienenen Artikel gut beschrieben:

"Die Arbeitslosigkeit stieg an und der Produktionsapparat mußte darunter leiden. Nach der Februarrevolution bilden sich Betriebsräte, deren erste Aufgabe darin bestand, jeden Betrieb mit dem notwen-

"digsten zu versorgen. Vor allem mußte man Brennstoff an die Betriebe verteilen, damit ihre Tätigkeit aufrechterhalten bleiben konnte. (...) Die Betriebsräte fungierten als VERWALTER und waren dabei sehr erfolgreich, ABER IM BEREICH DER PRODUKTION MUSTEN SIE SICH VOR DEN UNTERNEHMERN ZURÜCKZIEHEN, WIE SIE ES AUF POLITISCHER EBENE VOR DER BOURGEOISIE TUN MUSTEN. (...) Trotz der Arbeitszeitverkürzung, stieg die Produktion, solange nicht die Rohstoffe ausgingen".

Andererseits reicht die Versorgung allein nicht aus: man mußte eine Inventur des Brennstoffes und der Rohstoffe im allgemeinen vornehmen, um nach einem systematischen Plan arbeiten zu können.

"Die Betriebsräte machten eine Bestandsaufnahme aller Lagerbestände der Betriebe und FASTEN DIE ZAHLEN IN DEN REGIONALEN SOJETS ZUSAMMEN (...). Diese erste Untersuchung der Arbeiter wurde nicht ernsthaft durch die Unternehmer gestört, vielmehr BEFÜRWORTETEN SIE sie", hätten sie allein ja nicht die Kraft, sie bis zu Ende durchzuführen. Die wirtschaftliche Zerrüttung wurde trotzdem nicht angehalten. Von Februar bis Oktober schloßen gut 850 Fabriken und "vor dieser Sabotage standen die Arbeiter VÖLLIG HILFLOS da. Sie wandten sich an die zuständigen Behörden, an die Wirtschaftsräte, und enthüllten Ursprung und Natur der entstandenen Lage, ABER DAS FÜHRTE ZU NICHTS. Die Beziehungen wurden immer gespannter, und in der Zeit der Oktoberrevolution drohte einerseits die Aussperrung, andererseits zeichnete sich die Möglichkeit eines offenen Kampfes um Leben und Tod ab".

Wie in den ersten Monaten die TATSACHEN selbst die Arbeiter dazu führten, die Notwendigkeit der "Kontrolle" einzusehen, so waren es gegen Oktober die TATSACHEN, die ein ENTSCHEIDENDES Einschreiten notwendig machten. Während die provisorische Regierung ihre Delegierten in die Industriebezirke schickte und ihnen erlaubte "auf militärische Gewalt zurückzugreifen, um die Arbeiterbewegung zu vernichten", begannen die Arbeiter sich der Tatsache bewußt zu werden, daß das Problem der Kontrolle, genau wie die Bolschewiki schrieben und verkündeten, nicht gelöst werden konnte, solange die Bourgeoisie "nicht in einem offenen Kampf geschlagen würde, solange die Revolution nicht in die absolute Diktatur des Proletariats mündete, solange die Arbeiter sich nicht entschließen würden, diesen Sieg mit einer ihren Zielen entsprechenden Gesetzgebung zu festigen". Hier konvergieren die "unmittelbaren Erfahrungen der Massen" - nämlich daß die Situation unmöglich zu kontrollieren ist - und die Direktiven der Partei, und das macht den Oktober möglich und notwendig. Aus dieser erkannten (und von Lenin im Voraus erklärten) Unmöglichkeit der Kontrolle OHNE VORHERGEHENDE MACHTEROBERUNG - wenn auch nicht nur aus ihr - entfesselt sich der revolutionäre Kampf UM DIE MACHT. Die riesige Kraft der Partei des roten Oktobers liegt darin, daß sie "die Wahrheit gesagt hatte", lange bevor die Arbeiter diese Wahrheit erfuhren.

2) Diese selbe Kraft zeigt sich auch darin, daß die Partei nach der Machteroberung die wirtschaftlichen NOTSTANDSMAßNAHMEN sofort in die Tat umsetzt, die sie von Anfang an angekündigt hatte: nachdem sie "die Wahrheit GESAGT hat", VERWIRKLICHT sie sie. Das erste Dekret über die Arbeiterkontrolle wird acht Tage nach der Eroberung der Staatsmacht erlassen, nachdem der Sowjet der Arbeiter- und Soldatendeputierten von Petrograd am 26. Oktober beschloßen hatte:

Die neue Arbeiter- und Bauernregierung (...) wird sofort das Eigentum der Gutsbesitzer am Grund und Boden aufheben und den Boden der Bauernschaft übergeben. Sie wird die Arbeiterkontrolle über die Produktion und Verteilung der Produkte sowie die allgemeine Kontrolle des Volkes über die Banken einführen und diese gleichzeitig in ein einziges Staatsunternehmen umwandeln." (21).

Am 21. November, im SCHLUSSWORT ZUR AGRARFRAGE auf dem außerordentlichen gesamtrussischen Kongreß der Sowjets der Bauerndeputierten, betont Lenin:

"Die Aufhebung des privaten Grundeigentums, die Einführung der Arbeiterkontrolle, die Nationalisierung der Banken (...): Das ist noch nicht Sozialismus, aber das sind Maßnahmen, die uns mit Riesenschritten zum Sozialismus bringen. Wir versprechen den Bauern und den Arbeitern nicht sofort ein Land, darin Milch und Honig fließt, doch wir sagen: Das enge Bündnis der Arbeiter und der ausgebeuteten Bauern, der harte, unbeugsame Kampf für die Sowjetmacht FÜHRT uns zum Sozialismus" (von uns unterstrichen) (22),

und das ist es, was uns erlaubt, eine Revolution SOZIALISTISCH zu nennen, die dennoch nicht imstande ist, die Wirtschaft zu sozialisieren.

Wie alle "außerordentlichen revolutionären Maßnahmen", die von der Notwendigkeit diktiert werden, "die kritische Lage in der Lebensmittelversorgung, die Gefahr einer Hungersnot, die durch die Spekulation, die Sabotage der Kapitalisten und Beamten sowie durch die allgemeine Zerrüttung heraufbeschworen wurde"(23), zu bekämpfen, schafft "die Arbeiterkontrolle über die Herstellung, die Lagerung und den Kauf und Verkauf aller Produkte und Rohstoffe", die "von allen Arbeitern und Angestellten" (...) "in allen Industrie-, Handels-, Bank-, landwirtschaftlichen und sonstigen Betrieben mit (insgesamt) nicht weniger als 5 Arbeitern und Angestellten oder mit einem Jahresumsatz von nicht weniger als 10 000 Rubel" (...), "entweder unmittelbar (...) oder von ihren gewählten Vertretern (...) durchgeführt wird", das Privateigentum an Produktionsmitteln nicht ab. Außer mit "Erlaubnis der gewählten Vertre-

(20) Lenin Werke, Bd 26, S. 290.

(21) " " " " , S. 326

(22) Lenin, ENTWURF EINES DEKRETS ÜBER DIE DURCHFÜHRUNG DER NATIONALISIERUNG DER BANKEN UND ÜBER DIE IM ZUSAMMENHANG DAMIT ERFORDERLICHEN MASSNAHMEN, Werke, Bd. 26, S. 389

ter" wird die Arbeiterkontrolle durchgeführt, um die Stilllegung eines Betriebes oder eines Produktionszweiges, "der staatliche Bedeutung hat", sowie "irgendwelche Änderungen in seiner Tätigkeit" zu verhindern. Zu diesem Zweck "muß diesen gewählten Vertretern die Einsicht in ausnahmslos ALLE Bücher und Dokumente, ebenso die Prüfung ausnahmslos ALLER Lager und Vorräte an Materialien, Werkzeugen und Produkten ermöglicht werden". Sie tragen zusammen mit "ALLEN Besitzern (...) dem Staate gegenüber die Verantwortung für die strengste Ordnung und Disziplin und für den Schutz der Vermögenswerte". Andererseits "sind ((ihre)) Beschlüsse (...) für die Besitzer der Betriebe verbindlich und können nur durch die Gewerkschaftsverbände und -Kongresse aufgehoben werden." (24).

In "Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht" vom März/April 1918 zeigt Lenin wieder offen die Schwierigkeiten auf und vernichtet demagogische Phrasen und Illusionen:

(23) Lenin, ENTWURF VON BESTIMMUNGEN ÜBER DIE ARBEITERKONTROLLE, Werke, Bd. 26, S. 267/68.

Im Artikel "Wie soll man den Wettbewerb organisieren?" vom 25-28. Dezember 1917, schreibt Lenin und hebt den engen Zusammenhang zwischen Kampf gegen Verschwendung und Zerstörung der Produktivkräfte und den Kampf FÜR den Sozialismus hervor:

"Nur durch die freiwillige und gewissenhafte, mit revolutionärem Enthusiasmus geleistete Mitarbeit der MASSEN der Arbeiter und Bauern an der Rechnungsführung und Kontrolle ÜBER DIE REICHEN, DIE GAUNER, DIE MUSSIGGÄNGER UND ROWDYS ist es möglich, diese Überbleibsel der fluchbeladenen kapitalistischen Gesellschaft, diesen Auswurf der Menschheit, diese rettungslos verfaulten und verkommenen Elemente, diese Seuche, diese Pest, diese Eiterbeule zu besiegen, die der Kapitalismus dem Sozialismus als Erbschaft hinterlassen hat."

"Arbeiter und Bauern! Werktätige und Ausgebeutete! Der Grund und Boden, die Banken, die Fabriken, die Werke sind Eigentum des ganzen Volkes geworden! Nehmt SELBST die Rechnungsführung und Kontrolle über die Produktion und die Verteilung der Produkte in die Hand - darin und NUR darin liegt der Weg zum Sieg des Sozialismus, die Bürgschaft für seinen Sieg, die Bürgschaft für den Sieg über jede Ausbeutung, über Not und Elend! Denn in Rußland ist genug Getreide, Eisen, Holz, Wolle, Baumwolle und Flachs für alle da. Man muß nur die Arbeit und die Erzeugnisse richtig verteilen, man muß nur eine allgemeine SACHLICHE, PRAKTISCHE Kontrolle des ganzen Volkes über diese Verteilung einführen und NICHT NUR in der Politik, sondern auch im TÄGLICHEN WIRTSCHAFTLICHEN Leben die Volksfeinde, die Reichen und ihre Kostgänger, sodann die Gauner, Müßiggänger und Rowdys besiegen."

Lenin, L. Werke, Bd. 26, S. 409.

"Die Arbeiterkontrolle ist bei uns Gesetz geworden, aber ins Leben und selbst ins Bewußtsein der breiten Massen des Proletariats beginnt sie gerade eben erst einzudringen. Daß das Fehlen einer Rechnungsführung und Kontrolle in der Produktion und Verteilung der Produkte die KEIME DES SOZIALISMUS vernichtet, Diebstahl am Staatseigentum ist (denn aller Besitz gehört dem Staat, der Staat aber ist die Sowjetmacht, die Macht der Mehrheit der Werktätigen), daß Nachlässigkeit in der Rechnungsführung und Kontrolle direkt den deutschen und russischen Kornilow Vorschub leistet, die die Macht der Werktätigen NUR dann stürzen können, wenn wir die Aufgabe der Rechnungsführung und Kontrolle nicht bewältigen, und die mit Hilfe der gesamten bürgerlichen Bourgeoisie, mit Hilfe der Kadetten, der Menschewiki, der rechten Sozialrevolutionäre uns "auflauern", den geeigneten Augenblick abwarten - davon sprechen wir nicht genug in unserer Agitation, daran denken und davon sprechen die fortgeschrittenen Arbeiter und Bauern nicht genug. Solange aber die Arbeiterkontrolle nicht zur Tatsache geworden ist, solange die fortgeschrittenen Arbeiter nicht den siegreichen und schonungslosen Feldzug gegen diejenigen eingeleitet und durchgeführt haben, die diese Kontrolle hintertreiben oder sich um sie nicht kümmern - solange kann man nicht NACH DEM ERSTEN SCHRITT (der Arbeiterkontrolle) den zweiten Schritt ZUM Sozialismus machen ((in Richtung ZUM Sozialismus, und nicht EINFÜHRUNG des Sozialismus!)), das heißt zur Regulierung der Produktion durch die Arbeiter übergehen." (von uns hervorgehoben) (24).

Gezeigt zu haben, daß der Kampf auch noch nach der Machtübernahme WEITERGEHT, war nur ein erster Schritt, und vielen Arbeitern unangenehm, die sich in der Illusion wogen, entweder bereits "im Sozialismus" zu sein, oder es für "Sozialismus" hielten, daß die Fabrik, in der sie arbeiteten, IN GEMEINEIGENTUM übergegangen war, oder daß sie sie schließlich wie eine EINZELEINHEIT VERWALTEN könnten. Die eigene Erfahrung wird den Arbeitern die Notwendigkeit des folgenden Schrittes zeigen, eines Schrittes, den Lenin schon 1918 vorausgesehen hatte und der auf dem VIII. Kongreß der Partei im März 1919 angenommen wurde. Hierbei handelte es sich, um mit den Worten Bucharins aus einem Artikel, der bereits erwähnten Nr. des "Ordine Nuovo" zu sprechen, um die Frage der "Leitung der von den Arbeitern verwalteten Betriebe" nach ihrer Verstaatlichung. Arbeiterverwaltung bedeutet nicht, daß die Arbeiter EINER Fabrik gemeinsam Verwalter geschweige Besitzer dieser Fabrik werden. "Würde man tatsächlich zu einer solchen Situation gelangen - schreibt Bucharin weiter -, in der jede Fabrik AUSSCHLIEßLICHES Eigentum ihrer Belegschaft allein wäre, würden die verschiedenen Fabriken tendenziell miteinander konkurrieren. Jede würde sich anstrengen, mehr als die anderen zu verdienen, jede würde um die Kunden der anderen Fabriken werben, die Arbeiter der einen würden zugrundegehen, während die der anderen reich würden". Also ist das Privateigentum (oder

(24) Lenin, Ausg. Werke, Bd. II, S. 749.

das kollektive aber isolierte Eigentum) an den Fabriken allgemein aufgehoben, und die Verwaltung wird der Belegschaft und den Delegierten der Gewerkschaften, der Sowjets und des von der Partei kontrollierten regionalen Wirtschaftsrates gemeinsam anvertraut: "So wird nicht nur die politische, sondern auch die wirtschaftliche und gesellschaftliche Diktatur des Proletariats verwirklicht werden". (der Satz ist zwar mißverständlich, der Sinn jedoch klar: die Gesamtheit der Produktion steht unter der direkten Kontrolle des SOJETSTAATES, der proletarischen Diktatur, und dient den POLITISCHEN ZIELEN, auch wenn Lohn- und Marktverhältnisse weiter bestehen. Die "Selbstverwaltung" tendierte dahin, die Anarchie wieder zu schaffen, gegen die die Kontrolle eingerichtet wurde: daher die Notwendigkeit des "neuen Schrittes AUF den Sozialismus HIN und dann noch andere Maßnahmen (die zentrale Planung usw.)). Das führt uns aber über das Thema dieser Artikelreihe weit hinaus.

Lenins Position geht also mit wunderbarer Klarheit und Einsicht aus seinen Erklärungen und den Parteidirektiven aus der Periode vom April bis Oktober 1917 und unmittelbar danach hervor und wir sind der Ansicht, daß seine Position eine Reihe von nützlichen Überlegungen zwingend macht:

1) Die Arbeiterkontrolle über die Produktion - die von einer "Bestandsaufnahme" der verfügbaren Mittel und von einer Disziplinierung ihrer Anwendung und Verteilung in den verschiedenen Produktionsbranchen und im Hinblick auf den Verbrauch untrennbar ist - SETZT FÜR LENIN DIE REVOLUTIONÄRE MÄCHTEROBERUNG VORAUS. Es handelt sich mit anderen Worten um eine Frage, die erst gelöst werden kann, wenn die ausschlaggebende Frage des STAATES IN DER TAT gelöst ist. Sowohl als allgemeine Richtlinie als auch als Kampfparole gehört die "Arbeiterkontrolle" zu dem RICHTIG VERSTANDENEN "Übergangsprogramm", d.h. zu der Vorwegnahme der Maßnahmen, die die Diktatur des Proletariats - und nicht irgendeine "Regierung" oder "Arbeiterregierung" als Verwalter eines noch nicht zerstörten bürgerlichen Staates - notwendigerweise im Laufe ihrer "despotischen Eingriffe" in die Wirtschaft und somit auch in die "Eigentumsverhältnisse" treffen wird. Lenin hat die "Arbeiterkontrolle" niemals getrennt von der Forderung nach VOLLSTÄNDIGER Machteroberung und VOLLSTÄNDIGER Machtausübung agitiert. Als hundertprozentiger Marxist duldet er nicht einmal, daß man die Vermutung aufkommen läßt, daß es sich bei der "Arbeiterkontrolle" um einen Zauberschlüssel handelt, mit dem man ohne POLITISCHE Revolution die Tür zu einer neuen Gesellschaft öffnen könnte, oder mit dem man diese Revolution machen könnte... OHNE ES ZU SAGEN.

2) Damit wird die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß in Phasen von hoher sozialer Spannung und von entscheidendem Klassenkampf Basisorganisationen der Arbeiter (Bezirks-, Betriebs- oder nationale Organisationen) auf der Welle günstiger Kräfteverhältnisse bis zu einem bestimmten Grad eine direkte oder indirekte Kontrolle über die Produktion (und ohne hin über den Arbeitsmarkt) ausüben können, wie es in Rußland der Fall war, also daß sie den herrschenden Klassen die ge-

gesellschaftliche Kontrolle streitig machen. DANN ist man aber in einer Phase der "Doppelherrschaft", wo das schwankende Gleichgewicht der Kräfte - wovon EINE SOLCHE Kontrolle die Widerspiegelung darstellt - früher oder später und auf jeden Fall äußerst kurzfristig zusammenbrechen wird, sei es durch die Vorherrschaft der proletarischen Seite und somit durch den Sturz der bürgerlichen Macht, sei es durch die Zusammenfassung der GANZEN Macht erneut in den Händen der Bourgeoisie. NUR UND AUSSCHLIESSLICH im ersten Fall verliert die Kontrolle ihren unzulänglichen, beschränkten, unwirksamen Charakter, um ALLGEMEIN, DURCHDRINGEND, WIRKSAM, kurzum DESPOTISCH TOTALITÄR zu werden. Im zweiten Fall wird sie entweder von der konterrevolutionären Welle geschluckt, oder mit der Unterstützung des Opportunismus als "SELBSTERHALTUNGSMITTEL" der kapitalistischen Herrschaft erhalten. Gerade darauf hat Lenin unentwegt hingewiesen: weder für ihn noch für die Partei geht es darum, den ursprünglichen, instinktiven Drang der Arbeitermassen zur Kontrolle der Industrie ABSTRAKT UND AUS PRINZIP zu verdammen oder in die eigenen unmittelbaren Aktionsrichtlinien einzuführen, sondern darum, sich auf diese materiell gegebene Bewegung zu stützen, um sie zu beeinflussen, oder besser um sie in einen offenen KAMPF UM DIE MACHT umzukehren, und dies auf der Grundlage der durch die Massen erkannten und durch die Partei im Voraus erklärten Unmöglichkeit, die Kontrolle ohne siegreichen Ausgang dieses Kampfes auszuüben. Nicht die Kontrolle AN SICH, sondern der KAMPF FÜR DIE KONTROLLE ist IN DIESER PHASE revolutionär, schrieb damals die kommunistische Linke Italiens in "Il Soviet" vom 11. November 1920, und revolutionär - versteht sich -, weil die Partei die "Funken des sozialistischen Bewußtseins", die jedem breiten und heftigen Arbeiterkampf entspringen, als Hebel einzusetzen wußte, um dem Kampf eine POLITISCHE Richtung zu geben.

Wenn man eine andere Auffassung vertritt, hat der Opportunismus (wie es nach dem ersten Weltkrieg der Fall war) freie Bahn, um die Parole der "Arbeiterkontrolle" MIT KONTERREVOLUTIONÄREN ZWECKEN sich zu eigen zu machen, und die Bourgeoisie kann die Kontrolle "gewähren" (und mit Recht!). "Bitte sehr, kontrolliere mich, ich aber werde die Kanonen haben. Werde du satt durch die Kontrolle" (und wer die Waffen hat, hat die Macht).

2) Bei Lenin wird nicht geduldet, daß die Arbeiterkontrolle idealisiert oder verabsolutiert wird. Das, woran sich einige als an einer Form von "direkter Demokratie" ergötzen, ist in Lenins dialektischer Auffassung nichts anderes als eine EPI-SODE des Bürgerkrieges. Dieser Krieg erfordert die höchste Zentralisierung, breitet sich aber gleichzeitig über die ganze Gesellschaft aus, erfaßt alle Formen des Zusammenstoßes zwischen den Klassen und zieht sogar im engsten lokalen Rahmen die großen Arbeitermassen hinein. Genau gesehen ist der Bürgerkrieg eine einzige riesige Anstrengung der früher beherrschten Klasse, um die früher herrschende und immer noch angriffsbereite Klasse zu KONTROLLIEREN. Der Bürgerkrieg verlangt vom Arbeiter nicht nur, daß er sein Gewehr gegen die physischen Repräsentanten dieser Klasse verwendet (und das ist ein rasches und souveränes, wenn auch nicht zu verallge-

meinerndes Mittel,...sie zu kontrollieren) sondern auch - und das ist nicht wenig - daß er davon Gebrauch macht, um sie daran zu hindern, die Wiederinstandsetzung der Produktion zu sabotieren, oder ggfls. um ihre Hilfe zu erzwingen, oder noch allgemeiner gesagt, um einen sich sperrenden und zerrütteten Wirtschaftsapparat einer ERZWUNGENEN Disziplin zu unterwerfen.

Das ist mehr eine POLITISCHE als eine wirtschaftliche Aufgabe. Es geht darum, die Macht zu behalten und die MATERIELLEN Bedingungen hierfür zu sichern. In diesem Sinne ist die Arbeiterkontrolle über die Produktion eine KRIEGSHANDLUNG: sie war es in der doppelten Revolution in Rußland, wo es, wie Lenin wiederholt, unmittelbar lediglich darum ging, gegen die drohende Katastrophe zu kämpfen, und dafür ein System der Kontrolle und Bestandsaufnahme einzurichten, das MINDESTENS auf der Höhe der entsprechenden Selbsterhaltungsmaßnahmen der fortgeschrittensten BÜRGERLICHEN Staaten im Krieg stünde, um dieses System einer noch privat verwalteten (und im privaten Besitz stehenden) Industrie aufzuzwingen. Sie wird es aber auch in einer "rein" proletarischen Revolution sein, und zwar in zwei qualitativ verschiedenen Formen, entsprechend den (im großen und ganzen) zwei Hauptsphären der Wirtschaftsorganisation:

a) in der Großindustrie und den großen landwirtschaftlichen Betrieben, wo man UNMITTELBAR auf eine staatliche Verwaltung (und tendenziell auf eine gesellschaftliche Verwaltung) übergehen kann, wird die Arbeiterkontrolle ein Bestandteil dieser staatlichen Leitung sein, zumal letztere am Anfang von einer Form von Arbeiterkontrolle nicht zu trennen sein wird, da es sich ja vor allem darum handelt, vom Kapitalismus geerbte Menschen und Apparate einzusetzen;

b) in der breiten und in verschiedenen Ländern heute noch enorm verzweigten Sphäre der mittleren und kleinen Betriebe (vor allem, aber nicht nur, in der Landwirtschaft) und der noch marktwirtschaftlichen Tauschverhältnisse zwischen diesen unzähligen kleinen Betrieben auf dem Lande und der Stadt (und hier ist die Kontrolle über "Tucherer, Spekulanten und Gauner" ein Leichtes im Vergleich zu den Aufgaben gegenüber der historischen Trägheit der Einmann-, Familien oder auch Genossenschaftsbetrieben) wird die Arbeiterkontrolle einen ERSTEN Schritt auf dem langen und komplizierten Weg darstellen, der zur gesellschaftlichen und planmässigen Verwaltung führen soll.

3) Daraus ergibt sich auch, wie Lenin es tausendmal wiederholt hat, daß die Arbeiterkontrolle in ihren verschiedenen und stufenweise höhergehenden Formen eine NOTMASSNAHME darstellt, und keineswegs ein "Ideal" oder "Modell". Man kann sie nicht auffassen, als könnte sie in ihrer ersten Elementarform - zerstreut, lokal, gewißermassen "zentrifugal" (mit allen Illusionen von "direkter Demokratie", die ihr anhaften und auf ihrer Grundlage blühen) - FORTDAUERN. Wir haben ja gesehen, wie sie dazu bestimmt ist, bald einer EINHEITLICHEN, ZENTRALEN UND PLANMÄSSIGEN Kontrolle im Interesse der Gesamtheit und in der Perspektive einer allgemeinen GESELLSCHAFTLICHEN Verwaltung Platz zu machen, was ihren Charakter von MASSENBETEILIGUNG und MASSENERFAHRUNG keineswegs vernichtet, sondern

höchstens auf eine höhere Ebene bringt, wie Lenin es auch tausendmal wiederholt. Dieser Übergang wird sich mit um so größerer Dringlichkeit aufzwingen, wenn der Bürgerkrieg zu einem offenen Krieg zwischen zwei Armeen wird, wenn er sich in Zeit und Raum verbreitet und härter wird. Die Zitate von Bucharin zeigen - dasselbe kann man aber mit dramatischer Schärfe in allen Schriften und Reden Lenins aus 1918 und 1919 und in den Parteibeschlüssen nachlesen -, welchen Widerstand die bolschewistische Partei sogar in ihren eigenen Reihen zu überwinden hatte, um zu verhindern, daß das, was am Anfang eine große Kraft dargestellt hatte - nämlich der Drang der Arbeiterklasse "die Sache in ihre eigenen Hände zu nehmen" -, sich in eine Schwäche verwandelt; welcher Kampf erforderlich war, um die Illusionen über die Kontrolle als BRÜCKE zu einer DIREKTEN, molekularen und geradezu atomisierten und autonomistischen Verwaltung zu zerstreuen, sowie um im Gegenteil Produktion und Verteilung den Normen und grundsätzlichen Richtlinien einer ZENTRAL organisierten und geleiteten Verwaltung unterzuordnen.

Noch weniger ist die "Arbeiterkontrolle" eine Vorwegnahme der wirtschaftlichen und sozialen Ordnung der kommunistischen Produktionsweise, und das nicht nur, weil der Kommunismus ÜBERHAUPT keine Verwirklichung irgendeines abstrakten "Modells" ist, sondern vor allem, weil er die kapitalistische Produktionsweise mit ihrer Struktur aus geschlossenen Produktionseinheiten, die nur durch den Markt (als Kontaktfläche aber vielmehr als Schlachtfeld) miteinander verbunden sind, keineswegs zu wiederholen, sondern zu vernichten hat. "Betriebe zu führen ist kein Sozialismus. Sozialismus heißt, eine Produktion zu erreichen, die NICHT VOM EINZELNEN BETRIEB ausgeht", liest man in unserer "STRUTTURA ECONOMICA E SOCIALE DELLA RUSSIA D'OGGI", "und das ist eine langfristige und WELTWEITE Aufgabe". Das sind zwei prinzipielle Punkte der marxistischen Lehre, die die immediatistische, ouvrieristische und gramscistische Ideologie ins Herz treffen, und denen man eine besondere Untersuchung - die den Rahmen dieses kurzen Artikelreihe sprengen würde - widmen sollte.

* * * * *

PORTUGAL

RAUSCH UND KATZENJAMMER EINER SCHEINREVOLUTION

(mit einem Anhang über die Frage der Unterstützung der antiimperialistischen Bewegungen der Kolonialländer am Beispiel von Angola).

$$+ \quad + \quad + \quad + \quad + \quad +$$

BULLETIN

AUSZÜGE AUS DER PRESSE DER IKP

- Nr. 1 Inhalt: Die Berliner Kommune (1953)
Aufruf zum 1. Mai 1974
Die historische Invarianz des Marxismus
Krise und Revolution
Notizen über die Lage in Deutschland
Preis DM 1,--
- Nr. 2 Inhalt: 21 Jahre nach der Berliner Kommune von 1953
Der Kampf der englischen Bergarbeiter
Marx über die Unpersönlichkeit des
Kapitals
Der Aktivismus als falsches Hilfsmittel
Der Weltimperialismus - Bilanz per 31.12.72
Preis DM 1,--
- Nr. 3 Inhalt: "Unheilbarer Kretinismus der Forderung,
die Faschisten zu entwaffnen"
Die Laufbahn des Laborismus
Kommunistische Organisation und kommunistische Disziplin
Widersprüche des japanischen Imperialismus
Preis DM 1,--
- Nr. 4 Inhalt: Portugiesische Farce und afrikanisches
Drama
Inflation, Profite und Pläne
Objektive und subjektive Faktoren des
Klassenkampfes - dialektische Bindeglieder
eines einzigen Prozesses
Interventionen der Partei
Preis DM 1,--

- Nr. 5 Inhalt: Laufbahn des Weltimperialismus
Die Funktion der Sozialdemokratie
Über die Beziehungen zwischen Kommunistischer Partei und anderen politischen Parteien und Strömungen
Preis DM 1,--
- Nr. 6 Inhalt: Zum 8. Mai 1975
"Proletarische Diktatur" und "Sozialistische Gesellschaft" made in China
Die Kommunisten und die Abtreibung
Laufbahn des Weltimperialismus
Zum 1. Mai 1975
Lenin über die organisatorischen Aufgaben
die späte bürgerliche Geburt Äthiopiens
Preis DM 1,50,
- Nr. Inhalt: PORTUGAL
Parlamentarismusfrage
Kapitalistische Krise
Manifest zu den Wahlen in Italien
Interventionen der Partei
Preis DM 3,--

DIE FRAGE DER REVOLUTIONÄRE PARTEI - Partei und Klasse -
Partei und Klassenaktion - Proletarische Diktatur und Klas-
senpartei - Leitsätze der K.I. über die Rolle der kommuni-
stischen Partei in der proletarischen Revolution DM 3,--

REVOLUTION UND KONTERREVOLUTION IN RUSSLAND - Warum Rußland
nicht sozialistisch ist - 40 Jahre organischer Bewertung der
Ereignisse Rußlands in der sozial und historisch dramatischen
internationalen Entwicklung - Acht kurze Thesen über Rußland
DM 4,--

DER KAMPF GEGEN DEN ALTEN UND DEN HEUTIGEN REV. SIONISMUS
Richtlinien zur Wiederherstellung der marxistischen Lehre
- Der historische Zyklus der kapitalistischen Wirtschaft
und der politischen Herrschaft der Bourgeoisie - Der histo-
rische Verlauf der Klassenbewegung des Proletariats DM 4,---

DIE GRUNDLAGEN DES REVOLUTIONÄREN KOMMUNISMUS in der Lehre und
in der Geschichte des internationalen proletarischen
Kampfes DM 4,--

+

In portugiesischer Sprache:

TESES CARACTERISTICAS DO PARTIDO: BASES DE ADESAO
LIGUES DAS CONTRA-REVOLUCOES

+

In spanischer Sprache

LOS FUNDAMENTOS DEL COMUNISMO REVOLUCIONARIO
FUERZA VIOLENCIA DICTADURA EN LA LUCHA DE CLASE
PARTIDO Y CLASE

+

DIE FRAGE DER "DEMOKRATISCHEN FORDERUNGEN"

AM BEISPIEL § 213

Als Ergänzung zu "DIE KOMMUNISTEN UND DIE ABTREIBUNG" (BULLETIN Nr. 6, Mai 1975) veröffentlichen wir hier einen kurzen aber wichtigen Artikel von Lenin ("ARBEITERKLASSE UND NEOMALTHUSIANISMUS"), wo die Kritik der heute mehr denn je verbreiteten neomalthusianistischen Ideologie durchgeführt wird. (Man denke bloß an die Entrüstung der "vernünftigen Menschen" über die "Bevölkerungsexplosion" in der "dritten Welt" und... unter den "Gastarbeitern"!)

Als Nachwort zu Lenins Schrift wird die andere Seite der kleinbürgerlichen Ideologie, nämlich der demokratische Reformismus, sowohl in seinen theoretischen Voraussetzungen als auch in seiner Praxis kritisch untersucht, und sein lähmender und zersetzender Einfluß auf die Arbeiterklasse - der noch schlimmer ist, wenn seine Träger den Anspruch erheben, "Kommunisten" zu sein - nochmals entlarvt.

Die leninsche Schrift steht aber auch in einem engen Zusammenhang mit dem darauffolgenden Artikel "DER KAPITALISMUS UND DIE ERNÄHRUNG DER MENSCHHEIT", wo es darum geht, die permanente Krise der Weltlandwirtschaft und der Ernährung der Menschheit im Kapitalismus aufzuzeigen, und die Kritik der bürgerlichen Lösungsvorschläge - sowohl des neomalthusianischen als auch des fortschrittsgläubigeren - zu unternehmen, um zu zeigen, daß nur die proletarische Revolution die Grundlagen für eine Lösung des Problems der enormen Diskrepanz zwischen Stadt- und Landentwicklung und des Problems des HUNGERS schaffen kann.

ARBEITERKLASSE UND NEOMALTHUSIANISMUS

Großes Interesse und ausgedehnte Debatten hat auf dem Pirogow-Ärztetkongreß die Frage der Abtreibung, d.h. der künstlichen Herbeiführung einer Fehlgeburt, hervorgerufen. Der Referent Litschkus führte Daten an, die die außerordentlich starke Verbreitung der Fruchtabtreibung in den modernen sogenannten Kulturstaaten zeigen.

In New York betrug die Zahl der künstlichen Fehlgeburten in einem einzigen Jahr 80 000, in Frankreich erreicht sie allmonatlich 36 000. In Petersburg hat sich der Prozentsatz der künstlichen Fehlgeburten in 5 Jahren mehr als verdoppelt.

Der Pirogow-Ärztetkongreß nahm eine Entschloßung an, die sich gegen jede strafrechtliche Verfolgung der Mutter wegen eines künstlichen Aborts ausspricht, während Ärzte deswegen nur im Fall "eigennütziger Zwecke" bestraft werden sollen.

In der Diskussion sprach sich die Mehrheit für Straflosigkeit des Aborts aus und berührte natürlich auch die Frage des sogenannten Neomalthusianismus (künstliche Maßnahmen zur Empfängnisverhütung), wobei auch über die soziale Seite der Sache gesprochen wurde. So erklärte z.B. laut Bericht des "Russkoje Slowo" Herr Wigdortschik, daß "die empfängnisverhütenden Maßnahmen zu begrüßen sind", und Herr Astrachan rief unter stürmischen Beifall aus:

"Wir sollen die Mütter überreden, Kinder in die Welt zu setzen, damit sie in den Unterrichtsanstalten verdorben werden, damit sie als Rekruten ausgelost werden können, damit sie zum Selbstmord getrieben werden!"

Wenn die Mitteilung zutrifft, daß eine solche Deklamation des Herrn Astrachan stürmischen Beifall auslöste, so ist diese Tatsache für mich nicht verwunderlich. Die Hörer waren Bourgeois, mittlere und kleine, mit einer kleinbürgerlichen Mentalität. Was kann man von ihnen anderes erwarten als den allerplattesten Liberalismus?

Doch vom Standpunkt der Arbeiterklasse gesehen, läßt sich kaum ein augenfälligerer Ausdruck des ganzen reaktionären Wesens und der ganzen Jämmerlichkeit des "sozialen Neomalthusianismus" finden als der angeführte Satz des Herrn Astrachan.

"Kinder in die Welt setzen, damit sie verdorben werden..." Nur dazu? Warum nicht dazu, daß sie besser, einmütiger, bewußter, entschlossener als wir den KAMPF FÜHREN gegen die bestehenden, unsere Generation verderbenden und zugrunde richtenden Lebensbedingungen??

Hierin eben liegt der grundlegende Unterschied zwischen der Mentalität des Bauern, des Handwerkers, des Intellektuellen, des Kleinbürgers überhaupt, und der Mentalität des Proletariats. Der Kleinbürger sieht und fühlt, daß er zugrunde geht, daß das Leben immer schwerer, der Existenzkampf immer grausamer, daß seine und seiner Familie Lage immer auswegloser wird. Das ist eine unbestreitbare Tatsache. Und der Kleinbürger protestiert dagegen.

Aber WIE protestiert er?

Er protestiert wie der Vertreter einer hoffnungslos zugrunde gehenden, an ihrer Zukunft verzweifelnden, eingeschüchterten und feigen Klasse. Man kann nichts machen, da ist es schon besser, weniger Kinder zu haben, die ja doch nur unsere Qualen, unsere Schinderei, unser Elend und unsere Demütigungen miterdulden müssen - das ist der Aufschrei des Kleinbürgers.

Der klassenbewußte Arbeiter ist unendlich weit entfernt von diesem Standpunkt. Er läßt sich von solchem Gejammer, wie auf richtig und tiefgeföhlt es auch sei, nicht das Bewußtsein vernebeln. Jawohl, wir, die Arbeiter, wie auch die Masse der Kleinbesitzer führen ein Leben voller unerträglicher Bedrückung und Leiden. Unsere Generation hat es schwerer als unsere Väter. In einer Beziehung aber sind wir weitaus glücklicher daran als unsere Väter. WIR HABEN ES GELERNT UND LERNEN ES SCHNELL, ZU KÄMPFEN - und nicht als einzelne zu kämpfen, wie die Besten unter unseren Vätern gekämpft haben, nicht in Namen von Losungen bürgerlicher Schönredner, die uns im Innern fremd sind,

sondern im Namen unserer eigenen Losungen, der Losungen unserer Klasse. Wir kämpfen besser als unsere Väter. Unsere Kinder werden noch besser kämpfen, UND SIE WERDEN SIEGEN.

Die Arbeiterklasse geht nicht zugrunde, sondern wächst, erstarkt, wird reifer, schließt sich zusammen, schult und stählt sich im Kampf. Wir sind Pessimisten in Bezug auf die Leibeigenschaftsordnung, den Kapitalismus und die Kleinproduktion, aber wir sind glühende Optimisten in Bezug auf die Arbeiterbewegung und ihre Ziele. Wir legen bereits das Fundament eines neuen Gebäudes, und unsere Kinder werden es zu Ende bauen.

Eben darum - und nur darum - sind wir unbedingte Feinde des Neomalthusianismus, dieser Strömung für das verknöcherte, egoistische Spießerpärchen, das erschreckt murnelt: Wenn wir uns nur selber, mit Gottes Hilfe, irgendwie durchschlagen, auf Kinder verzichten wir aber besser.

Selbstverständlich hindert uns das nicht im geringsten, die unbedingte Aufhebung aller Gesetze zu fordern, die die Abtreibung oder die Verbreitung medizinischer Werke über empfängnisverhütende Mittel usw. unter Strafe stellen. Solche Gesetze sind nichts als eine Heuchelei der herrschenden Klassen. Diese Gesetze kurieren nicht die Schwären des Kapitalismus, sondern machen sie nur besonders bösartig, besonders unerträglich für die unterdrückten Massen. Die Freiheit der medizinischen Propaganda und der Schutz der elementarsten demokratischen Rechte der Bürger und Bürgerinnen - das ist eine Sache. Eine andere Sache ist die soziale Lehre des Neomalthusianismus. Die klassenbewußten Arbeiter werden stets den rücksichtslosesten Kampf führen gegen jeden Versuch, diese reaktionäre und feige Lehre der fortgeschrittensten, stärksten, zu großen Veränderungen am meisten bereiten Klasse der bestehenden Gesellschaft aufzuzwingen.

o o o o o o

"Prawda" Nr. 137, 16. Juni 1913. Lenin Werke, Bd. 19, S. S. 225-228

NACHWORT ZU LENINS "ARBEITERKLASSE UND NEOMALTHUSIANISMUS"

I a

Seit geraumer Zeit macht in der Bundesrepublik ein Problem von sich reden, daß besonders die Gemüter des Kleinbürgertums erregt. Ein uralter Paragraph steht zur Debatte, dessen Abschaffung die einzig konsequente Forderung wäre, auch und gerade vom Standpunkt des Kleinbürgertums. Doch unfähig eine vernünftige Reform durchzusetzen, verzettelt in Gesetzestexten, stolpernd über Verfassungshürden, wird der § 218 zum Objekt des Wahlkampfes für die parlamentarischen Kretins in den Regierungsparteien und der Opposition. Die zahlreichen radikalen, kleinbürgerlichen Gruppen übernehmen es, die Forderung nach Abschaffung des Paragraphen aufzustellen, also die konsequente bürgerlich-demokratische Forderung. Besonders der KBW versucht mit einer energischen Agitation die Sympathien der "breiten

Volksmassen", sprich des Kleinbürgertums, auf sich zu lenken. Uns geht es in dieser Schrift jedoch nicht um eine Bestandsaufnahme der Kampagne gegen den Paragraphen, uns geht es darum, den Klassencharakter dieser "Bewegung" darzulegen, indem wir den eifrigsten Exponenten einer Kritik unterziehen und damit auch den übrigen weniger eifrigen Gruppen einen Schlag versetzen, auf die diese Kritik im Geiste ebenso zutrifft.

Für jeden Klassenbewußten Arbeiter ist es unabdingbar für seinen Kampf gegen die bürgerliche Klasse, das politische, soziale und ökonomische Gesicht des Kleinbürgers kennenzulernen. Diese Schrift soll ein kleiner Beitrag dazu sein; sie soll zeigen, wie anhand einer einzigen politischen Frage die verschiedensten politisch scheinbar weit voneinander entfernten "kommunistischen" Gruppen ihr wahres Gesicht als radikale Vertreter kleinbürgerlicher Interessen enthüllen.

Wir verzichten an dieser Stelle auf die Positionen der großbürgerlichen Parteien einzugehen, da dieser Beitrag im wesentlichen eine Kampfschrift gegen den Opportunismus ist und die konservative Haltung der Großbourgeoisie selbst bei solchen überfälligen bürgerlichen Reformen für jeden offensichtlich ist.

b

Auf welche Weise reagieren nun die kleinbürgerlichen Linken auf diesen Strafparagraphen?

Als Hauptargument mit dem diese Kampagne geführt wird, dient die Feststellung, daß die Forderung nach Abschaffung des Paragraphen eine Verbesserung der Situation des Volkes im allgemeinen und der Arbeiterklasse im besonderen bedeuten würde. Wir sehen hier vorerst davon ab, daß der Kampf um den Paragraphen nach Ansicht des KBW und anderer mit dem Kampf um die Demokratie insgesamt verbunden werden soll. Dies werden wir im zweiten Abschnitt einer Kritik unterwerfen.

Nun gibt es Verbesserungen und Verbesserungen (der Lage der Arbeiterklasse). Es gibt solche Verbesserungen, die freiwillig von der Bourgeoisie zugestanden werden. Wir erinnern an die Lohnerhöhungen, die in der letzten Hälfte der 50er Jahre fast automatisch den Arbeitern gewährt wurden, natürlich nicht um die Lage der Arbeiterklasse zu verbessern, sondern 1. weil große Nachfrage nach Arbeitskraft bestand, 2. weil eine reibungslose Gestaltung des Produktionsprozesses durch die Integration der Arbeiterklasse in den kapitalistischen Staat auch für die Zukunft gewährleistet werden sollte (und dies ist der Bourgeoisie bis jetzt vorzüglich gelungen). Es gibt solche Reformen, die sich aus den "natürlichen" Bedingungen der kapitalistischen Entwicklung als notwendig erweisen, wie ein bestimmtes Bildungsniveau der Arbeiterklasse und daher entsprechende Schulen und ähnliche Einrichtungen. Es gibt die verschiedensten Abstufungen bei Reformen, effektive, weniger effektive, halbherzige, konsequente etc. Aber alle diese Verbesserungen sind vom Standpunkt der Bourgeoisie nicht Verbesserungen "an sich", aus humanitären Gründen eingeführt, sie dienen einem bestimmten Zweck, soweit es die Arbeiterklasse betrifft; nämlich diese Klasse duckmäusert, duldsam und gefügig zu halten und Unruherherde zu vermeiden. Somit bedeuten Refor-

men "an sich" eine immer tiefere und engere Integration der Arbeiterklasse in die bürgerliche Welt. Dies zum einen.

zweitens sind die Zugeständnisse, die die Bourgeoisie dem Proletariat macht, letztlich Schein und Trug, denn in einer Krisensituation wird die herrschende Klasse nicht zögern, ihre Reformen wieder rückgängig zu machen. Daß das nicht bloß theoretische Behauptung ist, zeigt uns die Erfahrung heute (Lohnsenkung, Steuererhöhung, Abbau sozialer Leistungen...). Die von der Bourgeoisie zugestandenen Reformen sind also in Wirklichkeit nur vorübergehende Zugeständnisse, die für "null und nichtig" erklärt werden, wenn es die Bourgeoisie für nötig hält und die Arbeiterklasse es erlaubt.

Drittens bleiben Reformen auf dem Boden dieser Gesellschaft, sie erkennen sie und ihre Gesetze an, enthalten somit noch nicht ein revolutionäres, den Kapitalismus überwindendes Moment.

Wie gehen nun Marxisten an die Frage (Reform) der Abschaffung des Paragraphen heran?

Ausgehend von der Anatomie der bürgerlichen Gesellschaft und den geschichtlichen Erfahrungen, können wir drei Standpunkte unterscheiden.

1. Obgleich die Frau der "Oberen Zehntausend" vermöge ihres Besitzes weitgehend ihren Neigungen nachgehen kann und nicht mehr gezwungen ist, ihren familiären Aufgaben nachzugehen, (sondern diese an bezahltes Personal abgibt) ist sie doch in gewissem Maße noch immer vom Manne abhängig (der Mann als Familienoberhaupt, Haushaltsvorstand usw.). Eine in wesentlichen familienrechtliche Abhängigkeit, die sich aus früheren Zeiten in den Kapitalismus hinübergerettet hat. Es ist daher natürlich, daß die Frauen dieser Klasse Forderungen nach rechtlicher Gleichstellung und freier Verfügung über ihr Eigentum stellen.

2. In klein- und mittelbürgerlichen Kreisen ist die Frau nicht, wie die großbürgerliche oder proletarische Frau, wirtschaftlich dem Manne gleichgestellt. Sie trifft immer auf Konkurrenz der Männer, die ihr auf Grund besserer Ausbildung, und beruflicher Bevorzugung überlegen sind. In dem Interesse dieser Frauen liegt die Forderung nach gleicher Ausbildung, freier Konkurrenz in Beruf u. ä. Sie verlangt die Beseitigung aller politischen Schranken für ihre wirtschaftliche Betätigung.

3. Die proletarische Frau ist mit der Entwicklung der großen Industrie in das wirtschaftliche Leben hineingeworfen worden. Sie wurde durch den Verkauf ihrer Arbeitskraft dem Proletariat gleichgestellt, gleichsam durch die Macht des Kapitals mit ihm verbunden, als unerbittlicher Gegner der kapitalistischen Ausbeutung. Natürlich ist sie, als die Frau der ärmsten Klasse, von der politischen Unterdrückung und rechtlichen Ungleichheit am stärksten betroffen, doch betrachtet sie, im Gegensatz zur bürgerlichen Frauenbewegung, die Erfüllung der bürgerlichen, demokratischen Forderungen nur als Mittel zum gemeinsamen proletarischen Klassenkampf, um unter den gleichen Bedingungen, wie der männliche Proletarier, in den Kampf zu ziehen. Die klassenbewußte proletarische Frau wird durch die

Erfahrung gelehrt, daß an der kapitalistischen Ausbeutung sich kein Quentchen ändert durch die politische Gleichberechtigung, d.h. durch die Erringung von demokratischen Rechten, sie kämpft aber um diese Rechte im Rahmen des proletarischen Klassenkampfes (und nur in diesen Rahmen), um auch den rückständigsten Frauen klarzumachen, daß die Ursache ihres Elends nicht die mangelnde Freiheit, sondern die soziale Ungleichheit, die Klassenherrschaft des Kapitals ist.

Die Abschaffung des § 218 entweder als eine eigenständige Forderung oder als eine im Rahmen der politischen Demokratie verstandene Forderung würde also nicht die Lage der Arbeiterfrau wirklich und dauerhaft verbessern, sondern sie würde die ökonomische Unterdrückung einerseits unverhüllter und offener hinstellen und andererseits die Macht der großbürgerlichen und kleinbürgerlichen Frauen vergrößern. Oder hat die fast vollständige politische Freiheit in Amerika, in der Schweiz oder auch in der BRD etwa dazu geführt, daß das Proletariat gestärkt wurde?

Der Klassenkampf des Proletariats schafft sich seine Bedingungen, ...dieser Kampf ist es, in dessen Verlauf Reformen erreicht werden, ...und nicht die Reformen sind es, die die Lage der Arbeiterklasse verbessern und den Klassenkampf hervorrufen!

Wer über das Gesagte nachdenkt, wird schlußfolgern müssen, daß eine Politik, die unter dem Vorwand, Reformen erreichen zu wollen, um die Lage der Arbeiterklasse zu verbessern, ohne den illusorischen Charakter dieser Reformen im Kapitalismus hervorzuheben, eine schädliche, gefährliche und zu bekämpfende Politik ist, da sie verhindert, daß der Arbeiter über die Grenzen dieser Gesellschaftsordnung hinausblickt und die Mittel und die Notwendigkeit ihrer ~~revolutionären Transformation~~ erkennt. Und das ist auch der Grund, warum der klassenbewußte Arbeiter den Reformismus bekämpfen muß.

Wir Kommunisten sind nicht grundsätzlich gegen Reformen. Wir sind unter bestimmten Bedingungen für Reformen. Weil wir davon ausgehen, daß eine wirkliche haltbare Verbesserung der Lage der Arbeiterklasse im Kapitalismus nicht zu erreichen ist, organisieren wir die Arbeiterklasse zum Kampf gegen den Kapitalismus für die proletarische Revolution, organisieren wir die Arbeiter für die kommunistische Organisation, organisieren wir die Arbeiter durch die Enthüllung des Klassencharakters der bürgerlichen Politik und erklären kategorisch, daß der Kampf für Reformen nur dann nützlich ist, wenn er erstens die Arbeiterklasse für den eigenen Klassenkampf gegen den Einfluß der Kleinbourgeoisie in Kampf zusammenschließt, organisiert und zweitens, den Kommunisten die Möglichkeit gibt, sich an die Spitze der Kämpfe zu stellen und die historische Ziele der Arbeiterbewegung zu propagieren. Es stellt sich somit für die Kommunisten nicht die philanthropische Frage: Welche Forderung, welche Reform besser geeignet ist, die Situation der unterdrückten Klasse zu verbessern, sondern es ist zu fragen, welche Forderung trägt dazu bei, dem Proletariat bessere Kampfbedingungen und eine bessere revolutionäre Vorbereitung unter kommunistischer Führung zu schaffen? Nur in diesem Sinne kann die Frage angepackt werden. Beteiligung an allen Formen der Arbeiteraktivitäten, Organisation des Proletariats für die Revolution,

d.h. für die kommunistische Partei: als Folge dieser kommunistischen Arbeit in der Arbeiterklasse, in dem Maße also, wie sich kommunistische Anschauungen durchsetzen und festigen, können Reformen erreicht werden, nun aber nicht als Integrationsmittel bürgerlicher Politik, sondern als Folge der politischen und organisatorischen Stärkung der klassenbewußten Arbeiterschaft.

Auch wenn der KBW die Kampagne gegen den § 218 mit der Absicht führt, "das Volk gegen den bürgerlichen Staat zusammenzuschließen", bleibt diese Absicht bloße Phrase (abgesehen von der Tatsache, daß eine heterogene, aus verschiedenen Klassen zusammengesetzte Masse nicht gegen den politischen Repräsentanten eines Teils dieser Masse also, den Staat, zusammengefaßt werden kann), denn der INHALT mit dem die Agitation und Propaganda betrieben wird, ist: Der Kampf für die Reform wird schon die "Volksmassen" zusammenschließen, wenn diese ERKENNEN, daß es eine Verbesserung ihrer Lage ist, wenn der § 218 abgeschafft wird.

Kann man es uns verdenken, wenn wir alle, die dem Inhalt nach eine ähnliche Politik betreiben, als Reformisten bekämpfen?

II.

Der zweite Kritikpunkt bezieht sich auf den Klasseninhalt der demokratischen Forderungen und die Position, die die Kleinbürger zur Demokratie einnehmen.

Der Kampf für die Beseitigung des § 218 wird von allen Gruppen (KPD, KBW, Trotzlisten usw.) als Bestandteil des Kampfes um die Demokratie begriffen und propagiert. (Es wird natürlich gesagt: "Für die proletarische Demokratie", unser Beitrag soll beweisen, daß das wiederum nur Phrase sein kann).

Wenn wir im ersten Teil die Kampagne der kleinbürgerlichen Philantropen gegen den Paragraphen kritisieren, so ist das im Geiste nach analog der Kritik Lenins an den Neomalthusianern. Der zweite Teil unseres Nachwortes bezieht sich auf die Tatsache, daß der Kampf der SDAPR um die unbedingte Aufhebung aller Gesetze, die die Abtreibung unter Strafe stellen, Bestandteil des Kampfes um die BÜRGERLICHE DEMOKRATIE war. Es wäre somit fatal diese Politik einfach aus den Werken Lenins abzuschreiben, wie es die "Linken" tun und zu erklären, sie ständen in der Tradition des Leninismus.

Die Marxisten unterscheiden in zwei wesentlichen Punkten von den kleinbürgerlichen Linken.

1. Die Einschätzung, daß die Epoche der Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat im Weltmaßstab seit langem angebrochen ist, die Epoche der demokratischen Umgestaltungen von Politik und Wirtschaft abgeschlossen ist und damit vor dem Proletariat in Ländern wie Deutschland nur sozialistische Aufgaben stehen (Bekämpfung der Bourgeoisie durch Zusammenschluß der Arbeiter in allen Formen des Arbeiterkampfes durch die Kommunisten, umfassende politische Erziehung der Arbeiterklasse, Organisation der Avantgarde als Partei, Vorbereitung durch die Partei usw.), zu deren Bewältigung das Proletariat ALLEIN steht, es keine Unterstützung durch andere Klassen erwarten kann.

2. Und dies ist untrennbar mit dem ersten Punkt verbunden- die prinzipielle Ablehnung aller Bündnisse (im Sinne von festen und dauerhaften Bündnissen, kurzfristige Aktionsbündnisse mit kleinbürgerlichen Parteien können nie prinzipiell ausgeschlossen werden), d.h. heute im wesentlichen prinzipielle Ablehnung derjenigen politischen Programme und Forderungen, die diese Bündnisse zum Inhalt und ihre Verwirklichung zum Ziel haben.

Wir wollen unsere zwei Hauptthesen durch einen kleinen Exkurs in die Geschichte der revolutionären Bewegung verdeutlichen und damit die Kontinuität nicht des Buchstabens, sondern des Geistes des revolutionären Marxismus beweisen.

a) Die Taktik von Marx, Engels und Lenin in der Epoche
der Epoche der bürgerlichen Umgestaltungen

Die Taktik von Marx/Engels in Deutschland, die durch den Bund der Kommunisten angewandt wurde, gründet sich auf die objektiven Verhältnisse (Produktionsverhältnisse) und den sich aus diesen ergebenden Klassenverhältnissen (aus seiner feudalen Hülle herauswachsender Kapitalismus, Kampf der Bourgeoisie gegen Adel und Klerus) und zweitens, (ohne diese zweite Bedingung wird eine Taktik, die nur auf den ersten Punkt gegründet ist, einseitig, objektivistisch, und bleibt auf dem Boden des Status Quo) auf die theoretische Voraussicht in die geschichtliche Entwicklung, namentlich die Herausbildung des Klassenkampfes des mit der Bourgeoisie entstehenden Proletariats gegen die Bourgeoisie.

Die erste zusammenfassende Schrift war das "Kommunistische Manifest", in dem Marx und Engels im IV. Abschnitt zusammenfassend die Taktik der Kommunisten in der bürgerlichen Revolution für die wichtigsten Länder darlegten. Von entscheidender Bedeutung, wegen der Existenz eines entwickelteren Proletariats als in den bürgerlichen Revolutionen in England und Frankreich, war die Taktik für Deutschland (und damit auch für die Länder mit entsprechenden Verhältnissen).

"In Deutschland kämpft die KP, sobald die Bourgeoisie revolutionär auftritt, gemeinsam mit der Bourgeoisie gegen die absolute Monarchie, das feudale Grundeigentum und die Kleinbürgerei!"

"Sie unterläßt keinen Augenblick, bei den Arbeitern ein möglichst klares Bewußtsein über den feindlichen Gegensatz zwischen Bourgeoisie und Proletariat herauszuarbeiten, damit die deutschen Arbeiter sogleich die gesellschaftlichen und politischen Bedingungen, welche die Bourgeoisie mit ihrer Herrschaft herbeiführen muß, als ebenso viele Waffen gegen die Bourgeoisie kehren können, damit, nach dem Sturz der reaktionären Klassen in Deutschland, sofort der Kampf gegen die Bourgeoisie selbst beginnt." (MEW, Bd. 4, S. 492/93)

Für jeden der lesen kann, wird deutlich, daß diese Politik sich gründete auf einen sich entwickelnden Kapitalismus. Zusammen, aber getrennt organisiert und mit einem eigenständigen Programm, kämpfte das Proletariat mit der Bourgeoisie für Maßregeln, die die Herrschaft der Bourgeoisie nicht antasteten, sondern diese Herrschaft herbeiführen und festigen konnten.

Dies waren demokratische Maßnahmen in der Politik und zentralisierende in der Wirtschaft (siehe S. 481). Für das Proletariat waren solche Forderungen 1. wichtig, um politische Bedingungen zu schaffen, unter denen sich das Proletariat zum Klassenkampf gegen die Bourgeoisie organisieren und erziehen konnte (Presse-Versammlungs-Redefreiheit usw.) und 2., um durch die Einflußnahme auf die Zentralisation des Kapitals die Entwicklung einer entsprechend zentralisierten Arbeiterklasse zu fördern. Diese Taktik war nicht nur notwendig für die Arbeiterklasse, sie war (und das ist es, was die kleinbürgerlichen "Marxisten" heute "vergessen") auch MÖGLICH, weil der sich entfaltende Kapitalismus einen ihm entsprechenden Überbau benötigte.

Wir können hier nicht weiter auf die M/E-sche Politik eingehen, da dies den Rahmen dieses Nachwortes bei weitem überschreiten würde.

Die gleiche taktische Linie, mit einer wichtigen Modifizierung, verfolgt die bolschewistische Partei in der bürgerlichen Revolution in Rußland (bis April 1917). In Rußland wuchsen ebenso wie 1848 in Deutschland die kapitalistischen Produktionsverhältnisse aus dem mittelalterlichen Rahmen heraus. Ebenso wie in Deutschland stellen sich dem Proletariat (das quantitativ, wie auch bezüglich seines Bewußtseins- und Organisationsgrades sehr viel weiter entwickelt war als das deutsche Proletariat) Aufgaben, die einen rein bürgerlichen Charakter hatten, ...demokratische Aufgaben.

"Aus den Prämissen, daß eine demokratische Umwälzung noch keineswegs eine sozialistische ist, daß sie bei weitem nicht nur die Besitzlosen allein interessiert und daß ihre tiefsten Wurzeln in den unabwendbaren Erfordernissen und Bedürfnissen der GESAMTEN bürgerlichen Gesellschaft als Ganzes liegen - aus diesen Prämissen ziehen wir den Schluß, daß die fortgeschrittenste Klasse ihre demokratischen Aufgaben desto kühner stellen muß und desto schärfer bis zu Ende aussprechen muß, daß sie die unmittelbare Lösung der Republik aufstellen und die Idee von der Notwendigkeit einer provisorischen revolutionären Regierung, von der Notwendigkeit die Konterrevolution schonungslos zu zertreten, propagieren muß." (Lenin Werke, Bd. 9, S. 27)

Wie aus dem Zitat ersichtlich, war es die Taktik der Bolschewiki die demokratischen Forderungen nur "kühner" zu stellen und "schärfer bis zu Ende auszusprechen" und daneben in Gestalt der SDAPR das Proletariat unabhängig von allen bürgerlichen und kleinbürgerlichen Fraktionen zu organisieren durch die Entlarvung des bürgerlichen Charakters der Revolution und der ständigen Vorbereitung auf den Kampf gegen die Bourgeoisie. Die angesprochene Modifizierung der M/E-schen Taktik ergab sich im wesentlichen aus dem großen politischen und zahlenmäßigen Gewicht (verglichen mit 1848) des russischen Proletariats (die Bourgeoisie war ebenso feig und kompromißbereit gegenüber der Reaktion, wie die deutsche Bourgeoisie) und dem Charakter des Landes als ~~einem~~ Bauernland. Lenin proklamierte als Ziel der demokratischen Umwälzung die "provisorische revolutionäre

Regierung des Proletariats und der Bauernschaft". Diese von den Bolschewiki angestrebte Übergangsform (in der die Phase der kleinbürgerlichen Macht ebenso ausgeklammert war) von den von der bürgerlichen zur sozialistischen Revolution war das günstigste, in der bürgerliche Revolution machbare Ziel, welches ebensowohl den Boden darstellte für die Entfaltung des offenen Klassenkampfes der Arbeiterklasse gegen die Bourgeoisie und für den Kampf um die alleinige Herrschaft des Proletariats.

"Wir Marxisten aber müssen wissen, daß es keinen anderen Weg zur wirklichen Freiheit für das Proletariat und der Bauernschaft gibt noch geben kann als den Weg der bürgerlichen Freiheit und des bürgerlichen Fortschritts. Wir dürfen nicht vergessen, daß es in der gegenwärtigen Zeit kein anderes Mittel gibt noch geben kann, um den Sozialismus näher zu bringen, als die politische volle Freiheit, als die demokratische Republik, als die revolutionäre demokratische Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft." (LW, Bd. 9, S. 102)

Wir nehmen hier nur Marx, Engels und Lenin zum Beweis für unsere Grundauffassung, daß die Epoche des Kampfes um Demokratie, um demokratische Forderungen in ihrer Gesamtheit in den entwickelten kapitalistischen Ländern vorüber ist, daß die Epoche der proletarischen Revolution angebrochen ist und in dieser Phase der Kampf um Demokratie nicht mehr ein eigenständiges Ziel ist (bei Marx in Form einer kleinbürgerlichen Machteroberung, bei Lenin in Form einer Übergangsregierung von Demokraten und Kommunisten, die wegen der allgemeinen revolutionären Bedingungen in Rußland (Doppelherrschaft) und der Einheitsfront der Demokraten mit dem Imperialismus nicht realisiert werden konnte, sondern im Rahmen einer doppelten Revolution unmittelbar zur Diktatur des Proletariats führte). Heute kämpfen die Kommunisten in diesen Ländern um die alleinige Macht ihrer Partei. Das bedeutet bezüglich demokratischer Forderungen nicht die vollständige Ablehnung derselben, sondern daß für demokratische Rechte nur dann eingetreten wird, wenn sie IM VERLAUFE des Arbeiterklassenkampfes FÜR DIESEN KAMPF (und ausschließlich für diesen Kampf) bessere Kampfbedingungen schaffen. Im Gegensatz zu allen Opportunisten stellt der "demokratische Kampf" für die Kommunisten nicht eine selbständige Etappe dar, infolge der die Arbeiterklasse (nach Auffassung eines Teils dieser Opportunisten, DKP) an die Macht gelangen wird oder (nach Auffassung eines anderen Teils, den Maoisten) die schon die Machteroberung durch die Arbeiterklasse darstellt ("Volksdemokratie!").

Wir könnten ebenso gut die Taktik der deutschen Sozialdemokratie (bis 1914) oder die der französischen untersuchen und würden zum gleichen Ergebnis kommen, jedoch gibt es neben Marx, Engels und Lenin niemanden, der diese Taktik so klar und deutlich zu Ende ausgesprochen hätte.

b) Kommunistische Taktik in der Phase der proletarischen Revolution

In diesem Teil, in dem kurz die kommunistische Taktik der proletarischen Revolution skizziert werden soll, eine Taktik, die sich ja mit Notwendigkeit schon aus dem vorigen Abschnitt ergibt, wollen wir einige vorausschauende Bemerkungen von Engels und Lenin bringen.

Wenngleich Lenin und die bolschewistische Partei ab April 1917 die Diktatur des Proletariats erstrebten und die Taktik entsprechend radikal geändert wurde, ist doch dieser Zeitraum in Rußland insofern atypisch, als hier die bürgerliche und die proletarische Revolution ineinander übergangen, sich die Bauernschaft als Hauptrepräsentant der russischen Demokratie erst in bürgerliche und proletarische Klasse zu spalten begann und daher das demokratische Programm der bolschewistischen Partei noch Gültigkeit behielt. Was nichts daran ändert, daß die Linie der Bolschewiki prinzipiell antidemokratisch war. Das sei denjenigen gesagt, die, ohne die Bedingungen und Verhältnisse zu untersuchen, die Behauptung aufstellen, die Bolschewiki hätten prinzipiell die Gültigkeit des demokratischen Minimalprogramms auch für die proletarische Revolution anerkannt. Eine solche unsinnige, sich selbst widersprechende Behauptung spiegelt den "buchstäblichen", formalistischen, vom Inhalt entleerten, phrasenhaften "Marxismus" der roten Kleinbürger wider. Für uns Marxisten allerdings kein neues Phänomen. Fast gesetzmäßig taucht vor dem Beginn gesellschaftlicher Umwälzungsprozesse in der Bevölkerung eine allgemeine Unruhe auf, die sich in den radikalen Phrasen kundtut. Man denke besonders in Deutschland an die "roten Republikaner" vor der 48er Revolution und an die sozialdemokratische Bewegung um Ledru-Rollin in Frankreich.

Wir wiederholen hier noch einmal, die bürgerliche Revolution hat den Zweck, die entsprechenden politischen Verhältnisse für die Entwicklung eines, mit feudaler Hülle eingegengten, Kapitalismus zu schaffen. Diese demokratische Umwälzung schafft das gesellschaftliche und politische Terrain, auf dem sich die Arbeiterklasse für sich selbst als Klasse konstituieren kann, auf dem es nicht mehr zusammen mit ihrem natürlichen Gegner (der Bourgeoisie) gegen den Feind ihres Feindes zu kämpfen braucht, sondern wo es allein ihrem eigentlichen Feind gegenübersteht. Die proletarische Revolution hat den Zweck, die ganze bisherige private Aneignungsweise des gesellschaftlichen und natürlichen Reichtums umzuwälzen, um zu einem Punkt gleichsam zurückzukehren, wie voranzuschreiten..., der klassenlosen Gesellschaft, beruhend auf dem Gemeineigentum an Produktionsmitteln und Boden. In diesem Kampf um die Abschaffung der Lohnarbeit, als der letzten Form der privaten Aneignung, steht das Proletariat allen denen gegenüber, die ihre Existenz nur durch und mit Hilfe der Lohnarbeit der produktiven Klasse fristen, von den unmittelbar den Mehrwert sich aneignenden Kapitalisten zu indirekten Aneignern: den Banken, dem Staat, den Mittelklassen und dem klassischen Kleinbürgertum. Das Proletariat steht STRATEGISCH einer "reaktionären Masse" gegenüber, um diesen vielstrapazierten, aber noch öfter miß-

vorstandenen, Begriff zu gebrauchen. Dieser Satz wäre historisch falsch in der Phase der demokratischen Revolution, in der z.B. die Kleinstaaterie abgeschafft, die Einheit der sachlichen und persönlichen Verkehrsverbindungen usw. durch andere Parteien als der proletarischen hergestellt wurden. Dieser Satz wird richtig in der proletarischen Revolution, in der alle Parteien außer der proletarischen die Fähigkeit zu gesellschaftlich progressiver Aktion verloren haben (z.B. in der BRD, wo die bürgerlichen parlamentarischen Parteien nicht einmal eine rein bürgerliche Reform konsequent durchzuführen in der Lage sind). Allerdings muß die proletarische Partei dem Kleinbürgertum gegenüber eine andere TAKTIK verfolgen, als gegenüber der Großbourgeoisie. Jedoch Voraussetzung für eine kluge Taktik gegenüber den Kleinbürgern ist in jedem Fall, daß das Proletariat in seiner KP organisiert, schlagkräftig in seiner ökonomischen Organisation und frei von allen Varianten kleinbürgerlicher Politik und Ideologie ist.

"Zuerst nimmt man die großtönende, aber historisch falsche Lasallsche Phrase an: gegenüber der Arbeiterklasse seien alle anderen Klassen nur eine reaktionäre Masse. Dieser Satz ist nur in Ausnahmefällen wahr, z.B. in einer Revolution des Proletariats, wie die Kommune, oder in einem Lande, wo nicht nur die Bourgeoisie Staat und Gesellschaft nach ihrem Bilde gestaltet hat, sondern auch nach ihr das demokratische Kleinbürgertum diese Umbildungen bis auf ihre letzten Konsequenzen durchgeführt hat." (Engels an Bebel 1875, MEW 34, S. 126)

Dieser Satz ist also nicht grundsätzlich falsch, sondern nur in einer bestimmten historischen Situation, in der Phase des Aufräumens mit antibürgerlichem Dreck.

"Falsch, denn sie (die Phrase von der reaktionären Masse, die Redaktion) spricht eine an sich richtige GESCHICHTLICHE TENDENZ als VOLLENDETE Tatsache aus." (Engels an Kautsky, 1891, MEW 38, S. 179)

In vollständiger Übereinstimmung mit unseren Thesen, die wir mit einigen Bemerkungen von Engels illustrierten, formuliert auch Lenin den Gegensatz zwischen der Taktik der bürgerlichen und der proletarischen Revolution und zeigt, wie obiger Ausführungen zu verstehen sind.

"Das Proletariat muß die demokratische Umwälzung zu Ende führen, indem es die Masse der Bauernschaft an sich heranzieht, um den Widerstand der Selbstherrschaft mit Gewalt zu brechen und die schwankende Haltung der Bourgeoisie zu paralysieren. Das Proletariat muß die sozialistische Umwälzung vollbringen, indem es die Masse der halbproletarischen Elemente der Bevölkerung an sich heranzieht, um den Widerstand der Bourgeoisie mit Gewalt zu brechen und die schwankende Haltung der Bauernschaft und der Kleinbourgeoisie zu paralysieren". (LW 9, S. 90)

Was bedeutet es nun, wenn die kleinbürgerlichen Linken den Kampf um den § 218 mit dem Kampf um die Demokratie verbinden, was bedeutet es, wenn sie erklären, daß der Kampf für die De-

mokratie die Befreiung "der Arbeiterklasse und des Volkes" zur Folge haben würde?

Die Antwort ist nach dem Vorhergehenden nicht schwer. Es bedeutet, die Arbeiterklasse auf ein falsches Kampffeld zu locken (nämlich auf das der demokratischen Forderungen, Reformen), es bedeutet gleichzeitig den Versuch, die Arbeiterklasse für die Interessen eines kleinen radikalen Teils des unteren Bürgertums einzuspannen und sie somit weiterhin an die Interessen des Bürgertums insgesamt zu binden. Insofern sind diese Organisationen politisch reaktionär.

Sie haben innerhalb des Bürgertums insgesamt sicherlich eine progressive Funktion, indem sie die bürgerlichen Reformen konsequent voranzutreiben versuchen und dies wird von uns auch nicht kritisiert; aber sobald sie sich als Kommunisten und Arbeitervertreter ausgeben und mit Hilfe einer demokratischen Politik einen Einfluß auf das Proletariat zu gewinnen versuchen, ist ihre Politik vom revolutionären Standpunkt aus als reaktionär zu bekämpfen.

Die in diesem Beitrag formulierten Positionen unserer Partei zu der Frage der Abtreibung sind sicherlich nicht die Positionen der Mehrheit der heutigen, größtenteils unter den Fahnen bürgerlicher Politik treibenden, bundesrepublikanischen Arbeiterklasse und können es auch nicht sein, angesichts der Tatsache, daß nicht einmal auf ökonomischer, gewerkschaftlicher Ebene die Arbeiterklasse den Kampf aufgenommen hat (die sporadischen "wilden Streiks" sind nur die ersten Kundgebungen für das uns bevorstehende Wiederaufflammen der proletarischen Klassenbewegung). Erst das Wiederaufleben dieser Klassenbewegung (als unabdingbare materielle Grundlage für kommunistische Politik) wird Probleme, wie das oben behandelte, aus dem Bereich der Propaganda in den Tageskampf verlagern. Diese proletarische Klassenbewegung ist es, auf die wir in kommunistischem Sinne einwirken werden und selbstredend auch heute einwirken (allerdings nur in solch geringem Ausmaß, wie es die "unentwickelte" Arbeiterbewegung möglich macht); allein diese Bewegung wird auch die Abschaffung des § 218 als Kampfmittel um bessere Bedingungen für den Klassenkampf der proletarischen Frauen zu nutzen wissen. Im Gegensatz zu den Opportunisten, die sich nicht nur dem Inhalt nach als Opportunisten darstellen, sondern auch ihr Kampfterrain außerhalb der Arbeiterklasse haben, tut unsere Partei nicht so, als könnte man die Klassenbewegung durch Phrasendrescherei ersetzen (wie die Opportunisten, die eifrig ihren Anspruch als Arbeitervertreter doklamierend den bürgerlichen Staat um die Gewährung von Rechten anwinkeln). Erst mit und innerhalb der proletarischen Klassenbewegung wird aus der Forderung nach Abschaffung des § 218, in dem Maße wie die Partei auf die Bewegung einzuwirken weiß, eine Klassenforderung. Erst dann wird aus einem Tummelplatz für bürgerliche Philanthropen und Frauenrechtlerinnen ein Schlachtfeld der Klassen.

Wir verweisen hier auf weitere Artikel über diese Frage in unserer deutschen Presse: Bulletin Nr. 6, "Die Kommunisten und die Abtreibung", hier wird die Frage noch einmal vom prinzipiellen Standpunkt und im Zusammenhang mit dem ökonomischen Determinismus angepackt, und Bulletin Nr. 7/8, "Interventionen der Partei: über die Frauenfrage", wo der Kampf gegen den Abtreibungsparagrafen in Frankreich in einem konkreten Agitationsrahmen gestellt wird.

DER KAPITALISMUS UND DIE ERNÄHRUNG DER MENSCHHEIT

(aus "Il Programma Comunista", Nr. 14, 15, Juli 1975)

Immer häufiger wiederholen die bürgerlichen Ideologen und Wissenschaftler die melancholische Überlegung, daß die unbesonnene Menschheit von heute drauf und dran ist, die Erde zunehmend zu zerstören. Dieser Überlegung folgt unweigerlich der Appel an die "gutwilligen Menschen", damit sie mit bravem Bürgersinn "eingehend darüber nachdächten" und rechtzeitig "vorsorgen würden". Die FAO (Welternährungsorganisation) schloß die Arbeiten ihres kürzlichen Weltkongresses in Rom mit diesem unausbleiblichen Hilfeschrei ab.

Ein in der internationalen Zeitschrift "SCIENTIFIC AMERICAN" im März 1975 erschienener Artikel mit dem Titel "Nahrung und Bevölkerung", der von einem echten "Experten", niemand geringerem als dem Direktor des Zentrums für Bevölkerungsstudien der Harvard University, geschrieben wurde, die seit mehr als einem Jahrhundert unveränderten bürgerlichen Positionen wieder auf. Das gibt uns die Gelegenheit, in einer Kritik des erwähnten Artikels die Positionen des revolutionären Marxismus darzulegen, Positionen, die "Erneuerer" und "Aktualisierer" gern kastrieren und zu "harmlosen Götzen" machen möchten, die aber ihnen zum trotz genau so unveränderlich sind.

Bevor wir jedoch zum Kernpunkt kommen, ist es angebracht, eine kurze Zusammenfassung der marxistischen Position zur Frage der Ernährung und der Ware "Nahrungsmittel" vorauszuschicken.

DIE MARXISTISCHE THESE

Eine der Schlüsseltheorien des Marxismus - die Theorie der Agrarfrage - gipfelt in der historischen Grundthese, daß die kapitalistische Produktionsweise einerseits und auf Weltmaßstab der Menschheit die Möglichkeit gibt, die verschiedenartigsten Industriegüter zu konsumieren, andererseits die Verfügung über Nahrungsmittel und Agrarprodukte im allgemeinen relativ immer mehr erschwert. Der revolutionäre Kommunismus erhebt den Ruf von Blanqui - "Wer Eisen hat, hat auch Brot" - zur Wissenschaft der Revolution und der Klassendiktatur, zum Aufruf an das Proletariat, die Zivilisation des Profits, die mit Nahrung für die Lebenden und noch mehr für die Nachkommen geizt, mit der Gewalt des Eisens zu stürzen. Der revolutionäre Kommunismus hat die kapitalistische Produktionsweise und ihre historische Laufbahn entschlüsselt, und damit die Gründe für die immer größere Störung des Stoffwechsels zwischen Mensch und Erde, für die unheilbare Beraubung des Bodens und für die immer größer werdende und sich verschärfende Diskrepanz zwischen Agrikultur und Industrie: ein unlösbarer Gegensatz, der als zusätzlicher Nachweis für die historische Relativität der bürgerlichen Gesellschaft und zugleich als mächtiger objektiver Impuls für die antikapitalistische Revolution zu begrüßen ist. Diesbezüglich genügt es, eine unter vielen Stellen des Kapitals zu zitieren:

"In der Sphäre der Agrikultur wirkt die große Industrie insofern am revolutionärsten, als sie das Bollwerk der alten Gesellschaft vernichtet, den "BAUER", und ihm den LOHNDARBEITER unterschiebt. Die sozialen Umwälzungsbedürfnisse und Gegensätze des Landes werden so mit denen der Stadt ausgeglichen."

Zu bemerken ist, daß hier wie in jeder anderen Zeile des "Kapitals" die wissenschaftliche ökonomische Untersuchung mit der Aufzeichnung des Programms für den proletarischen Klassenkampf untrennbar verknüpft ist: in diesem Fall die Vereinigung der Massen des Stadtproletariats und der Landarbeiter, die sich mit materieller Notwendigkeit aus dem Kapitalismus selbst ergibt.

"An die Stelle des gewohnheitsfaulsten und irrationalsten Betriebs tritt bewußte, technologische Anwendung der Wissenschaft. Die Zerreißung des ursprünglichen Familienbandes von Agrikultur und Manufaktur, welches die kindlich unentwickelte Gestalt beider umschlang, wird durch die kapitalistische Produktionsweise vollendet. Sie schafft aber zugleich die materiellen Voraussetzungen einer neuen, höheren Synthese, des Vereins von Agrikultur und Industrie, auf Grundlage ihrer gegensätzlich gearbeiteten Gestalten" ((Hier spricht der Kommunismus, der "unmögliche" Kommunismus, werde Spießer, akademische Marxologen, Marktschreier der "Kultur": dies ist nicht eure Sprache, sondern die unverwechselbare des RED TERROR DOCTORS!)). "Mit dem stets wachsenden Übergewicht der städtischen Bevölkerung, die sie in großen Zentren zusammenhäuft, häuft die kapitalistische Produktion einerseits die GESCHICHTLICHE BEWEGUNGSKRAFT DER GESELLSCHAFT, stört sie andererseits den Stoffwechsel zwischen Mensch und Erde, d.h. die Rückkehr der vom Menschen in der Form von Nahrungs- und Kleidungsmitteln vernutzten Bodenbestandteile zum Boden, also die ewige Naturbedingung dauern der Bodenfruchtbarkeit. Sie zerstört damit zugleich die physische Gesundheit der Stadtarbeiter und das geistige Leben der Landarbeiter. Aber sie zwingt zugleich durch die Zerstörung der bloß naturwüchsig entstandenen Umstände jenes Stoffwechsels, ihn systematisch als regelndes Gesetz der gesellschaftlichen Produktion und in einer der vollen menschlichen Entwicklung adäquaten Form herzustellen. In der Agrikultur wie in der Manufaktur erscheint die kapitalistische Umwandlung des Produktionsprozesses zugleich als Martyrologie der Produzenten, das Arbeitsmittel als Unterjochungsmittel, Exploitationsmittel und Verarmungsmittel des Arbeiters, die gesellschaftliche Kombination der Arbeitsprozesse als organisierte Unterdrückung seiner INDIVIDUELLEN Lebendigkeit, Freiheit und Selbständigkeit. Die Zerstreuung der Landarbeiter über größere Flächen bricht zugleich ihre Widerstandskraft, während Konzentration die der städtischen Arbeiter steigert. Wie in der städtischen Industrie wird in der modernen Agrikultur die gesteigerte Produktivkraft und größere Flüssigmachung der

"Arbeit erkaufte durch Verwüstung und Versiechung der Arbeitskraft selbst. Und jeder Fortschritt" ((hört gut zu, scheinheilige Fortschrittler!)) "der kapitalistischen Agrikultur ist nicht nur ein Fortschritt in der Kunst, DEN ARBEITER, sondern zugleich in der Kunst, DEN BODEN ZU BERAUBEN, jeder Fortschritt in Steigerung seiner Fruchtbarkeit für eine gegebene Zeitfrist zugleich ein Fortschritt im Ruin der dauern den Quellen dieser Fruchtbarkeit."

Eure Verseuchung, Ihr Herren Beschützer des Grüns und der reinen Luft, Ihr Freunde der blühenden Wiesen, die Ihr in Expertenweste das Bißchen Luft, das uns noch bleibt, mit Moralpredigten verseucht - die Umweltverschmutzung ist nicht von heute, sie wurde gänzlich von einer Wissenschaft vorausgesehen und erklärt, die in Euren modernsten Abhandlungen vergeblich gesucht wird!

"Je mehr ein Land, wie die Vereinigten Staaten von Nordamerika zum Beispiel, von der großen Industrie als dem Hintergrund seiner Entwicklung ausgeht, desto rascher dieser Zerstörungsprozeß. Die kapitalistische Produktion entwickelt daher nur die Technik und Kombination des gesellschaftlichen Produktionsprozesses, indem sie zugleich die Springquellen alles Reichtums untergräbt: DIE ERDE UND DEN ARBEITER." (Die Hervorhebungen sind von uns) (1).

Wie für alle großen historischen Gegensätze, so auch für den, der sich auf das Verhältnis zwischen Industrie und Agrikultur bezieht, gibt es keine progressive sondern nur eine revolutionäre Lösung. Zugleich rechnet Marx ab mit der "persönlichen Verantwortung" des einen oder anderen Kapitalisten und mit den reformistischen Träumen - denen seinerzeit die Utopisten nachhingen, während heute, in voll entfaltetem Imperialismus, nur Ultrareaktionäre, die eine Bourgeoisie ohne Proletariat, eine Profitproduktion ohne die unausbleiblichen Folgen der abgepressten Mehrarbeit und ohne zunehmendes Elend der enteigneten Massen ersehen, solche Träume haben können. Dem philanthropischen Bourgeois, der bereit ist, heiße Tränen über die Begleiterscheinungen dieses zunehmenden "Zerstörungsprozesses" zu vergießen, hat Marx im Voraus das Maul gestopft. Dem lamentierenden Bourgeois antwortet Marx in einer Fußnote zum zitierten Passus.

"Ihr teilt das Volk in zwei feindliche Lager, plumpe Bauern und verweichlichte Zwerge. Lieber Himmel! Eine Nation, zerspalten in landwirtschaftliche und Handelsinteressen, nennt sich gesund, ja hält sich für aufgeklärt und zivilisiert, nicht nur trotz, sondern gerade zufolge dieser ungeheuerlichen und unnatürlichen Trennung", schreibt der Bourgeois; dazu Marx:

"Diese Stelle zeigt zugleich die Stärke und die Schwäche einer Art von Kritik, welche die Gegenwart zu be- und verurteilen, aber nicht zu begreifen weiß." (2)

(1) DAS KAPITAL, 1. Buch, IV. Abschnitt, Kap. 13, Parag. 10, S. 528 und 529. Dietz Verlag Berlin 1972. (MEW Bd. 23)

(2) DAS KAPITAL, ebda, S. 528.

Heute mit der Verwüstung zweier Weltkriege, mit der Entwicklung eines Imperialismus, der die Erde und die Biosphäre selbst immer mehr vergiftet, wird dasselbe Klagelied widerlich verschlimmert in tausend Tönen wiederholt, ein Lied, das seine "Jungfräulichkeit" längst verloren hat, hinter dem sich die erhabene "ökologische" Industrie - neueste Errungenschaft des Kapitals - versteckt.

In der Tat, weit über das Äußerliche hinaus, wird die kapitalistische Produktionsweise in ihrem Wesen durch die Formel charakterisiert: "Der Konsum ist das Mittel, die Produktion ist der Zweck". Darin liegt ihre revolutionäre Funktion, und, in der ganzen Entwicklung der Produktivkräfte, ihre historische Schranke.

"Da nicht Befriedigung der Bedürfnisse, sondern Produktion von Profit Zweck des Kapitals, und da es diesen Zweck nur durch Methoden erreicht, die die Produktionsmasse nach der Stufenleiter der Produktion einrichten, nicht umgekehrt, so muß beständig ein Zwiespalt eintreten zwischen den beschränkten Dimensionen der Konsumtion auf kapitalistischer Basis und einer Produktion, die beständig über diese ihre immanente Schranke hinausstrebt. (...) Darin, daß die Aneignung unbezahlter Arbeit, und das Verhältnis dieser unbezahlten Arbeit zur vergegenständlichten Arbeit überhaupt, oder, kapitalistische ausgedrückt, daß der Profit und das Verhältnis dieses Profits zum angewandten Kapital, also eine gewisse Höhe der Profitrate über Ausdehnung oder Beschränkung der Produktion entscheidet, statt des Verhältnisses der Produktion zu den gesellschaftlichen Bedürfnissen, zu den Bedürfnissen gesellschaftlich entwickelter Menschen. Es treten daher Schranken für sie ein schon auf einem Ausdehnungsgrad der Produktion, der umgekehrt unter der andren Voraussetzung weitaus ungenügend erschiene. Sie kommt zum Stillstand, nicht wo die Befriedigung der Bedürfnisse, sondern wo die Produktion und Realisierung von Profit diesen Stillstand gebietet. (...) Die Profitrate ist die treibende Macht in der kapitalistischen Produktion, und es wird nur produziert, was und soweit es mit Profit produziert werden kann." (3)

Die ~~ENDGÜLTIGE~~ Vernichtung dessen, was sich damals noch als eine Utopie des falschen Sozialismus definieren konnte und was heute den Opportunismus, den Hüter der bürgerlichen Macht, kennzeichnet, geht klar aus diesem Abschnitt, wie aus dem ganzen "KAPITAL" hervor: nämlich die Utopie, das gesellschaftliche Elend durch ein "gerechte" Tauschverhältnis, ein Tauschverhältnis "ohne Ausbeutung", ohne "Betrugsmomente" im Kreislauf Arbeit-Ware-Arbeit-Geld, abzuschaffen, aber unter Beibehalt der Formen in denen sich das Arbeitsjoch verkörpert: der Ware, des Geldes und somit der Lohnarbeit. Sozialismus ist keine Tauschgleichheit, Sozialismus ist Verteilung OHNE Tausch.

(3) DAS KAPITAL, Dritter Buch, MEW Bd. 25, S. 267 und 269.

Im Schlußteil des dritten Bandes, soweit er uns überliefert wurde, kommt Marx auf die Ware Nahrungsmittel zurück. Durch die Kooperation von großen Arbeitermassen in der Manufaktur, durch die technische Arbeitsteilung in der Fabrik, durch die berufliche Arbeitsteilung in der Gesellschaft (was ja parallel läuft zur Trennung des freien Arbeiters, des Handwerkers, von seinen Arbeitsbedingungen, von der eigenen Werkstatt, den eigenen Werkzeugen und Rohstoffen; zur Verwandlung der freien Produzenten in Proletarier, mit gleichwohl positiven allgemeinen gesellschaftlichen Folgen, da in der Fabrik alles viel schneller produziert wird) bedeutet die kapitalistische Produktionsweise zwar einen historischen großartigen Schritt vorwärts in der Arbeitsproduktivität. Sie wird aber niemals in der Lage sein, die Produktion von Grundnahrungsmitteln mit dem zahlenmäßigen und produktions-technischen Wachstum der Menschheit Schritt halten zu lassen. Im Kapitalismus (wir haben gesehen, daß "die Profitrate die treibende Macht in der kapitalistischen Produktionsweise ist") werden sowohl Kapital als auch menschliche Arbeitskraft unaufhörlich in die Industrie und nicht in die Landwirtschaft getrieben. Die technologische und organische Zusammensetzung des Kapitals ist in der Industrie günstiger als in der Landwirtschaft. Die Umschlagszeit des Kapitals ist in der Industrie unendlich viel kürzer. Der unglaublichen Geschwindigkeit der technologischen Revolutionen in der Industrie entspricht eine enorm langsame Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktion. Die jährliche Getreideproduktion in Tonnen je Landerbeiter ist im Laufe eines Jahrhunderts aller Wahrscheinlichkeit nach um nicht mehr als 50% gestiegen. Bei der Stahlproduktion betrug diese Steigerung mehr als das zehnfache.

Die gelehrten Professoren der bürgerlichen Intelligenz suchen in Tabellen, befragen Computer, um die Zeit zu errechnen, in der wir am Hunger sterben werden. Der historische Klassendeterminismus hindert sie daran, über die kapitalistische Produktionsweise hinaus zu sehen. Den Kommunismus können sie nicht begreifen, obwohl sie bei jedem Anzeichen seiner materiellen Notwendigkeit das große Zittern bekommen. Ihre Beklemmungsgefühle - die nichts anderes widerspiegeln als die allgemeineren Beklemmungsgefühle der Expropriateure gegenüber dem unentrinnbaren Fall der Durchschnittsprofitrate - wird sich entweder in den Orgien des Existentialismus auflösen oder in der Philosophie des "natürlichen Katastrophismus" Zuflucht suchen. Das zeigt sich heute mit viel drastischerer Deutlichkeit im Schrecken vor dem Versiegen der Energiequellen (für sie ist die Erde ein "beachtliches, aber kein ewiges Kapital"), vor dem Bevölkerungsüberschuß, vor dem Nahrungsmittelmangel und vor der Verurteilung zum Hunger- und Dursttod (was von den Völkern Lateinamerikas, Afrikas und Asiens schon - und nicht metaphorisch - erlitten wurde, die das Glück hatten, die Freuden kapitalistischer Plünderung kennenzulernen). Wie sehen aber die Wege aus, die die bürgerliche Wissenschaft einschlägt, wenn sie dem Katastrophismus den Rücken kehren will? Auf welche Mittel greift sie zurück? Da sie an die historische Begrenztheit der Produktionsweise, deren Ausdruck sie ist, gefesselt ist, gräbt sie Rezepte aus, die bereits von Marx zerfetzt wurden, und die von

der Geburteneinschränkung bis zur Entwicklungshilfe (typisch für menschenfreundlichkeitskranken Priester und Krämer), den Agrarreformen und den "Ernährungsbanken" reichen. In dem Artikel, den wir jetzt untersuchen werden, wird sich zeigen, daß all diese Wege denselben Ursprung haben, verschiedene Seiten eines selben Prismas darstellen und derselben determinierenden Notwendigkeit gehorchen: nämlich der Apologie des Kapitalismus.

DER ERNÄHRUNGSBANKROTT DES KAPITALISMUS

Zuerst gibt der Verfasser die Zahlen wieder, die sich auf den Bevölkerungszuwachs und die Erhöhung der Getreideproduktion in der ganzen Welt beziehen. Während die Bevölkerung in den 20 Jahren von 1951 bis 1971 um weniger als 50% zunahm, erhöhte sich die Getreideproduktion um mehr als das Doppelte, sodaß das pro Kopf verfügbare Getreide rein arithmetisch um 40% gestiegen ist. Diese sterile Statistik verschleiert die wahre Klassenverteilung innerhalb der einzelnen Nationen selbst, und ist schon deshalb von vornherein äußerst betrügerisch. Anschließend liefert der Verfasser die Zahlen, die sich auf die WIRKLICHE Verteilung unter den verschiedenen geohistorischen Räumen beziehen. Mehr als die Hälfte der Getreideprodukte ging an die reicheren Länder, die 30% der Weltbevölkerung darstellen, während der rest - weniger als die Hälfte - "zu gleichen Teilen" an die arme Welt (70% der Bevölkerung) ging, also an die "2,6 Milliarden Einwohner von Asien, Afrika und Lateinamerika". Während die Verfügbarkeit über Getreide im Weltdurchschnitt um 40% zunahm, lag in diesen ärmeren Kontinenten "der Produktionszuwachs von Lebensmitteln zwischen 1953 und 1971 nur knapp über der Bevölkerungszunahme: jährlich 2,9% gegen 2,6%, also pro Kopf 0,3% mehr", d.h. in den 18 untersuchten Jahren stieg die Verfügbarkeit nur um 5,4%. Aber "nicht einmal die geringe Verbesserung hat sich gerecht verteilt. Die dickste Scheibe bekam Lateinamerika mit einer durchschnittlichen Jahresverbesserung von pro Kopf 0,9%. In den nicht-kommunistischen(!) Ländern Asiens betrug die jährliche Pro-Kopf-Erhöhung nur 0,2%. In Afrika schließlich erfuhr das Volumen der Lebensmittelproduktion in diesen 18 Jahren sogar einen Rückgang von ca. 1,1% pro Kopf. (...) 1972-1973 hat sich die Situation weiter verschlechtert". Man muß darauf hinweisen, wie wir es in dieser Zeitung schon getan haben, daß in den USA "60% der Getreideproduktion als Futtermittel für 120 Millionen Rinder und einen riesigen Viehbestand an Schweinen, Schafen, Hühnern und dgl. verwendet werden". Die USA "die die größten Exporteure von Nahrungsmitteln der Welt sind", verkaufen "den größten Teil ihres Getreideüberschusses an die anderen entwickelten Länder zu Preisen, die für die Entwicklungsländer unerschwindlich sind; gleichzeitig nimmt die Lieferung von Hilfen in Form von Nahrungsmitteln laufend ab".

Selbst in diesen einfachen statistischen Durchschnittswerten, die nichts darüber aussagen, wie dieses "bißchen Nahrung" zwischen den hungrigen Massen und den reichen Rentiers oder Bürokraten von bürgerlichen Staaten und Bananenrepubliken verteilt wird, kommen die Gesetze der kapitalistischen Produktionsweise mit ihrem unlöslichen Widerspruch zwischen mensch-

lichen Bedürfnissen und der Produktion für den Profit krass zum Ausdruck. Bevor wir zu den theoretischen Hirngespinnsten unseres Experten gegenüber einem so verwirrenden und "unverständlichen" Phänomen übergehen, wollen wir dessen Ursachen in der marxistischen Analyse erläutern:

"Da nicht Befriedigung der Bedürfnisse, sondern Produktion von Profit Zweck des Kapitals, und da es diesen Zweck nur durch Methoden erreicht, die die Produktionsmasse nach den Stufenleiter der Produktion einrichten, nicht umgekehrt, so muß beständig ein Zwiespalt eintreten zwischen den beschränkten Dimensionen der Konsumtion auf kapitalistischer Basis und einer Produktion, die beständig über diese ihre Schranke hinausstrebt. (...) Wie könnte es sonst an Nachfrage an Nachfrage für dieselben Waren fehlen, deren die Masse des Volkes ermangelt, und wie wäre es möglich, diese Nachfrage im Ausland suchen zu müssen, auf ferneren Märkten, um den Arbeitern zu Hause das Durchschnittsmaß der notwendigen Lebensmittel zahlen zu können? Weil nur in diesem spezifischen, kapitalistischen Zusammenhang das überschüssige Produkt eine Form erhält, worin sein Inhaber es sich für ihn in Kapital rückverwandelt". (4)

Einzig und allein auf Mehrwertrealisierung bedacht, wird die kapitalistische Produktionsweise von der bis zum Überdruß gepriesenen "persönlichen Freiheit" ideologisch umhüllt. Nun, sogar und VOR ALLEM auf der Ebene der Befriedigung der elementarsten menschlichen Bedürfnisse, wie der Ernährung, zeigt der Kapitalismus wie und bis zu welchen Gipfeln das Privateigentum seine Herrschaft über den Menschen perfektioniert hat, und zur "allgemeinsten weltgeschichtlichen Macht", die ihn unterjocht, geworden ist; hier deckt er auch, hinter den lumpigen Schleiern, die der Opportunismus zusammenzuflicken versucht, sein historisches Urteil auf: WAREN WERDEN DIE MENSCHHEIT NIEMALS SATT MACHEN!

Unser Verfasser hebt seinen bedenklichen Zeigefinger:

"In den Entwicklungsländern verurteilt die Abnahme der Pro-Kopfproduktion von Grundnahrungsmitteln die Mehrheit der Bevölkerung zu einer einseitigen und qualitativ schlechten Kost, die sich hauptsächlich aus Getreide und Knollen oder anderen Wurzeln zusammengesetzt. Bei den ärmsten 20% der Bevölkerung sinkt die Ernährung unter den physiologischen Bedarf einer gesunden und normal tätigen Person (...). Unter den schlecht ernährten Säuglingen und Kindern ist die Sterblichkeit relativ hoch, die Folgen der Unterernährung bei den Überlebenden sind aber gesellschaftlich ernsthafter. Die Betroffenen Kinder sind in der Tat gegen Kinderkrankheiten und ihre bleibenden Folgen anfälliger, und sowohl ihre körperliche als auch ihre geistige Entwicklung werden dadurch gehemmt".

Hier muß man wiederholen, daß die größten Erzeuger von Landwirtschaftlichen Produkten, an deren Spitze die USA stehen, ihre Erzeugnisse an die Länder verkaufen, die im echten Sinne des Wortes ihre Partner und gleichzeitig ihre Erzkurrenten genannt werden können, und dies zu einem Preis,

(4) Ebda, Buch III, S. 267 (MEW 25).

der für die weniger entwickelten Länder unerschwindlich ist. Letztere leiden Hunger also nicht aus Mangel an Kapitalismus (Mangel an "Entwicklung", wie die Herrschaften zu sagen pflegen), sondern gerade wegen der eisernen Herrschaft der MARKTWIRTSCHAFTLICHEN GESETZE, die den Kapitalismus kennzeichnen. Dieselben Gesetze machen andererseits die Ghettos und Slums der Mehrheit der hochentwickelten kapitalistischen Metropolen zu Horten der Unterernährung, des Hungers, der Kinderkrankheiten und der Kindersterblichkeiten. Die Beispielen von Marx aus dem England des letzten Jahrhunderts, können heute, wo der Kapitalismus fast die ganze Welt ergreift, ver Hundertfacht werden. Wir wollen uns hier nicht bei der Litanei der endlosen Statistiken über Elend und Hunger aufhalten. Sohilfreich diese Statistiken für denjenigen sein können, der aus ihnen das zugrundeliegende ALLGEMEINE GESETZ herauslesen kann und herauslesen will, so sind sie doch Klagelied all derer, die, entweder mit dem alten naturalistischen Plunder behaftet oder von der "Entwicklungs- und Reformindustrie" getrieben, dieses Material auf dem Ideenmarkt absetzen, um dieselbe Gesellschaft zu verherrlichen, die diesen Hunger und dieses Elend ständig reproduziert. Wesentlich für uns ist - wie die Zitate von Marx zeigen - der Beweis, daß all dies, was der Spießher beklagt, ein notwendiger, unabdingbarer und unreformierbarer Aspekt der Anarchie ist, die die kapitalistische Produktionsweise beherrscht.

Es ist angebracht, und sei es lediglich aus polemischen Zwecken, die Daten über die "fette Küche" der USA und über die "magere Küche" Indiens wiederzugeben: "Getreide, Gemüse, Nüsse bilden gut 81% der indischen Durchschnittskosten, jedoch kaum 21% der amerikanischen. Fleisch, Eier und Molkereiprodukte machen 36% der amerikanischen Kosten, gegenüber 4% der indischen aus. Zucker, Glykosen, Fette und Öle bilden weitere 35% in den USA und 11% in Indien. Die "magere Küche" Indiens hat einen täglichen Durchschnittsgehalt von 2.150 Kalorien pro Kopf, die alle verbraucht werden, während von den 3.300 Kalorien der "fetten Küche" Amerikas ungefähr 600 beim Kochen und als Tellerreste verloren gehen". Obwohl die Darstellung durch die bürgerlich-demokratische Statistik entstellt ist, die die Kosten eines Managers aus einem Chicagoer Unternehmen mit der des Schwarzen oder Portoricaners aus den tausend und abertausend Ghettos gleichsetzt, erkennen wir die Zahlen der bürgerlichen Presse als "gültig" an und multiplizieren die 600 Kalorien, die jeder USABürger auf dem Teller läßt mit der Zahl der Yankee-Bevölkerung. Wir kommen zum Schluß, daß zur vollständigen Freude der entsprechend anwachsenden Waschmittelproduktion über 120 Milliarden Kalorien auf Tellern und in Pfannen gelassen werden. Wenn man diese Zahl mit den 2.150 Kalorien, die dem Inder im Durchschnitt zufallen, vergleicht, ergibt sich, daß die amerikanischen Reste den Hunger von 60 Millionen Indern stillen könnten. Irgend ein kleiner Galbraith aus dem demokratischen Wohlstandsparadies wird noch den Vorschlag machen, daß die Amerikaner für ein Paar Cents sich die Teller auslecken lassen. Diese Ernährungslehre des Elends ist weit von uns entfernt. Das oben berichtete soll nur zum Be-

weis dienen, wie der Kapitalismus die Wirtschaft der Verschwendung ist, der Verschwendung lebendiger Arbeit zugunsten des Blutsaugers Kapital. Dieser, eine Zusammenballung toter Arbeit, regnet sich ständig an der Ausbeutung der lebendigen. Despotischer Herrscher, unterjocht er alle menschlichen Bedürfnisse, schaltet und waltet mit seinen UNPERSÖNLICHEN Gesetzen über das elementarste Überlebensbedürfnis, die Ernährung. Das ist, "freier" Mensch, deine Freiheit, dich zu ernähren!

Was bedeuten die periodische Vernichtung von Lebensmitteln (die in Italien vor allem bei Obst oft vorkommt), um einen Freissturz zu vermeiden, wenn die "zahlende" Nachfrage kleiner ist als das Angebot (ein hungriges Massen zum Hohn), anderes als die Erhebung des göttlichen Profitgesetzes zum unbestrittenen Herrscher der Gesellschaft ?

BANKROTT DER BÜRGERLICHEN WISSENSCHAFT

Vor dieser verheerenden Bilanz erklärt der Doktor aus Harvard:

"Es gibt keine einfache und spektakuläre Formel." - gegen die revolutionäre Formel, mein Herr, sind sie von Natur aus allergisch - "um diesen Abgrund zu vermeiden. Etwas, was man selbstverständlich tun muß, weil es, wenn auch schwierig, so doch langfristig absolut unerläßlich ist, ist die Rate der Bevölkerungszunahme zurückzuschrauben. In der Zwischenzeit kann man das Lebensmittelangebot in dreifacher Hinsicht erhöhen; kurzfristig durch die Schaffung einer Welternährungsbank, etwas längerfristig durch die Modernisierung der Landwirtschaft in den Entwicklungsländern und schließlich durch eine starke Intensivierung der Forschung auf dem Gebiet der Landwirtschaft und der Ernährung."

Malthusianismus und "optimistisches" Fortschrittlerum sind zwei Strömungen, die schon vor Marx und bis zu den "aktuellen" FAO-Kongressen den Olymp der bürgerlichen Wissenschaft beherrschen.

Die makabre Wiederausgrabung Malthus' ist für eine solche "Askesenlehre", wie die politische Ökonomie, unvermeidlich.

Deren "wahres Ideal ist der ASKETISCHE, aber WUCHERnde Geizhals und der ASKETISCHE, aber PROLUZIERENDE Sklave. (...) der ARBEITER, der in die Sparkasse einen Teils seines Salärs bringt, und sie hat für diesen ihren Lieblingseinfall sogar eine knechtische KUNST vorgefunden. Man hat das sentimental auf das Theater gebracht. Sie ist daher - trotz ihres weltlichen und wollüstigen Aussehens - eine wirklich moralische Wissenschaft, die allermoralichste Wissenschaft. Die Selbstentsagung, die Entsagung des Lebens und aller menschlichen Bedürfnisse, ist ihr Hauptsatz. (...) Die Bedürfnislosigkeit als das Prinzip der Nationalökonomie zeigt sich am GLÄNZENDSTEN in ihrer BEVÖLKERUNGSTHEORIE. Es gibt ZUVIEL Menschen. Sogar das Dasein der Menschen ist

"ein purer Luxus, und wenn der Arbeiter 'MORALISCH' ist (Mill schlägt öffentliche Belobung für die vor, die sich enthaltsam in geschlechtlicher Beziehung zeigen, und öffentlichen Tadel für die, die sich versündigen an dieser Unfruchtbarkeit der Ehe... ist das nicht Morallehre von der Aske-se?), wird er SPARSAM an Zeugung. Die Produktion des Menschen erscheint als öffentliches Elend".
(5)

So hat der junge Marx den guten Malthus samt "kritischen Kritikern" an den Pranger gestellt. Die heutigen bürgerlichen Wissenschaftler finden hinter den Lochstreifen der "magischen" Computer und EDV-Anlagen, die das Marketing ihnen zur Verfügung stellt, trotz aller Denkanstrengungen nichts anderes für die "wissensdurstigen Massen" und für die immer verblödetere "öffentliche Meinung" als: "Nicht verzagen, Malthus fragen", also: Am Oberleib den Gürtel enger schnallen, am Unterleib den Keuschheitsgürtel!

Unser Fachmann merkt nicht, in welchem Widerspruch er sich verstrickt hat, was wohlgemerkt nicht auf seine geistige Unfähigkeit, sondern auf die Ideologie, der er sich verschreibt, zurückzuführen ist. Wenn die Getreideproduktion viel stärker als die Bevölkerung angestiegen ist, und wenn er selbst gezeigt hat, wie die Verteilung - die mit der Produktionsweise ein ganzes bildet - die Bedürfnisbefriedigung nicht berücksichtigt, ist offensichtlich, daß die Ursachen des Problems keinswegs durch eine Bevölkerungsabnahme entfernt werden können. Wenn das Wachstum der Agrarproduktion bei weitem hinter dem der Industrie zurückbleibt, und mit der Reproduktion der Menschheit nicht schritthält, so ist doch die MENGE der Lebensmittelproduktion, gemäß unserem Autor, doch groß genug, um alle Magen in der ganzen Welt - wie wir sehen werden sogar zehnmal soviel Magen - füllen zu können. Es gäbe also für alle genug zu essen. Der Haken liegt darin, daß das Essen NICHT AN DIE HUNGRIGEN GELANGT, weil die Regierungen einen Teil der Produktion dem Markt entziehen oder gar vernichten, um Preissenkungen zu vermeiden und die Erzeugergewinne zu schützen. Gesellschaftliche Verteilungskriterien kommen im Kapitalismus nicht zur Geltung.

Was das andre Allheilmittel, das optimistische Fortschrittlertum, angeht, behauptet man, daß die Erde auch im Falle einer spektakulären demographischen Explosion in der Lage wäre, alle heutigen und zukünftigen Menschen zu ernähren, unter der Voraussetzung, daß der technische Stand der Bodenerhaltung und der Intensivierung der Agrarproduktion wesentlich verbessert würden. Man erfleht also nicht nur mehr Investitionen in den Notstandsgebieten, sondern auch die Durchführung eines Antihungerplans durch Schaffung von Lebensmittelfonds, Kapitalhilfe und Lieferung von modernen

(5) K. Marx, Ökonomisch-Philosophische Manuskripte, 1844, Teil III, Bedürfnis, Produktion und Arbeitsteilung, in TEXTE ZU METHODE UND PRAXIS II, S. 89 und 91, ROWOHLT 1966.

Maschinen an die Agrarländer, und zugleich mehr oder weniger kostenlose Nahrungsmittellieferungen. Unser Autor vertritt diesen "aufgeklärten" Standpunkt: "Um die Wiederholung der Situation von 1972-73 zu vermeiden (in der Trockenheit und ungünstige Bedingungen einen Sturz der landwirtschaftlichen Weltproduktion verursachten, was zu einer Senkung der Getreidereserven Anfang 74 auf den Bedarf von weniger als einem Monat und zu Preisverdoppelungen und -verdreifachungen binnen weniger Wochen führte), wurde von vielen Seiten der Vorschlag gemacht, eine Weltbank für Nahrungsmittel unter internationaler Kontrolle (!) zu gründen. Um eine derartige Weltreserve zu verwalten, wäre größte Umsicht geboten (...), denn man müßte jegliches Manöver zur unstatthafter (!) Senkung der Agrarpreise verhindern". Mit den im überreifen Imperialismus, wo die Umverteilung der Welt unter wenigen Staatsmonstern immer mehr auf die Tagesordnung kommt, gibt es noch fromme Seelen, die an die Möglichkeit einer internationalen Kontrolle glauben, so wie der gute Vater das tägliche Brot unter seinen Kindern gerecht verteilt. Man könnte meinen, vor einem dieser kitschig-süßlichen Aufrufe an die gutwilligen Menschen einer Zeitung des offiziellen Kommunismus zu stehen. Im Appel an die Umsicht, um "unstatthafte" Senkungen der Agrarpreise zu verhindern, schaut die Kaufmannsideologie aber offener durch. Was ist ihre Sorge? Daß der Überschuß der als "Bankreserven" akkumulierten Lebensmittel nicht zu einem "unerwünschten" Faktor auf dem Weltmarkt werde und schließlich zu einer Preissenkung führe. Und was für ein Ziel verfolgt unser Autor, wenn er eine Nahrungsmittelbank vorschlägt? Lassen wir ihn selbst reden: "...Die Bildung einer gut geführten Weltbank für Nahrungsmittel in den nächsten 3 oder 4 Jahren könnte für die Landwirte der wichtigsten Exportländer förderlich sein" (darum geht es also !). "Bei normalen Witterungsverhältnissen können die USA eine Reihe von außerordentlich guten Ernten erwarten, die unvermeidlich einen starken Druck auf die Preise ausüben würden. Die Möglichkeit einer Rezession in Europa und Japan macht die Perspektive eines unkontrollierbaren Preisrutsches noch finsterner". Die stillschweigende Sorge unseres Autors spiegelt die Klassenfurcht der Bourgeoisie wider, die das Gespenst einer immer breiteren Überproduktionskrise und den Sturz der Profitrate am Horizont wittert. Einerseits müssen die Bourgeois den Lebensmittelmangel herbeiwünschen, damit die Produktion ansteigt, sonst wäre sie nicht weiter rentabel. Andererseits, sobald der Mangel auftritt, merkt man, daß es nicht gelingt, genug zu verkaufen, daß der "Mangel" zum "Überschuß" wurde. Also Preissenkung und Wiederbeginn der Hungerspirale, wenn auch vom anderen Ende her. Unter anderem bedeutet der Gedanke einer Welternährungsbank auch den Versuch (wohlgerne Versuch, keine wirkliche Möglichkeit), dieser Katastrophe vorzubeugen. Einmal die Subventionierung einer solchen Bank durch alle Staaten und Staatsattrappen der Erdkugel, und dazu ihre Kontrolle durch die stärksten Produzenten, allen voran die USA, gesichert, hätten letztere die Garantie, ihre Erzeugnisse zu höheren Preisen zu verkaufen, als dies auf einem "freieren" Markt möglich wäre. Gerade in den USA ist seit Jahrzehnten eine kostspie-

lige Verwaltungsmaschine tätig, um die Preise durch den Ankauf der unabsetzbaren Überschüsse hochzuhalten. Einerseits eine lawinenartige Vermehrung der leeren Bäume, andererseits vollgestopfte Getreidesilos, damit die Preise ja nicht fallen. Können die USA auf eine Politik der Bildung von Agrarreserven verzichten? Ganz bestimmt nicht. Diese Überschüsse ermöglichten die ausreichende Ernährung des Kanonenfutters und der waffenproduzierenden Arbeiter während der Kriege (Welt-, Korea- und Vietnamkrieg). Unmittelbar nach dem Weltkrieg ermöglichten sie die Lebensmittelpakete usw. und dienten letztendlich dazu, unter dem Deckmantel der "Freundschaft" dem Finanzkapital den Weg zu öffnen. In jüngster Zeit, süße Frucht der "Entspannung", haben sie die russischen Tore dem amerikanischen Kapital geöffnet. Die Einrichtung einer Ernährungsbank wäre ein nützliches Mittel, um vom Markt nicht direkt aufgenommene Lebensmittel anderswie abzusetzen. Wir schrieben nach dem II. Weltkrieg in unserer Zeitschrift PROMETEO (siehe Nachdruck in "Per l'organica sistemazione dei principi comunisti", Mailand 1974, Seite 161 ff):

"Das konstante Kapital ist die Erbschaft, die die vergangenen Generationen in jahrhundertlanger Akkumulierung ihrer Arbeitsanstrengungen an die Nachkommen vermachten. Darauf thront das Klassenprivileg, da die von den Toten hinterlassenen Milliarden Arbeitstage nicht allen Lebenden gehören, sondern nur einer kleinen Minderheit. Dieses Eigentumsverhältnis würde aber den Kapitalisten wenig dienen, wenn sie nur über das konstante Kapital verfügten. Sie könnten dann wohl ihre unbeweglichen Maschinenberge und das kalte Schornsteinmeer betrachten, das würde sie aber nicht dem Hungertod entziehen. Das konstante Kapital muß sich variables Kapital, d.h. menschliche Arbeitskraft einverleiben, um Profit zu erzeugen und akkumulierten Reichtum zu verbrauchen. Das Wirtschaftsgefüge erlaubt den Monopolisten der Produktionsmittel, den Arbeitern das Lebensnotwendige vorzuschießen, und zugleich Nutznießer des gesamten Produktes aus der Kombination von Maschinen und Arbeit zu bleiben (...). Die Entwicklung des Kapitalismus hat die einzelnen Betriebe in eine immer größere Abhängigkeit voneinander gebracht, und das Problem der Befruchtung des fixen Kapitals durch das Lohnkapital wird von der Bourgeoisie im Weltmaßstab planmäßig angepackt".

Somit hat der Kapitalismus einen Apparat geschaffen, der imstande ist, der hungernden Bevölkerung die Lebensmittel vorzuschießen.

"Dieser als Geschenk verpackte Vorschuß bildet in Wirklichkeit als variables Kapital die echte Profitquelle und wird daher unter Ausbeutungsbedingungen wieder ausgepresst, die tausendmal schlimmer sind als die einer "Barzahlung" oder die einer späteren Eröffnung eines regulären Schuldkontos zu lasten des wankenden europäischen Kapitals".

"Die Literatur der bürgerlichen Frühzeit schauderte vor dem wuchernden Shylock, der seinen Rückzahlungs-

"anspruch gegenüber dem Besitzlosen in das Recht verwandelte, vom Körper des Schuldners ein Stück Fleisch abzuschneiden. Der intelligente Kapitalismus von heute hält hingegen den Schuldner mit Dosen von MEAT UND VEGETABLE auf den Beinen. So kommt der Urhauch der christlichen und aufgeklärten kapitalistischen Zivilisation, die von unseren Ufern in die Meere hinauszog, um die Welt zu erobern, zu uns durch den "Far West" veredelt zu rück".

Das Projekt für eine Ernährungsbank bewegt sich also nach den präzisen Richtlinien des Großkapitals, von dem die FAO und die verschiedenen Schulen, wo sich unser Autor seine Lorbeeren geholt hat, die Handlanger sind. Aber nicht einmal eine solche Bank, wenn sie überhaupt errichtet werden sollte, könnte umhin, auf die Dauer und dazu in breiterem Maßstab und mit noch zugespitzteren Konflikten, dieselben Widersprüche zu reproduzieren, die sie hätte lindern sollen. In der Tat müßten nach dem im Artikel erwähnten Mechanismus alle Industrieländer aus verschiedenen Gründen und nicht zu letzt wegen der Kräfteverhältnisse "bereit sein", eine Weltbank zu finanzieren, deren Hauptzweck darin bestünde, die Engpässe der Überproduktion in den stärksten Wirtschaften zu überwinden. Wenn man aber die Traumvorstellungen einer harmonischen Welt von vorbrüderlichen Händlern beiseite läßt, zeigen die Geschichte und der Marxismus, daß schon im Strudel von Teilkrisen des Systems jedes in die "Verlustzone" geratene Land bei der erst besten Gelegenheit auf "philanthropische" Finanzierungen verzichtet und sich zentrifugal bewegt: die Bank wird zu einer leeren Hülle.

Wir haben bis jetzt zwei von den drei Fachrezepten unseres Experten besprochen, das malthusianische und das der Welt-ernährungsbank. Kommen wir jetzt zum dritten, der "Modernisierung der Landwirtschaft in den Entwicklungsländern" und der "starken Intensivierung der Forschung auf dem Gebiet der Landwirtschaft und der Ernährung". Die gelieferten Daten sprechen für sich: "Die potentielle Anbaufläche beträgt in der ganzen Welt 3,2 Milliarden Hektar. Diese Zahl entspricht 24% des Festlandes unseres Planeten und ist 2,3 mal größer als die heutzutage bebaute Fläche sowie dreimal so groß wie die Fläche, die jährlich effektiv eine Ernte hervorbringt. (...) Wenn man die feuchten Tropen beiseite läßt und den Wassermangel der Trockengebiete berücksichtigt, verringert sich die potentielle Anbaufläche auf insgesamt 2,5 Milliarden Hektar (die heutigen 1,4 Milliarden zzgl. 1,1 Milliarden), während die potentielle Brutto-Fläche des bebauten Bodens etwas weniger als 4,1 Mrd. ha. betragen würde. Wenn 10% dieser anbaufähigen Brutto-Fläche für die Fasergewinnung sowie für andere industrielle Rohstoffe benutzt würden und die restlichen 90% mit den gleichen technologischen Mitteln (...), bebaut würden, wie sie beim Maisanbau in Iowa verwendet werden, wäre es möglich 4.000 bis 5.000 Kilokalorien eßbarer pflanzlicher Substanzen für eine zwischen 30 und 48 Milliarden schwankende Bevölkerungszahl zu liefern, d.h. für eine Weltbevölkerung, die 10 bis 13 mal größer als die heutige wäre (...). Das würde eine immense

Kapitalinvestition in der Größenordnung von 500-1000 US-Dollar pro Hektar erfordern. (...) Die Fläche, die in der Zukunft in der ganzen Welt der Landwirtschaft gewidmet wird, ist mehr als eine physikalische hauptsächlich eine ökonomische und soziale Variable".

Diese Zahlen, die lediglich auf einer technologischen Einschätzung und auf den HEUTE VORHANDENEN landwirtschaftlichen Kenntnissen und Techniken beruhen, haben das Verdienst zu zeigen, daß es sich in der Tat keineswegs um ein TECHNISCHES Problem handelt, und daß andererseits die malthusianische Auffassung des Problems als Frage der Kontrolle der Bevölkerungszunahme eine Ablenkung von den Kernpunkten darstellt. Der Kapitalismus hat die Produktivkräfte so weit entwickelt, daß seine Wissenschaftler es nicht mehr als metaphysisch ansehen, das Problem der Ernährungskontrolle der Menschheit auf Weltmaßstab zu stellen, sowie das Problem des Einsatzes des gewaltigen Maschinenparks, der großartigen technologischen Errungenschaften und der organisierten und zentralisierten Arbeit, um die volle und assoziierte Nutznießung der riesigen Wüsten- und Halbwüstengebiete durch die Menschheit zu ermöglichen. Darauf kommt aber sofort das Geständnis: "Das würde eine immense Kapitalinvestition erfordern...". Was sie sonst zu sagen haben, wenn sie mal über die engen Schranken ihrer jeweiligen "Fachgebiete" hinausschauen, ist daß die Verwirklichung von alledem "mehr als eine physikalische hauptsächlich eine ökonomische und soziale Variable" ist.

Was kann das aber bedeuten, wenn nicht, daß die kapitalistischen PRODUKTIONSVERHÄLTNISSE viel zu eng für die PRODUKTIV KRÄFTE sind, und daß eine unendliche Energieanstrengung lediglich zu dem Zweck vergeudet wird, dieser abgedienten Hülle eine gewisse "Flexibilität" zu bewahren? Gerade wegen dieser "Flexibilität" MUß der Kapitalismus die Produktivkräfte soweit komprimieren, daß er eine Bevölkerung nicht ernähren kann, die 10 - 13 mal kleiner ist als die, die er seinen eigenen "Experten" zufolge theoretisch ernähren könnte (und dies wohl gemerkt HEUTE, ohne die Perspektive einer raschen technologischen Entwicklung zu berücksichtigen). Mit den Worten seiner eigenen Rettungswissenschaften und Priester gesteht er seine historische Verurteilung.

Alle utopistischen Eingriffe auf dem Gebiet der Landwirtschaft, alle Beschwörungen zu gesteigerten Forschungsanstrengungen in diese Richtung, alle Projekte zu einer breit angelegten Lösung der immer wachsenden Diskrepanz zwischen der Quantität von konstantem Kapital und Arbeitskraft, die jeweils in der Industrie und in der Landwirtschaft eingesetzt wurden, sind zum Scheitern verurteilt. Das Kapital verläßt immer mehr das Land, um eine günstigere Anlagenmöglichkeit in der Industrie zu suchen, wo die Umschlagzeit kürzer ist, die permanente und nicht saisonbedingte Ausnützung der Anlagen möglich ist, wo die Produktivität höher und die Amortisationskosten geringer sind, wo der Industriematerial viel mehr an Lohn (nicht an Arbeitskraft) sparen kann als auf dem Lande (wo die Löhne gewöhnlich niedriger sind), und wo die Transport- und Instandhaltungskosten geringer sind

sind als für die landwirtschaftlichen Maschinen (Folgen der Verstädterung usw.).

Dies ist die UNÜBERSCHREITBARE historische, kapitalistisch bedingte Schranke, die niemals mit der Verteidigung der herrschenden Gesellschaftsordnung in Einklang gebracht werden kann. Dies ist die Granitmauer, an der alle Pläne, und seien die auch von Harvard, scheitern müssen. Die Wirtschaftsmacht, die all diese Professoren vertreten, hat noch eine riesige Kraft, birgt in sich eine monströse Zusammenballung von virtueller und effektiver Gewalt, die jederzeit bereit ist, sich zu entfesseln, um die bestehende Ordnung zu verteidigen. Die Ohnmacht der bürgerlichen Ideologen gegenüber einer einheitlichen wissenschaftlichen Erklärung der Natur- und Geschichtsphänomene, der ganze philosophische Plunder, den sie gezwungen sind, seit mehr als einem Jahrhundert wiederzukauen, um vergeblich zu versuchen, das stets vorhandene Gespenst des KOMMUNISMUS zu bannen, deuten jedoch für den revolutionären Marxismus auf den noch fernen aber mit deterministischer Gewißheit kommenden Zeitpunkt, wo man von der "Waffe der Kritik zur Kritik der Waffen" wird übergehen können. Im Bankrott der bürgerlichen Theorien läutet die Totenglocke für den Kapitalismus.

* * * *

DIE SEUCHE DER KAPITALISTISCHEN AGRIKULTUR

"Das kleine Grundeigentum setzt voraus, daß die bei weitem überwiegende Majorität der Bevölkerung ländlich ist und nicht die gesellschaftliche, sondern die isolierte Arbeit vorherrscht; daß daher der Reichtum und die Entwicklung der Reproduktion, sowohl ihrer materiellen wie geistigen Bedingungen, unter solchen Umständen ausgeschlossen ist, daher auch die Bedingungen einer rationalen Kultur. Auf der anderen Seite reduziert das große Grundeigentum die agrikole Bevölkerung auf ein beständig sinkendes Minimum und setzt ihr eine beständig wachsende, in großen Städten zusammengedrückte Industriebevölkerung entgegen; es erzeugt dadurch Bedingungen, die einen unheilbaren Riß hervorrufen in dem Zusammenhang des gesellschaftlichen und durch die Naturgesetze des Lebens vorgeschriebnen Stoffwechsels, infolge wovon die Bodenkraft verschleudert und diese Verschleuderung durch den Handel weit über die Grenzen des eignen Landes hinausgetragen wird".

"Wenn das kleine Grundeigentum eine halb außerhalb der Gesellschaft stehende Klasse von Barbaren schafft, die alle Roheit primitiver Gesellschaftsformen mit allen Qualen und aller Misere zivilisierter Länder verbindet, so untergräbt das große Grundeigentum die Arbeitskraft in der letzten Region, wohin sich ihre naturwüchsige Energie flüchtet, und wo sie als Reservefonds für die Erneuerung der Lebenskraft der Nationen sich aufspeichert, auf dem Lande selbst. Große Industrie und industriell betriebene große Agrikultur wirken zusammen. Wenn sie sich ursprünglich dadurch scheiden, daß die erste mehr die Arbeitskraft und daher die Naturkraft des Menschen, die letztere mehr direkt die Naturkraft des Bodens verwüstet und rui-

"hier, so reichen sich später im Fortgang beide die Hand, indem das industrielle System auf dem Land auch die Arbeiter entkräftet und Industrie und Handel ihrerseits der Agrikultur die Mittel zur Erschöpfung des Bodens verschaffen".

(Aus "DAS KAPITAL" von K. Marx, Dritter Band, Buch III, VI. Abschnitt, 47. Kapitel: "Genesis der kapitalistischen Grundrente", in MEW, Bd.25, S. 821, Dietz Verlag Berlin 1973)

* * * *

VOR KURZEM ERSCHIENEN:

WAS HEISST ES, DEN MARXISMUS ZU VERTEIDIGEN?

- GRUNDTHESEN DER PARTEI (1951)
- THEORIE UND AKTION IN DER MARXISTISCHEN AUFFASSUNG (1951)
 - Die Umkehrung der Praxis in der marxistischen Theorie
 - Revolutionäre Partei und Ökonomische Aktion
- DIE POSITION DER PARTEI ZUR "GEWERKSCHAFTSFRAGE" (1972)

P R E I S : DM 5,--

Bestellungen an: Ch. Erkadoo, 1 Berlin 61, Obentrautstr. 32

FÜR KLASSEN-METHODEN UND KLASSENFORDERUNGEN!

E I N L E I T U N G

Als Arbeitsgrundlage für die Erarbeitung von Richtlinien für die Gewerkschafts- und Betriebsarbeit in der Bundesrepublik veröffentlichen wir hier die entsprechenden Aktionsdirektiven der Partei für Frankreich. Wie die italienische und die zu erarbeitende deutsche Fassung befinden sich diese "PRAKTI-SCHEN RICHTLINIEN FÜR DIE GEWERKSCHAFTLICHE AKTION" auf der Grundlage der vor kurzem in deutsch erschienenen Thesen zur Gewerkschaftsfrage von 1972. (1)

Die Richtlinien zielen ganz besonders darauf ab, die Aktivität der Partei im Gewerkschafts- und Betriebsbereich zu disziplinieren und zu vereinigen, kurzum die Partei auf die kommenden Jahre vorzubereiten. Sie haben somit normativen Charakter und sind in ihrem Ansatz und in ihrer Zielsetzung nicht der Illusion unmittelbarer Erfolge unterworfen. Die Hinweise, die hier gegeben werden, sind materiell verankert; sie gehen von den Bedürfnissen der Arbeiterklasse und von der Rolle aus, die die verschiedenen gesellschaftlichen und politischen Kräfte spielen und spielen werden. Sie sind somit aufgrund ihres Inhaltes sowie der Kampfmethoden, die sie vertreten, ein Stützpunkt für jeden Proletarier, der in Stadt und Land instinktiv oder bewußt gegen das Joch des Opportunismus revoltiert und bemüht ist, die Lebens-, Arbeits- und Kampfbedingungen seiner Klasse zu verteidigen.

Diese Richtlinien müssen nicht nur der allgemeinen deutschen Situation angepaßt werden, sondern unter striktester Beachtung der ihr zugrunde liegenden Prinzipien und Methoden, sowie ihrer allgemeinen Orientierung, auch der jeweiligen Situation, was dann aber eine Sache der politischen Sensibilität und Reaktionsfähigkeit ist, beides Sachen, die eine enge Verbindung mit der proletarischen Masse und solide Parteiarbeit auf allen Ebenen voraussetzen.

Die Forderungen, die wir in den Richtlinien stellen - und die entsprechenden Forderungen für die BRD - sind indessen nicht als Grenzen zu verstehen, unter denen der Kampf oder die Anspornung zum Kampf nicht in Frage kämen. Wir wissen sehr gut, daß diese Ziele zunächst oft nicht erreicht werden können, und daß die Kräfteverhältnisse und der Entwicklungsgrad der realen Bewegung ebenso oft dazu zwingen werden, daß man sich auf Ziele zurückzieht, oder daß zunächst Ziele materiell gestellt werden, die zwar AUF DERSELBEN LINIE LIEGEN, aber begrenzter sind. Das ist übrigens im Laufe des ökonomischen Kampfes und des Klassenkampfes überhaupt unvermeidlich.

Jeder Punkt der Richtlinien wirft zusätzliche Probleme auf, die einer gesonderten Untersuchung bedürfen, der wir uns in unserer ganzen Tätigkeit widmen, um darauf nicht nur theoretisch, sondern auch mit den geeigneten praktischen Hinweisen antworten zu können. Der Aufruf zur Solidarität der Arbeiter in Uniform berührt z.B. die Frage der Forderungen innerhalb der Armee selbst. Die Frage der Gesundheitsschädlichkeit berührt jene der Arbeitsunfälle. Die Frage der Reaktion auf die legale und illegale Gewalt gegen Streikende und Ausländer berührt jene langfristigerer der Organisierung einer wirklichen Arbeiterverteidigung usw.

Wir haben bei diesen Richtlinien nicht den Anspruch gehabt, den ganzen Umfang der Fragen zu erfassen, die sich bei der gewerkschaftlichen und Betriebsaktion stellen. Es ging uns vor allem darum, einheitliche Richtlinien zu definieren, die, in der materiellen Gesellschaftsdynamik verankert, einer maximalen Vereinigung der Klasse und zunächst ihrer Vorhut zustreben; die dazu angetan sind, die Auflösung und Zersplitterung aufzuheben, zu der die bürgerliche Führung die Arbeiterklasse verurteilt. Aufgabe der Partei ist es, auf der Grundlage der Erfahrungen der kommenden Kämpfe und im Lichte der Prinzipien und der Erfahrungen der Geschichte das Gerüst immer genauer und vollständiger zu gestalten.

- (1) Die Position der Partei zur "Gewerkschaftsfrage" in:
"WAS HEISST ES, DEN MARXISMUS ZU VERTEIDIGEN?"

- - - - -

V O R W O R T

DIE KRISE UND DIE EINHEITSFRONT ZWISCHEN BOURGEOISIE UND OPPORTUNISMUS

Der Kapitalismus ist in Krise. Auf welche Art auch immer man ihre wirkliche Tragweite und die wahrscheinliche Entwicklung in der nahen Zukunft abschätzt, erkennt man, wie sich in dieser Krise die Einheitsfront zwischen Bourgeoisie und politischem und gewerkschaftlichem Opportunismus gegen die Arbeiterklasse ausrichtet.

Um wieder bergauf gehen zu können, MUSS das kapitalistische Regime den Reallohn abbauen und die Beschäftigung reduzieren und bemüht sich dabei, die Intensität und Produktivität der Arbeit zu erhöhen, die Produktion zu rationalisieren und den Verwaltungs- und Unterdrückungsapparat der herrschenden Klasse zu stärken.

Dies kann ihm nur unter der Bedingung gelingen, daß er die Arbeiterklasse mit irgendwelchen Brosamen und mit einer ganzen Reihe demagogischer Versprechungen ködert, damit die Opfer akzeptiert werden, die es angeblich von "allen Bürgern" verlangt, um ihre "gemeinsamen" Interessen im Namen von "großen nationalen Zielen" und "Strukturreformen" zu wahren. Hier liegt genau der Verbindungspunkt zwischen Bourgeoisie und Opportunismus.

An der Spitze der "Arbeiterparteien" und der großen Gewerkschaftsorganisationen steht der Opportunismus, der eine fast totalitäre Kontrolle über die Massen ausübt, und sich gut - in gewissem Maße - ALS VERTEIDIGER des Proletariats gegen die unmittelbarsten und schreiendsten Auswirkungen der Krise hinstellen kann. Aber in Wirklichkeit hat er diese Verteidigung immer - in Zeiten der Expansion wie in Zeiten der Krise - den Erfordernissen der Rettung und der "Wiederbelebung" der Volkswirtschaft und ihrer institutionellen und politischen Strukturen UNTERGEORDNET. In dieser Perspektive bietet er der herrschenden Klasse seine Dienste an, sowohl als Ratgeber wie auch als Kandidat zur Mitbestimmung der Wirtschaft. Kampf und Zusammenstoß zwischen den Klassen sind also umgewandelt in einen verantwortlichen "Dialog", in eine friedli-

che "Konfrontation" mit der Unternehmerschaft und der Regierung...in der Runde am grünen Tische, mit der Perspektive der "Wiederbelebung des Binnenmarktes" - demagogisch mit der Erhöhung des Volkskonsums gleichgestellt - und der Perspektive des "Wiederausgleichs der Außenhandelsbilanzen", in Verbindung mit einer "Industriepolitik", die sich auf den demagogisch "anti-kapitalistisch" getauften öffentlichen Sektor stützt, kurzum in der Perspektive eines "neuen Entwicklungsmodells", das fähig sei, DAS LAND und ALSO AUCH die Arbeiterklasse aus der Krise herauszuführen.

Das Ergebnis dieser Politik ist die Lähmung des Widerstandes der Arbeiter. Sie werden dazu verführt, eine Verbesserung ihres Schicksals nicht vom DIREKTEN KAMPF zu erwarten, sondern von Schlichtungsorganen, die von der bürgerlichen Gesellschaft auf allen Ebenen extra zu ihrer Erhaltung geschaffen werden. Der Kampf wird in tausend verschiedene berufsspezifische Teilkonflikte und -forderungen zersplittert, anstatt zur Solidarität über die Grenzen der Berufsgruppe, der Fabrik und der Nationalität hinaus zu ermuntern; oder umgekehrt wird der Kampf auf der politischen Ebene für Reformen und den Druck auf die Regierung zur Erreichung dieser Reformen "vereinheitlicht", indem man das Proletariat direkt oder indirekt für die "Verwaltung" der Volkswirtschaft und, im allgemeinen, der "Nation" interessiert. Das heißt also, daß die Gewerkschaften in der Tat dem "Dialog" alle Methoden des DIREKTEN KAMPFES des Proletariats opfern müssen, auch wenn sie IN WORTEN auf diese Methoden nicht verzichten.

Eine ECHTE Verteidigung, sei es auch nur die Verteidigung der elementaren Lebens- und Arbeitsbedingungen der Arbeiterklasse, ist nicht möglich, ohne diesen wahrhaften TRANSMISSIONSRIEMEN DER KAPITALISTISCHEN INTERESSEN IN DEN REIHEN DES PROLETARIATS - den Opportunismus - zu erschlagen.

Wie Lenin sagt, je stärker der Einfluß der Reformisten auf die Arbeiter ist, und je mehr die Arbeiter machtlos und abhängig von der Bourgeoisie sind, desto leichter ist es für die Bourgeoisie, die Reformen durch verschiedene Winkelzüge zu nichts zu machen. Je mehr die Arbeiterbewegung SELBSTÄNDIG und STARK ist, DESTO UMFASSENDE SIND IHRE PERSPEKTIVEN, je weniger sie von der Beschränktheit des Reformismus abhängig ist, UM SO BESSER gelingt es den Arbeitern, Verbesserungen zu sichern und auszunutzen.

IM ENGPASS DER KRISE

Die Krise verschärft die schon unsichere Lage der Arbeiterklasse und schlägt sie mit der doppelten Geißel der Stagnation und der Inflation. Dieser Druck macht sich auf allen Ebenen bemerkbar: in einem bestimmten Grade schon er nicht einmal die relativ "begünstigten" Schichten der Klasse, trifft aber mit besonderer Härte die am schlechtesten bezahlten und von der Unsicherheit am meisten betroffenen Schichten. Mit der Verschärfung und den Überwindungsversuchen der Krise wird die Verteidigung des Proletariats immer mehr als allgemeine und gemeinsame Notwendigkeit zutage treten. Diese Verteidigung wird sich immer mehr als den allgemeinen und besonderen Überlebensbedürfnissen der kapitalistischen Wirtschaft diametral entgegengesetzt erweisen. Es ist wahr, daß die Erfüllung GEWISSE Forderungen das REFORMISTISCHE Eingreifen des Staa-

tes nötig macht. Die Revolutionäre lehnen die Reformen nicht absolut und aus Prinzip ab, selbst wenn sie ihre Unzuverlässigkeit und ihre Zielrichtung, die in der Erhaltung der bestehenden Ordnung liegt, anprangern. Aber sie lehnen sie strikt ab, insofern sie bezwecken, den Mechanismus der Ausbeutung der Arbeitskraft zu perfektionieren und (das ist das "große Vorhaben" des Opportunismus) eine zunehmende Integration der traditionellen Verteidigungsorgane der Klasse, der Gewerkschaften, in den zentralen Verwaltungsapparat der Bourgeoisie bedeuten und nicht Resultat eines energischen Druckes - in AUTONOMER Kampfstellung - des Proletariats AUF den Staat sind.

Um die Erfüllung selbst der elementarsten Forderungen zu erreichen, ist die erste Bedingung also, daß das Proletariat sich von der lähmenden Vormundschaft des Opportunismus befreit und sich wieder seine SPEZIFISCHEN KAMPFWAFFEN aneignet, indem es vor allem dem Streik seinen ursprünglichen Sinn und seine eigentliche Funktion ALS KRIEGSWAFFE GEGEN DAS KAPITAL wiedergibt. Heute dagegen ist der Streik ja zu einem zweitrangigen Instrument degradiert, womit man einen mäßigen Druck in der endlosen Reihe von Gipfelverhandlungen ausübt.

DIE HAUPTWAFFE: DER STREIK

Die erste und grundlegende Erfordernis eines echten Klassenkampfes ist also der Streik, der OHNE VORWARNUNG, OHNE VORHERIGE BEGRENZUNG DER DAUER, MIT DER GRÖSSTMÖGLICHEN AUSDEHNUNG ausgelöst wird und der in seinen Formen nie "den höheren Interessen des Landes" untergeordnet werden darf. Der Streik darf auf keinen Fall als friedliches Zwischenspiel zwischen zwei Verhandlungen aufgefaßt werden. Deshalb muß man dafür kämpfen, die Gewerkschaftsführungen daran zu hindern, die Streiks während der Verhandlungen abubrechen. Um eine Kontrolle der Verhandlungen zu erzwingen, muß man Schluß machen mit der Gewohnheit des Opportunismus, mit den Unternehmern über Ziele zu verhandeln, die mit denen nichts zu tun haben, die sich die Arbeiter gesetzt haben; muß man Schluß machen mit der Gewohnheit des Opportunismus, die Wiederaufnahme der Arbeit von Kriterien abhängig zu machen, die nicht der Erfüllung der Forderungen und der Anerkennung des realen Kräfteverhältnisses entsprechen. Der Streik ist eine Episode des Krieges zwischen den Klassen, und im Kampf wird man an die gesunde Tradition der STREIKKASSEN wieder anknüpfen müssen, die die Gewerkschaften seit langem ausgemerzt haben, oder von deren Nutzen sie die kämpferischen Arbeiter ausschließen. Andererseits ist es unerlässlich, daß im Arbeiterkampf - trotz der heuchlerischen und lügnerischen Appelle für die "Freiheit der Arbeit" (in die die Gewerkschaftsböden schamlos einstimmen) - DIE RADIKALSTEN Kampfmittel angewendet werden, um das Eingreifen der "Gelben", der "Banden" von Streikbrechern zu bekämpfen, indem man STREIKPOSTEN einsetzt und den Angriffen von legalen und illegalen "Kommandos" am wirksamsten entgegnet.

Der Streik darf auf keinen Fall als harmlose Kundgebung aufgefaßt werden, die darauf abzielt, die "öffentliche Meinung" zu gewinnen und den "Verbraucher" ja nur nicht zu stören, wie es im Knigge des Opportunismus steht. Im Gegenteil, der Streik muß IMMER mit einem energischen Appell an die Solidarität zwischen ALLEN städtischen- und Landarbeitern geführt werden.

Zu dieser Solidarität muß man ebenfalls die PROLETARIER IN UNIFORM aufrufen, mit einer ausdauernden Propaganda- und Agitationsarbeit in ihren Reihen auch für minimale Tagesordnungen, denn der Staat zögert nicht, die Proletarier in Uniform gegen die Streikenden im öffentlichen Dienst einzusetzen, wie eines der vielen Beispiele, der Poststreik in Frankreich, gezeigt hat.

Die so aufgefaßte Forderung des Streikes, so wie alle anderen Forderungen müssen sowohl INNERHALB als auch AUSSERHALB der Gewerkschaften gestellt werden. INNERHALB DER GEWERKSCHAFTEN, indem man einen starken Druck auf ihre Führungen ausübt, damit sie sie in die Praxis umsetzen und so MIT TATEN - wenn sie es können - die "Ernsthaftigkeit" ihrer Beteuerungen beweisen, sich der Interessen der Arbeiter anzunehmen. Dafür muß man weniger auf die kümmerlichen Versammlungen der Gewerkschaftssektionen zählen, als vielmehr auf MÖGLICHST BREITE Arbeiterversammlungen, die viel direkter die Kampfbereitschaft der Basis widerspiegeln. AUSSERHALB DER GEWERKSCHAFTEN, in den Reihen der Arbeiterklasse und in den unmittelbaren Organisationen, die im Lauf des Kampfes, in der Vorbereitung des Kampfes entstehen können, oder nach einem Kampf organisatorisch bestehen bleiben: Streikkomitees, Kollektive, Komitees zur Arbeiterkoordination usw.

Die Revolutionäre werden an diesen spontanen Organisationen teilnehmen, wenn die Bedingungen dafür gegeben sind, um

- ihre Autonomie gegenüber den opportunistischen Führungen zu stärken
- ihren Charakter von "offenen" Organisationen für alle Arbeiter, unabhängig von deren politischer Zugehörigkeit, aufrechtzuerhalten
- und ihre Aktivität im Sinne des Klassenkampfes orientieren,

ohne jedoch daraus einen Fetisch oder einen Ersatz für die breiteren Berufs- oder Industrieorganisationen zu machen, denn nur die spätere Entwicklung der realen Bewegung kann die Frage entscheiden, ob die Klasse diese Organisationen zurückgewinnen muß oder kann, indem sie sie von innen her - auch mit Gewalt - wiedererobert, oder aber sie von neuem wieder aufbaut.

- - - - -

W E S E N T L I C H E F O R D E R U N G E N

FÜR DIE VERTEIDIGUNG DES REALLOHNS

Die katastrophalen Folgen der galoppierenden Inflation drücken auf einen Reallohn, der im Durchschnitt schon niedrig ist und beachtliche Abstände zwischen den einzelnen Lohngruppen aufweist. Angesichts dessen muß man vor allem und mehr denn je betonen, daß der Lohn nicht an das Produktionsvolumen oder an die Höhe der Produktivität gebunden ist, daß er nicht vom Bildungsgrad der Arbeiterklasse abhängt, sondern daß er durch die vielseitige Wechselwirkung ökonomischer Faktoren (u.a. das Verhältnis von Angebot und Nachfrage nach Arbeitskräften) UND DURCH DAS KRÄFTEVERHÄLTNIS ZWISCHEN DEN KLASSEN bestimmt wird. Demzufolge wird kein Qualifikationskriterium, keine Indexfestsetzung oder juristische, legislative oder vertragliche

Barriere, kein Mechanismus von gleitender Lohnskala, keine jener Einrichtungen, die zur Folge haben, die Gewerkschaften immer mehr in die Schlichtungs- und Vermittlungsorgane zu integrieren und der Arbeiterklasse Illusionen über die Rolle des Staates zu machen, wird keine dieser Maßnahmen den Lohn vor der Anarchie der Produktion schützen können, vor den Konjunkturschwankungen in den verschiedenen Branchen, vor den Änderungen der Konkurrenzverhältnisse in den diversen Branchen oder Sektoren, noch schließlich vor dem konstanten DRUCK, den das Kapital auf den Reallohn ausübt. Die Arbeiter können diesem Druck nur widerstehen, wenn es ihnen gelingt, die Konkurrenz untereinander zu überwinden, d.h. DIE KRAFT, DIE SIE AUS IHRER EINHEIT IM KAMPF GEGEN DIE BOURGEOISIE SCHÖPFEN, einzusetzen.

Die Lohnforderungen müssen also allein durch die Erfordernisse der Verteidigung der Lebens- und Kampfbedingungen der Arbeiterklasse bestimmt werden und demzufolge auf die Verbesserung ihres Schicksals und auf die Stärkung ihrer Reihen abzielen.

Auf der anderen Seite muß die gegenwärtige Tendenz der Gewerkschaften bekämpft werden, die zwar so tun, als würden sie die bei den breiten Arbeiterschichten populäre Forderung einer gleichen Lohnerhöhung für alle (200 F bei den Postangestellten oder 300 F bei Renault) akzeptieren und wieder aufgreifen, diese Forderung dann jedoch VÖLLIG ENTSTELLEN, indem sie sie in Form von PRÄMIE und nicht von Erhöhung des GRUNDLOHNES aufstellen (was darauf hinausläuft, letzteren der Willkür des Kapitals auszusetzen) oder indem sie sie als Abschlagszahlung auf die kommenden Tarifverhandlungen aufstellen.

1) Deshalb müssen mit dem dreifachen Ziel, DER STEIGERUNG DER LEBENSHALTUNGSKOSTEN ZU ENTGEGNEN, DIE DURCH DIE STAFFELUNG DER LOHNSKALA ERZEUGTE SPALTUNG ZU BEKÄMPFEN, und die VERWEIGERUNG VON ÜBERSTUNDEN ZU ERMÖGLICHEN (in denen die Proletarier, die ihren Arbeitsplatz noch haben, in der Krise oft in massivem Ausmaß gezwungen werden, um mit ihrem Geld auszukommen) die Lohnforderungen in folgende Richtung gehen:

- STARKE UND SOFORTIGE ERHÖHUNG DER GRUNDLÖHNE,
STÄRKER FÜR DIE AM SCHLECHTESTEN BEZAHLTEN
LOHNGRUPPEN.

2) Diese Lösung muß durch die bezifferte Forderung des Mindestlohns ergänzt werden, die aufgrund der Entwicklung der Preise (mit allen Vorbehalten im Hinblick auf die Errechnung des Preisindex wie auf die Schätzung der realen Bedürfnisse einer Arbeiterfamilie) und des Kräfteverhältnisses heraufzusetzen ist. Heute, Mai 1975 kann man fordern:

- MINDESTLOHN VON 1.800 F NETTO (ca. DM 1.200).

3) Die Preise für Mieten, öffentliche Dienstleistungen und Verkehrsmittel lasten heute schwer auf dem Lohn. Der Opportunismus lanciert Reformpläne, die nur darauf abzielen, die öffentlichen und privaten Investitionen zu begünstigen und die "Infrastrukturen" der Volkswirtschaft zu verbessern. Andererseits sind die Bewegungen wie die "Selbstkürzung" der öffentlichen Tarife (wie das Schwarzfahren, der Abzug der Tarifierhöhung bei Bezahlung der E-Werkrechnungen usw., wie z.B. in Italien), oder Besetzung leerstehender Wohnungen - die elementaren Formen proletarischer Reaktion auf die Folgen der "Einkommenspolitik" entsprechen - dazu bestimmt, früher oder

später vom Opportunismus wieder verschlungen zu werden oder aus Mangel an Aussichten in sich zurückzuschrumpfen, trotz der Theoretisierungen linker Gruppen, die nach "alternativen" Formen der Arbeiterverteidigung suchen.

Der wahre Kampf muß außerhalb des parlamentarischen und Regierungsterrains geführt werden, für die

- SENKUNG DER ÖFFENTLICHEN TARIFE UND MIETEN

und für die

- UNENTGELTLICHKEIT DER VERKEHRSMITTEL FÜR DIE ARBEITER

sowie für die Schaffung von spezifischen Organisationen, die es ermöglichen, den Kampf bis zu Ende zu führen, ohne dabei jedoch zu vergessen, daß - wie Marx bemerkte - es sich um einen UNGLEICHEN Kampf handelt, wenn er vom Kampf um die zwei in der marxistischen Auffassung entscheidenden Forderungen des Klassenkampfes isoliert wird: Erhöhung der Löhne und Arbeitszeitverkürzung.

4) Der Lohn wird mehr und mehr durch Abzüge beschnitten, die auf die eine oder andere Weise die Kassen des Staates füllen und wovon ein Teil auf die Lohnempfänger auf eine Art "wiederverteilt" wird, die meistens - und allen demagogischen "Solidaritäts"-erklärungen zum Trotz die Lage der bedürftigsten Schichten der Arbeiterklasse noch verschlimmert.

Eine prinzipielle Forderung der Arbeiterbewegung ist hier, daß alle Ausgaben, die sich auf Krankheit, Arbeitslosigkeit, auf den Ruhestand, auf das Familiengeld oder auf das Funktionieren des Staatsapparates beziehen, ganz zu Lasten der Kapitalistenklasse und ihres Staates gehen müssen:

- ABSCHAFFUNG ALLER ABZÜGE VOM LOHN

- KEINE STEUERN AUF DAS ARBEITEREINKOMMEN

Es muß die ~~ERHÖHUNG~~ ERHÖHUNG DER SOZIALLEISTUNGEN UND IHRE GLEITENDE ERHÖHUNG MIT DER ENTWICKLUNG DER LÖHNE gefordert werden. Dies muß außerdem den Arbeitern erlauben, nicht mehr Zuflucht zu kostspieligen Ergänzungsversicherungen nehmen zu müssen.

FÜR DIE KÜRZUNG DES ARBEITSTAGES

Die Kürzung des Arbeitstages ist - wie die Verteidigung des Lohnes - ein permanentes und wesentliches Ziel der Gewerkschaftsbewegung. Gerade im Kampf für den 10-Studentag, dann für den 8-Studentag (ab 1866) lieferte die internationale Arbeiterbewegung ihre ersten großen ökonomischen Schlachten. Seitdem der Kampf für dieses Ziel aufgenommen wurde, haben sich die Bedingungen der Ausbeutung und die Produktivität der Arbeit in einem solchen Ausmaß erhöht, daß - um die erhöhte Anstrengung zu kompensieren, die das Kapital der Arbeiterklasse aufbürdet - man den Arbeitstag ohne Zweifel auf 4 Stunden reduzieren müßte, sogar auf weniger. Aber die gegenwärtige Abwesenheit einer mächtigen Klassenbewegung macht es unmöglich, ein internationales Ziel dieser Art zu setzen. Das schließt aber nicht aus, daß man - für die europäischen Länder - die Forderung nach Kürzung der Arbeitszeit auf folgende Weise stellen kann:

- 35-STUNDENWOCHE BEI GLEICHEM LOHN, MIT ZWEI AUF-

EINANDERFOLGENDEN RUHETAGEN PRO WOCHE, d.h.

- MAXIMAL 7 STUNDEN PRO TAG BEI GLEICHEM LOHN

Die Forderung nach der 35-Stundenwoche muß von ZUSÄTZLICHEN ARBEITSZEITVERKÜRZUNGEN FÜR MÜHSAME ODER GESUNDHEITSSCHÄDLICHE ARBEITEN, von GRÖßEREN BEGRENZUNGEN DES ARBEITSTAGES FÜR JUGENDLICHE UNTER 20 JAHREN UND FÜR SCHWANGERE FRAUEN begleitet werden. Sie muß außerdem von der Forderung nach ARBEITSZEITVERKÜRZUNG FÜR SCHICHTARBEIT UND NACHTARBEIT begleitet werden, um in Richtung einer

- VOLLSTÄNDIGEN ABSCHAFFUNG DER NACHTARBEIT

zu gehen, ausgenommen bei absoluter technischer Notwendigkeit.

Wenn es sich um durchgehende Arbeit handelt, muß man gleichfalls dafür kämpfen, daß die ESSENSPAUSE, AUF MINDESTENS EINE STUNDE FESTGESETZT, ALS ARBEITSZEIT ANGERECHNET WIRD.

Schließlich muß man gegen die "ratenweise" Kürzung der Arbeitszeit kämpfen, die den Unternehmern gestattet, die Arbeitszeit in dem Maße zu reduzieren, wie Umstrukturierung und Intensivierung der Arbeit die Kürzung der Arbeitszeit im voraus kompensieren. Daher muß immer SOFORTIGE Arbeitszeitverkürzung bei gleichem Lohn gefordert werden, um auf diese Weise eine reale, wenn auch nur geringe, Erleichterung für die Arbeiter zu erreichen.

Die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung ist nicht nur unerläßlich, um die körperliche und geistige Unversehrtheit der Arbeiter zu schützen. In Krisenzeiten, wenn das Kapital eine wachsende Zahl von Arbeitern auf die Straße wirft und gleichzeitig von denjenigen, die ihren Arbeitsplatz noch haben, eine immer größere Anstrengung verlangt, ist diese Forderung ein, wenn auch untergeordnetes Mittel zur teilweisen Verringerung der Arbeitslosigkeit und weist den Weg, wie man sich dieser unmenschlichen Alternative widersetzen und die Reihen der Arbeiter enger zusammenschließen kann.

FÜR DIE VERTEIDIGUNG DER ENTLASSENEN, ARBEITSLOSEN UND RENTNER

Kurzarbeit, Entlassungen, Arbeitslosigkeit (deren erste Opfer die "Gastarbeiter", die Jugendlichen und die Frauen sind) stehen überall auf der Tagesordnung. Für die betroffenen Arbeiter, denen man von Regierungs- und Gewerkschaftsseite als Ersatz eine illusorische "Lohngarantie" anbietet, müssen die Forderungen wie folgt lauten:

- VOLLER LOHN FÜR DIE ENTLASSENEN ARBEITER
VÖLLIG ZU LASTEN DER UNTERNEHMER UND DES STAATES,
UND ZEITLICH UNBEGRENZT.
- VOLLER LOHN BEI KURZARBEIT
(Kürzung der obligatorischen Überstunden inbegriffen)
- DEM GÜLTIGEN MINDESTLOHN ENTSPRECHENDER LOHN FÜR
ALLE ARBEITSSUCHENDEN
(Jugendliche, Frauen, die wieder Arbeit suchen,
nachdem sie ihre Kinder großgezogen haben; ausländische Arbeiter).

Der volle Lohn muß auch für die aus dem Ausland zurückkehrenden Auswanderer und für die Grenzpendler ohne Arbeit gelten.

Neben den hier aufgeführten Forderungen müssen die Arbeiter, die ihre Arbeit noch haben, bei Entlassungen ihrer Kollegen (Entlassungen, die meistens nur das Vorspiel zu ihrer eigenen sind) mit folgender Losung antworten:

- KEINE ENTLASSUNGEN!

Eine solche Losung hat als allgemeine Kampfanweisung und als Aufruf zur Klassensolidarität PRINZIPIELLEN Wert. Eine Entstellung wäre es aber, würde man sie zu einem praktischen Ziel machen, das in jeder beliebigen Situation und mit jedem beliebigen Mittel durchzusetzen wäre. Deshalb muß der Kampf gegen die Entlassungen mit einer ENTLARVUNG DES ILLUSORISCHEN ZIELES EINER "VOLLBESCHÄFTIGUNGSGARANTIE" IM KAPITALISMUS verbunden sein.

Ob nun durch den Druck der Arbeiter die Entlassungen verhindert werden können oder nicht, auf jeden Fall muß er sich in jeder Episode und Manifestation des Klassenkampfes durch eine AKTIVE UND ORGANISIERTE SOLIDARITÄT DER BESCHÄFTIGTEN MIT DEN ARBEITSLOSEN ausdrücken. Diese Solidarität ist untrennbar vom Kampf gegen die reformistischen Führer, die die Arbeitslosen mit Verachtung abspeisen und als "Lumpenproletarier" betrachten. Gegen deren Politik muß man fordern:

- RECHT DER ARBEITSLOSEN, MITGLIEDER DER
GEWERKSCHAFTEN ZU BLEIBEN

und am Gewerkschaftsleben, an den Versammlungen und an den Streiks teilzunehmen.

Diese Solidarität wird zudem ihren natürlichen Koordinationspunkt in territorialen Organisationen finden müssen, vergleichbar mit den Arbeitsbörsen von gestern, die heute leider auf das Niveau schwerfälliger bürokratischer Apparate, bar jeden Klasseninhaltes, herabgesunken sind.

Die Forderung nach vollem Lohn sowie nach gewerkschaftlichen Rechten muß ebenso für die Rentner gelten, die das Kapital in höchster soziale und wirtschaftliche Not stürzt, nachdem es sie bis zum äußersten ausgebeutet und verbraucht hat. Gegenüber dem bürgerlichen Zynismus und der von den Gewerkschaften akzeptierten produktivistischen Demagogie des "Platz für die Jugend" ist es unerläßlich, gegen die Zwangspensionierungen und die verschleierte Entlassungen in Form vorzeitigen Ruhestandes zu kämpfen, um nicht die Pflicht, sondern das

- RECHT, MIT 55 JAHREN ALS MANN UND MIT 50 JAHREN
ALS FRAU IN DEN RUHESTAND ZU TRETEN

zu erzwingen, mit einer niedrigeren Altersgrenze für die am ärgsten ausgebeuteten Berufsgruppen, deren durchschnittliche Lebenserwartung nicht einmal das jetzige Ruhestandsalter der gesamten Arbeiterklasse erreicht, sowie

- RENTE IN GLEICHER HÖHE DES LOHNES

und - KEINE RENTE UNTER DEM MINDESTLOHN.

GEGEN JEGLICHE DISKRIMINIERUNG

Der Kampf aller Arbeiter gegen die Lohn- und Gruppendiskriminierungen - die einen bestimmten Teil von ihnen treffen, - um die von der Bourgeoisie verübte Spaltung zu überwinden,

ist eine Voraussetzung für die kollektive Verteidigung der Gesamtheit der Klasse und für ihre Einheit.

VERTEIDIGUNG DER AUSLÄNDISCHEN ARBEITER

Die ausländischen Arbeiter, die den Folgen der Krise besonders kraß ausgesetzt sind, verdienen eine BESONDERE UNTERSTÜTZUNG. Die Bourgeoisie greift sie hart sowohl durch legalen wie illegalen Terror an und versucht sie durch chauvinistische und rassistische Demagogie von den anderen Arbeitern zu isolieren. Man muß die bürgerliche Lüge entlarven, die von den reformistischen Führern mitpropagiert wird, wo nach der Zustrom ausländischer Arbeiter für die Arbeitslosigkeit verantwortlich sei. Wenn die Arbeiter nicht verzichten wollen, sich selbst zu verteidigen, müssen sie alle gegen die staatliche Repression und gegen die Politik der Einwanderungskontrolle kämpfen und für folgende Prinzipien eintreten:

- ABSCHAFFUNG ALLER BESCHRÄNKUNGEN ÜBER EINREISE UND AUFENTHALT DER AUSLÄNDISCHEN ARBEITER
- VÖLLIGE GLEICHHEIT DER SOZIALEN, GEWERKSCHAFTLICHEN UND POLITISCHEN RECHTE FÜR DIE "GASTARBEITER"
- VÖLLIGE GLEICHHEIT DER EINSTELLUNGS- UND LOHNBEDINGUNGEN

Dies bedeutet für die unmittelbare Zukunft:

- AUFHEBUNG DER RUNDSCHREIBEN FONTANET-MARCELLIN UND GLEICHARTIGER DEKRETE (PONIATOWSKI - DIJOU D USW.)
- AUFHEBUNG DES EINREISESTOPPS,
- ARBEITSGENEHMIGUNG FÜR ALLE AUSLÄNDISCHEN SCHWARZARBEITER.

Das bedeutet ebenso Kampf gegen die Ausbeutung und die Unterdrückung auf dem Gebiet der WOHNVERHÄLTNISSE und Aufruf zur Klassenantwort GEGEN ALLE RASSISTISCHEN UND AUSLÄNDERFEINDLICHEN ANGRIFFE.

Es ist schließlich unerläßlich, daß die französischen Arbeiter das RECHT auf getrennte Organisation der ausländischen Arbeiter anerkennen, was eine Bedingung zur Überwindung des Mißtrauens gegenüber dem einheimischen Proletariat und den kürzesten Weg darstellt, um eine wirkliche Einheit der Arbeiter aller Nationalitäten zu erreichen.

VERTEIDIGUNG DER FRAUEN UND DER JUNGARBEITER

Die männlichen Arbeiter sind verpflichtet, folgende Losungen zu unterstützen:

- KEINE LOHN- UND VERTRAGSDISKRIMINIERUNG ZWISCHEN FRAUEN UND MÄNNERN

Gleicherweise müssen die erwachsenen Arbeiter für die

- ABSCHAFFUNG DER LOHNABSTUFUNG NACH ALTER

kämpfen und für die VERTEIDIGUNG DER LEHRLINGE, deren Löhne keine Differenzierung zu den normalen Löhnen mehr erleiden dürfen.

VERTEIDIGUNG DER AUSSERTARIFLICHEN ARBEITER

Unzählige Differenzen in den Anstellungsverhältnissen erlauben der Bourgeoisie, die Arbeiter zu spalten. Gegen die malthusianische Lösung der Gewerkschaften, die die korporativen

Interessen der Arbeiteraristokratie widerspiegelt und die oberen Schichten der Arbeiter der Masse der Arbeiter entgegenstellt, ist es unerlässlich für den folgenden Grundsatz zu kämpfen:

-- GLEICHES ANSTELLUNGSVERHÄLTNIS FÜR ALLE

Dieser Grundsatz kann folgende, nicht ausschließliche Anwendung finden

- KEIN ZEITVERTRAG, der erlaubt, Entlassungen zu tarnen und die Ausländer, die Jugendlichen, die Frauen, die Landarbeiter und Bauarbeiter z.B. - wo viele Arbeitsplätze saisonbedingt sind - benachteiligt.
- SOFORTIGE UND BEDINGUNGSLOSE FESTE ANSTELLUNG der Hilfskräfte, der Beamtenanwärter, der Zeitvertretungen, besonders im öffentlichen Dienst.
- SOFORTIGE EINSTELLUNG DER ZEIT- UND WANDERARBEITER, im Falle von Entlassungsdrohung, die immer Vorspiel zu den Entlassungen der Arbeiter des Unternehmens ist. Möglichkeit für diese Arbeiter, den Gewerkschaften der Berufsgruppe beizutreten und an den Arbeiterversammlungen des Betriebes teilzunehmen.
- AUSDEHNUNG DER GEHALTSEMPFÄNGERRECHTE AUF ALLE ARBEITER und Aufhebung aller Einschränkungen hinsichtlich Vorschüsse.

Die Forderung nach gleichem Anstellungsverhältnis für alle muß vom Kampf gegen jeglichen Lohnunterschied innerhalb einer Kategorie oder in der Ausübung derselben Funktion begleitet werden:

- GLEICHER LOHN BEI GLEICHER ARBEIT, angeglichen an den höchsten Lohn.

VERTEIDIGUNG DER ARBEITER DER VERTRAGSFIRMEN

Die vorhergehenden Grundsätze gelten auch für die Arbeiter von Vertragsfirmen, die innerhalb der Betriebe mit eigenen Arbeitern gewisse Daueraufgaben (Reinigung, Wartung, Bauarbeiten usw.) in Auftrag ausführen. Die Lebens- und Arbeitsbedingungen dieser meistens benachteiligten Arbeiter müssen denen der eigentlichen Betriebsarbeiter angeglichen werden:

- EIN EINZIGER VERTRAG FÜR BEIDE GRUPPEN

Diese Arbeiter müssen auch derselben Gewerkschaft wie die Betriebsarbeiter angehören können und an deren Kampf teilnehmen und umgekehrt.

P A R A L L E L E U N D A B G E L E I T E T E F R A G E N

Unter diesem Titel fassen wir eine Reihe von Fragen zusammen, die nicht weniger wichtig sind, von den vorhergehenden aber abhängen. Die se Fragen können hier nicht erschöpfend behandelt werden.

AKKORDARBEIT UND PRODUKTIONSPRÄMIEN

In der jetzigen Produktionsweise ist die Akkord- und Prämienarbeit nur ein anderer Aspekt des Drucks des Kapitals, um die Produktivität der Arbeit zu steigern, und eine Waffe, um die Lohnempfänger zu spalten und die Konkurrenz unter ihnen zu verschärfen, indem man die

- ABSCHAFFUNG DER AKKORDARBEIT

fordert, muß man gleichzeitig als unmittelbare Lösung, die zu diesem historischen Ziel führt, den Kampf um die

- VERMINDERUNG DER ARBEITSBELASTUNG OHNE LOHNKÜRZUNG

fordern, d.h. die

- HERABSETZUNG DER AKKORDNORMEN UND DER
ARBEITSINTENSITÄT

oder mit anderen Worten die Verweigerung von Akkordverhandlungen auf technisch-organisatorischer Grundlage, wie sie oft zwischen Gewerkschaften und Unternehmen geführt werden, und die im Namen einer Produktivitätsbesserung dazu führen, die körperliche und nervliche Belastung des Arbeiters zu verschlimmern.

DIE RADIKALE ERHÖHUNG DES GRUNDLOHNES hat u.a. das Ziel, den Anteil der Produktionsprämien und dgl. und im allgemeinen den Anteil der Akkordarbeit auf ein Minimum zu reduzieren. Diese Forderung betrifft ganz besonders die HEIMARBEIT, die gewöhnlich den Statistiken und jeglicher effektiver Kontrolle entgeht und die schonungslose Ausbeutung besonders der weiblichen Arbeitskräfte und der Minderjährigen erlaubt und die, nach dem Eingeständnis der Sprecher der Bourgeoisie selbst, dazu bestimmt ist, mit der Verschärfung der Arbeitslosigkeit und der Unterbeschäftigung in der Krise zu wachsen.

UMSTRUKTURIERUNG

In dem Maße wie die Umstrukturierung Synonym der wachsenden organischen Zusammensetzung des Kapitals ist, stellt sie ein untrennbares und permanentes Phänomen der kapitalistischen Produktionsweise dar. Was die Arbeiter bekämpfen müssen, sind ihre AUSWIRKUNGEN: Verschärfung der Ausbeutung, Beschleunigung des Arbeitstempos, Arbeitslosigkeit für die überschüssigen Arbeitskräfte.

Die abstrakte Parole "gegen die Umstrukturierung" soll man beibehalten, wenn es sich um Maßnahmen auf der administrativen, organisatorischen und betriebspolizeilichen Ebene handelt. Sie ist sonst durch den Kampf zu ersetzen

- für einen höheren Lohn,
- für die Kürzung des Arbeitstages,
- für die Verminderung der Arbeitsbelastungen
- gegen die Entlassungen.

GESUNDHEITS- UND SICHERHEITSBEDINGUNGEN

Das Geschwätz der bürgerlichen Ideologen, die von einer "neuen Lebensqualität" in einem "humanen Rahmen" träumen, kann nur das Phänomen der kontinuierlichen Verschärfung der Schädlichkeit des Arbeitsbereiches verschleiern, die durch die Auswirkungen der Krise auf die Arbeiter noch verschlimmert wird. Die ständig von den Regierungen und den Gewerkschaften produzierten "Gesetzesreformen" sind unfähig, Abhilfe zu schaffen. Die Antwort des Proletariats auf diesem Gebiet kann nur auf dem Boden des offenen Klassenkampfes Erfolg haben, für

- EINE STARKE ARBEITSZEITVERKÜRZUNG, VOR ALLEM IN DEN BRANCHEN, WO DURCHGEHEND GEARBEITET WIRD,
- DIE VERWEIGERUNG DER EINFÜHRUNG VON NEUEN ARBEITSZEITREGELUNGEN MIT NACHTSCHICHTEN IN DEN BRANCHEN, WO DER PRODUKTIONSABLAUF DISKONTINUIERLICH IST,
- DIE EINFÜHRUNG VON ARBEITSSICHERHEITSVORKEHRUNGEN DURCH DIE DIREKTE INTERVENTION UND KONTROLLE DER ARBEITER,
- WESENTLICHE ERHÖHUNG DER ANZAHL DER VON DER SOZIALVERSICHERUNG ANERKANNTEN BERUFSKRANKHEITEN, unter denen auch die Krankheiten zu verstehen sind, die von der Müdigkeit und von der nervlichen Anspannung verursacht werden,
- VÖLLIGE UNENTGELTLICHKEIT DER ÄRZTLICHEN BEHANDLUNG UND BEZAHLUNG DER KRANKHEITSTAGE MIT VOLLEM LOHN anstelle des jetzigen Systems der Rückzahlung der Arztkosten mit Ermäßigungskarten und täglichen Abfindungssummen vom 4. Tag an, das die breiten Arbeiterschichten praktisch daran hindert, richtig gesund zu werden.

DIE QUALIFIKATIONEN

Wie bei den Überstunden ist es häufig, daß die Arbeiter aus Mangel an wesentlicher Erhöhung ihres Grundlohnes und ernsthafter Kämpfe zur Erlangung dieser Erhöhung - hoffen, die Lösung ihrer täglichen Lebensunterhaltsprobleme in der Forderung nach einer automatischen Beförderung in einer bestimmten Altersstufe oder in der fortschreitenden Berufsförderung vom Hilfsarbeiter zum Ingenieur zu finden, d.h. in gewissem Sinne in der Illusion der "Karriere". Das ist eine begreifliche Reaktion angesichts des doppelten Druckes der Zersetzung der realen Kaufkraft der Löhne und der Preisgabe der vitalsten Forderungen der Klasse von Seiten der Gewerkschaften. Aber diese Reaktion erleichtert die von den Gewerkschaftsbünden mitgetragenen Unternehmermanöver, die darauf abzielen, die Entlohnung an die sogenannte "Qualifikation" zu binden. Der Zweck dieser "neuen" Organisation der Arbeit ist es, den Arbeiter an der Verbesserung der Rentabilität des Unternehmens zu beteiligen, was diezusätzliche Folge hat, Spaltungen zwischen "qualifizierten" und "unqualifizierten" Arbeitern zu schaffen und den Lohnkampf auf das Niveau der Regelung einer administrativen Angelegenheit herabzusetzen.

Diese Überlegungen bedeuten nicht, daß wir das Terrain der Kämpfe und der Forderungen in Sachen Qualifikation - als ob uns dies nichts anginge - ablehnen müssen. Es handelt sich einerseits darum, den Bedürfnissen, die zu diesen Kämpfen geführt haben, durch Forderungen Ausdruck zu verleihen, die, wie die Erhöhung der Grundlöhne und die Zusammenfassung von Lohngruppen, bestehende Spaltungen überwinden können; andererseits und als erster Schritt in diese Richtung darum, gegebene Forderungen nach sofortigem Lohngruppenwechsel - unabhängig von der geleisteten Arbeit und ohne Beachtung bestehender Vereinbarungen auf diesem Gebiet, die ohnehin fast nie respektiert werden - zu unterstützen.

DIE BERUFSAUSBILDUNG

In den letzten Jahren hat sich die französische Bourgeoisie - gerade wie ihre fortgeschrittenen Schwestern - dafür eingesetzt, in großem Stil die UNUNTERBROCHENE BERUFSAUSBILDUNG zu entwickeln. Diese ist den Arbeitern als ein Heilmittel gegen die Arbeitslosigkeit präsentiert worden und gleichzeitig als ein Mittel, den Lohn und das Schicksal der Arbeiterklasse zu verbessern. Und dies geschieht mit dem Beifall aller Gewerkschaften, denen neue Strukturen der Klassenkollaboration und einträgliche Pöstchen für ihre reformistischen Führer angeboten werden.

In Wirklichkeit kann im Rahmen des Kapitalismus kein Berufsförderungsplan und keine Ausbildung der Arbeitskraft sich den wechselnden Bedürfnissen des Marktes entziehen, und KEINE UMSCHULUNG WIRD JEMALS ERMÖGLICHEN, DIE ARBEITSLOSIGKEIT ZU BESEITIGEN.

Durch die Verallgemeinerung dieser Einrichtung versucht die Bourgeoisie besonders die "Mobilität der Arbeitskräfte zu steigern", d.h. die KONKURRENZ ZWISCHEN DEN ARBEITERN der verschiedenen Kategorien ZU VERALLGEMEINERN, um somit Druck auf die Löhne in ihrer Gesamtheit auszuüben. Gleichzeitig hat sie es darauf abgesehen, eine Minderheit des Proletariats zu kaufen und die Masse der Arbeiter zögernder gegenüber der kollektiven Aktion zu machen, indem sie die Illusion der individuellen Aufstiegsmöglichkeit in glänzenden Farben ausmalt.

Es ist unerlässlich, die ganze reaktionäre und konservative Illusion der ununterbrochenen Berufsausbildung zu entlarven und den Arbeitern zu erklären, daß DER LOHN UND DIE ARBEITSBEDINGUNGEN NUR DURCH DIE KLASSENAKTION VERBESSERT WERDEN KÖNNEN.

Aber gleichzeitig muß für die Arbeiter, von denen die Unternehmer einen Ausbildungs- oder Umschulungslehrgang verlangen, gefordert werden, daß DIE LEHRGÄNGE UND AUSBILDUNGSZEITEN ALS ARBEITSZEIT GERECHNET UND ALS SOLCHE VOLL BEZAHLT WERDEN.

S C H L U S S F O L G E R U N G

Die Erreichung dieser grundlegenden Ziele hat als Bedingung nicht nur eine energische und unnachgiebige Klassenaktion, sondern auch eine radikale Umkehr von der Art und Weise, wie die Tarifabkommen aufgefaßt und angepackt werden.

Mehr denn je zuvor muß in den Perioden der galoppierenden Inflation und der Arbeitslosigkeit das Prinzip des BRUCHES DER MEHRJÄHRIGEN TARIFVERTRÄGE UND -ABKOMMEN in den Vordergrund gestellt werden. Ohne dies würde der Kampf in Verteidigung der Kaufkraft des Lohnes umsonst geführt werden. Die Verträge müssen JEDERZEIT KÜNDBAR sein, auch wenn deren radikale Revision von den jeweiligen Kräfteverhältnissen zwischen den Klassen abhängt und daher nicht zu jedem beliebigen Zeitpunkt erzwungen werden kann. Die heutige Struktur der Verträge muß bekämpft werden, damit gleiche Verträge für die kleinen, mittleren und Großbetriebe erreicht werden können. Wie wir bezüglich des Kampfes gegen die Diskriminierung sagten, muß man die Angleichung der Verträge zwischen den

ARGENTINIEN: EINE ERSTE BILANZ

(aus Le Proletaire, Nr. 202, 6.-19.9.1975)

Als vor zwei Jahren das Militärregime durch die vom Peronismus geführte Demokratie ABGELÖST wurde, war die Einheit in Verteidigung eines Regimes FAST vollständig, das für die einen die Rückkehr des Landes auf dem "Meisterweg" des Parlamentarismus bedeutete und für die anderen (oft dieselben Leute) einen notwendigen Schritt weiter im proletarischen Kampf; ALLE erblickten darin einen angeblichen Sieg, auch wenn nur einen Teilsieg, des antiimperialistischen Kampfes. Angeblich waren die Armee und der Imperialismus "besiegt", und mußten sich vor dem stürmischen Aufbrechen der Volkskräfte, die in den letzten Jahren MILITÄRISCH ERBARMUNGSLOS UNTERDRÜCKT wurden, FRIEDLICH zurückziehen.

Inzwischen hat das Proletariat eine verheerende Verschlechterung seiner Lebensbedingungen weiter erleiden müssen. In seinem Lohnkampf - vor allem in der heldenhaften Streikbewegung von Juni-Juli 75, angefangen von den Stahlarbeitern von Villa Constitución - sah es gegen sich die (sonst so zerstrittene) kompakte Front aller demokratischen Kräfte einschließlich der Gewerkschaftsbürokratie und vieler "linken" Gruppen und des "besiegten" Militärs.

Es ist wichtig zu zeigen, wie die politische Konstellation Argentiniens eine Vorwegnahme von Entwicklungen darstellt, die alle kapitalistischen Länder bei sich verschärfender sozialer Krise durchlaufen werden, mit dem kombinierten Einsatz aller bürgerlicher Unterdrückungsmethoden.

Unabhängig von der weiteren Entwicklung und der möglichen Linderung der argentinischen Krise im Rahmen einer vorläufigen Verbesserung der Weltwirtschaftslage, die proletarischen Kampfepisoden einerseits und die entfesselte bürgerliche Offensive andererseits müssen allen Revolutionären und kämpferischen Arbeitern wieder klar machen, welche immensen Aufgaben auf theoretischer, organisatorischer und aktionspraktischer Ebene zu erfüllen sind, um dem Proletariat die notwendige revolutionäre Vorbereitung und Schlagkraft - die Parteikraft -- wieder zu geben.

Was für eine heilige Allianz schwerwiegender Bedeutung Argentinien darbietet! Rechts und im Zentrum des parlamentarischen Schachbrettes haben Flitterwochen den Offizialismus und die Opposition, FREJULI und UCR, um die "Institutionalisierung" und um "die nationale Befreiung" vereinigt und vereinigen sie immer

noch trotz der "Streitigkeiten", die die gelungenen Ehen immer begleiten. Auf der linken Seite verkündete der "kämpferische", terroristische und "gerrillerische" Peronismus, daß die "anti imperialistische und antioligarchische Volksrevolution" voran schreitet. Die kommunistische Partei Argentiniens hat ihre Unterstützung dem Peronismus, der Demokratie und der "nationalen Bourgeoisie" gegeben. Heute geht sie sogar soweit, "Die Bildung einer Regierungskoalition zwischen Zivilisten und Militärs" zu fordern und fügt hinzu, daß "Vertreter der politischen Parteien, der Streitkräfte, der CGT (Gewerkschaftsbund) und der Allgemeinen Wirtschaftskonföderation (Arbeitgeberverband) daran beteiligt sein müßten" (1) (L'HUMANITE, 2.7.75). Die maoistische KPR (Kommunistische Revolutionäre Partei) rief dazu auf, den "antiimperialistischen Kampf des Peronismus" zu "radikalisieren". Heute während der großen Streikbewegung gegen die Regierung ruft sie die Arbeiter zu "großangelegten Demonstrationen der Einheit der Arbeiterklasse in Unterstützung von Isabel Peron" auf. Die PST (sympathisierende Organisation der VI. Internationale) verkündete ihre prinzipielle Verteidigung der Demokratie und forderte vom Peronismus die Bildung von "wirklichen Arbeiterregierungen". Vor kurzem griff sie während des Streikes von Villa Constitucion die Arbeiter an, die sich der Regierung und der Gewerkschaftsbürokratie ENT-SCHIEDEN entgegenstellten, und erklärte:

"Wir glauben, daß sich die Genossen des Kampfkomitees irren, wenn sie die Türen schließen und künstliche ((!)) Reibungen ((!)) mit der nationalen Gewerkschaftsführung suchen, (...) wenn sie sie absichtlich angreifen und sie 'Meine Herren' und 'Verräter' nennen (...). Wir wollen eine Einigung mit der Regierung und den Unternehmern. Wir stehen rechts vom Streik; wir wollen, daß er beendet wird, und das schnellstens, um zur normalen Arbeit zurückzukehren". (AVANZADA SOCIALISTA, Nr. 143)

Die Unternehmer und die Gewerkschaften unterzeichneten ihrerseits auf dem Altar des "Wiederaufbaus" einen vom Staat angelegten und von der Galerie gesegneten "sozialen Pakt", den sie jedesmal eiligst wiedererrichten, wenn die Proletarier ihn spontan in Frage stellten.

Die Resultante dieses Kräftesystems trug zur STÜTZUNG und STÄRKUNG des bürgerlichen Staates bei, der sich auf vier Grundpfeilern stützt: Repressionskräfte, Regierung, Parlamentarismus und offizielle Gewerkschaften. Dazu sagt ein alter Wortführer der Bourgeoisie und erklärt die EINHEITLICHE Strategie der herrschenden Klassen:

"Die Regierung und die Opposition, die in der Legalität arbeitet, haben einen gemeinsamen Feind, der den Zusammenbruch ihrer Institutionen sucht. Die Stärke liegt in der Einheit; die Schwächung liegt im Zusammenstoß, in der Nichtachtung der gegenseitigen Rechte und Pflichten (...). Der Kampf gegen die Subversion kann nicht allein mit Hilfe der Militärs, die auf einer Operationsfront tätig sind, und mit Hilfe der jeweiligen Regierung ((!)) gelingen. Entweder übernehmen alle Kräfte der Demokratie die Verantwortung,

(1) siehe folgende Seite.

"oder es kommt zu einem Bruch mit seinen gefährlichen Konsequenzen (...). ((Diese kollektive Verantwortung erfordert)) das regelmäßige Funktionieren der Exekutive, der Legislative und der Justiz, alle drei getragen vom unter Staatskontrolle stehenden Machtmopol, und daß die Institutionen ihre endgültige, ((VON)) DER ARMEE GARANTierten KONSOLIDIERUNG ERREICHEN (...). Die über ein vernünftiges Maß hinausgehende Schwächung der offiziellen Partei ist ein Risiko, das - gegebenenfalls - ALLE KRÄFTE, DIE IN DER LEGALITÄT ARBEITEN, SCHNELLSTENS BEKÄMPFEN MÜSSEN(...)". Und er fügt hinzu: "Diese Manifestationen ((DER SOZIALEN UNORDNUNG)) reichen nicht zur Bestimmung des Staatswillens und zur Kontrolle der verfassungsmäßigen Oppositionsparteien. Vielleicht empfiehlt es sich, die Wirklichkeit der genannten anarchischen Manifestationen äußerst zu dramatisieren, damit alle begreifen, wie belanglos die internen Streitigkeiten innerhalb des Peronismus sowie zwischen der offiziellen Partei und ihren loyalen Gegnern mittelfristig sind. Wenn ein Flugzeug beim Start technische Mängel hat, ist es völlig egal, ob man auf einem besseren oder irgend einen Platz sitzt. Der gesunde Menschenverstand sagt uns unweigerlich, daß wir es reparieren müssen". (LA NACION, Luftpostausgabe, 19.5.1975)

Die große politische Kraft der argentinischen herrschenden Klassen liegt in ihrer Fähigkeit, alle Mittel der Repression und der Täuschung der Massen in einer einheitlichen Strategie zu vereinen.

"Wenn ein Schiff sein Ruder verliert, ist es manchmal notwendig, seine Maschinen abwechselnd einmal von rechts und einmal von links zu benutzen: es bewegt sich im Zickzack, vergeudet eine Unmenge an Energie, aber bewegt sich weiter",

schrieb Trotzki 1924 als Anspielung auf die Länder, die von der Nachkriegskrise erschüttert waren. Die Bourgeoisie hat eine Unmenge Energie in Argentinien vergeudet, aber sie wußte mit meisterhafter Kunst sowohl ihre Streitkräfte als auch ihre Demokratie und ihre Gewerkschaften gegen das Proletariat und die krampfhaften Zuckungen der Kleinbourgeoisie einzusetzen,

(1) Der argentinische Gewerkschaftsbund und die Unternehmervereinigung sind Organisationen, die während der ersten Regierung Peron nach faschistischem Muster gegründet wurden, sowohl um den Arbeitsfrieden zu garantieren als auch um eine strenge Kontrolle der Gesellschaftskräfte durch den Staat zu gewährleisten. Beide bilden wesentliche Säulen der politischen Bewegung des Peronismus und haben als solche - also als bürgerliche Organisationen - wie jede "bürgerliche" Opposition mit den Militärs kollaboriert, soweit das von der Militärdiktatur erwünscht war.

genauso wie der Imperialismus wußte, auf seine organische Allianz mit der "nationalen" Bourgeoisie zu setzen (2).

So bildete sich eine gepanzerte "soziale Demokratie" in einer rückständigen kapitalistischen, jedoch bürgerlichen Gesellschaft, wo sich die chronischen Folgen ihrer inneren Zerbrochlichkeit und ihrer Abhängigkeit vom Ausland vervielfachten und durch die Auswirkungen der Weltkrise verschärften.

Heute wiederholt sich das historische Phänomen eines wirtschaftlich rückständigen Landes, wo die Bourgeoisie die vollendeten Waffen importiert, die sich zur Verteidigung ihres Wirtschafts- und Gesellschaftsregimes international bewährt haben. Gestern, im Spanien der dreißiger Jahre, probierte sie gegenüber einem entschlossenen Proletariat HINTEREINANDER die "klassische" bürgerliche Republik aus, die sich des Massakers der Proletarier mit Unterstützung der Sozialdemokratie rühmen kann, dann probierte sie die "Volksfront" aus, Festung des Staates und Schlichter des Proletariats von Barcelona, bevor sie den Weg der Gewalt OHNE PHRASEN des Francismus einschlug. Heute in einer zunehmenden wirtschaftlichen und sozialen Unsicherheit probiert sie in Argentinien GLEICHZEITIG die Regierungsaktion der bürgerlichen "Arbeiterparteien", die Beteiligung der Gewerkschaften an der Bestimmung und Verteidigung der Staatspolitik, die entfesselte Gewalt der sowohl legalen als auch illegalen bürgerlichen Kräfte und den trügerischen Charme der GEPANZERTEN DEMOKRATIE aus. In diesem Sinne enthüllt das "peronistische Experiment" eine internationale Tendenz. Symptomatisch ist ebenfalls die Tatsache, daß das Proletariat diesem "Experiment" auf seinem Klassenterrain geantwortet hat und daß es mit der offen konterrevolutionären Rolle des Opportunismus zusammenstoßen mußte.

o o o

Allein die PRT und die MONTONEROS (die kürzlich verboten wurden) sind heute in Opposition zum Staat, was ein Bild der äußersten politischen Schwäche des argentinischen Proletariats zeigt.

Die Opposition des "linken" Peronismus als kleinbürgerliche - und NUR kleinbürgerliche - Reaktion auf den Imperialismus ist sowohl situationsbedingt als auch ökonomisch, wie es ihre Opposition zum Staat in der Periode der Militärregierung war. Die Bourgeoisie brauchte nur das Räderwerk ihres Staates mit einer demagogisch "antiimperialistischen" Variante zu schmücken, damit sich die ganze Unnachgiebigkeit des "linken" Peronismus in bedingungslose Unterwerfung unter die Verteidigung des Staates wandelte.

(2) Der Imperialismus hat sich nicht geirrt: zwei Jahre nach der Rückkehr des Peronismus an die Regierung, der nach demagogischen Schlagworten dieser Zeit die "nationale Befreiung", den Kampf gegen die ausländischen Monopole und die Liquidierung der finanziellen Abhängigkeit des Landes bringen sollte, stiegen die Auslandsschulden von 6.441 Millionen auf 10.000 Dollar, während die Regierung behauptet, daß "sich das ganze Land ((UNSERER)) fruchtbarer Zusammenarbeit mit den multinationalen Interessen erfreuen muß" (Präsidentenrede, LA NACION, 23. 6. 1975).

Seine widerstandslose Kapitulation vor der systematischen Entfernung seiner Kader aus den Staatsposten (die rein ADMINISTRATIV verlief); seine Verteidigung der Regierung bis zum Winter 1974; seine Unterwerfung unter das BERUFSVERBÄNDENGESETZ, das die Gewerkschaftsbürokratie noch mehr stärkte; seine gegenwärtige Opposition zum "Sozialpakt", die weit davon entfernt ist, eine prinzipielle Opposition zu sein, da er diesen Pakt während seiner Unterstützung der Regierung Campora, die ihn eingeführt hatte, guthieß; seine Werbekampagne um die Armee und um den General Carcagno - der Henker von Cordoba - als Fahnenträger des Antiimperialismus; seine Suche nach einer argentinischen Bourgeoisie, mit der er ein "revolutionäres Bündnis" eingehen kann: all das zeigt wohl - wenn es überhaupt notwendig ist! -, daß sich der Krieg zwischen den offiziellen und "extremistischen", peronistischen Strömungen nicht aus revolutionären Prinzipien ergibt, die den Letzteren eigen wären, sondern aus dem Bedürfnis des Ersteren, jede, auch die kleinste, Infragestellung der strengen Staatskontrolle über die Gewerkschaften und der heutigen Allianz zwischen den herrschenden Klassen zu verhindern. Die geringste demagogische oder reformistische Öffnung würde ausreichen, damit sich diese Opposition in offene und bedingungslose Unterstützung des "fortschrittlichen" Staates umwandelt.

Dagegen konnte die PRT bis heute ihre Unnachgiebigkeit gegenüber dem Staat und der Regierung aufrechterhalten. Als radikalisierte kleinbürgerliche Strömung gründet sie ihre politische Strategie auf dem bewaffneten Kampf vom "focistischen" (3) Typ und auf einem "historischen Block" von Klassen und Parteien, die für den "Sozialismus" kämpfen, in den sie gern die Stalinisten, "Sozialisten" im allgemeinen, "linke" Peronisten, "revolutionäre Christen", "fortschrittliche" Abgeordnete, bis hin zu den "unnachgiebigen" Radikalen einschließen möchte: kurzum das "Volk" im allgemeinen und seine "politischen Avantgarden". Ihr "Focismus" hat sie bis heute zwar daran gehindert, vor einem der Facetten der bürgerlichen Politik zu kapitulieren, aber er hinderte sie auch wiederum daran, ihre Guerillagewalt in einer wirklichen bewaffneten Arbeiterselbstverteidigung gegen die weiße Repression zu integrieren. Ihre Klassenkollaboration öffnet andererseits den lähmenden "Volkfronten" den Weg, die entweder den Kampf "für den Sozialismus und gegen den Imperialismus" (FAS) oder die Verteidigung der bürgerlichen Demokratie gegen die Regierung und die Eventualität eines militärischen Staatsstreiches mittels einer "patriotischen, antifaschistischen und demokratischen Front" zum Ziel haben, die sie allen "wirklich demokratischen" Bourgeois und Opportunisten vorschlägt, und nichts anderes als ein ekelhaftes Anhängsel einer gepanzerten Demokratie darstellen kann.

Gerade weil der Kapitalismus in Argentinien eines seiner schwächsten Glieder hat, führt er hier das perfektionierteste Arsenal der bürgerlichen Verteidigung ein, dasselbe Arsenal, das mit seinem "Sozialpakt", seinen "Arbeiterregierungen",

(3) Entsprechend der Theorie des Guerrilla-Focus" von Che Guevara.

seine Integration der Gewerkschaften in den Staatsapparat, seine Vermehrung der "Volksbefragungen", die sich mit der Entfesselung des weißen Terrors abwechseln, von der "entwickelten" Bourgeoisie der imperialistischen Zentren und von ihren opportunistischen Lakaien als der Gipfel des "sozialen Fortschritts" der "entwickelten Gesellschaften" gepriesen wird. Das Weltproletariat muß darin die verstärkte Bestätigung der Prinzipien der revolutionären Vorbereitung sehen, die voraussetzt, daß man die Ketten radikal sprengt, die die Arbeitermassen an den Staat und an die bürgerliche Demokratie fesseln; daß man den "Sumpf" des Opportunismus und der Klassenkollaboration ununterbrochen bekämpft; daß man mit der militanten Aktion in Verteidigung der revolutionären Theorie und Organisation, im Kampf um die Verteidigung der Lebens- und Kampfbedingungen der proletarischen Massen die gesamte Bewegung den höchsten Erfordernissen des proletarischen Kampfes, des revolutionären Aufstandes und der Errichtung der revolutionären Klassendiktatur unterordnet.

(P.S.: Dieser Artikel, der im September 1975 in französisch erschien, war bereits übersetzt und für den Druck vorbereitet, als die Guerrilleros - die bewaffneten Vertreter kleinbürgerlicher Verzweiflung gegenüber einem krassen und unaufhaltsamen Proletarisierungsprozeß - versuchten, mit einer grausam unterdrückten Kamikaze-Aktion das Kräfteverhältnis in Argentinien zu beeinflussen. Dieser Aktion war ein Putschversuch militärischer Einheiten vorangegangen, dessen Ergebnis ein weiterer Zusammenschluß der Peronisten mit den Streitkräften war. Die Zuspitzung der krisenhaften Entwicklung in Argentinien - deren Entschärfung die Bourgeoisie wie üblich mit der Doppelstrategie: einerseits WAHLEN, andererseits erbarmungslose Unterdrückung aller Kräfte, die diese Entwicklung auf der Ebene einer politischen Aktion ausdrücken, vorbereitet - beweist zum x-ten Mal wie ohnmächtig die Gewalt von zweifellos unterdrückten Schichten sein kann, wenn sie als Erscheinungsform einer AUSSERPARLAMENTARISCHEN OPPOSITION auftritt und nicht im Rahmen des Klassenkampfes gegen den Staat überhaupt. Die argentinische Entwicklung zeigt aber auch, welche Kräfte das Proletariat zur Verfügung haben wird, wenn es wieder parteipolitisch organisiert als ORGANISATOR DER GESELLSCHAFT auftritt.

* * * * *

INTERVENTIONEN DER PARTEI

Frankreich:

Klassensolidarität mit dem Kampf der Soldaten

(Aus Le Proletaire, Nr. 207, Nov. 1975)

Die Organisationsbemühungen der französischen Soldaten, auf die die französische Bourgeoisie mit einer breit angelegten Repression geantwortet hat, was für den Opportunismus aller Schattierungen erneuter Anlaß, grundsätzliche Solidarität mit dem bürgerlichen Militarismus zu bekunden und zu praktizieren: im Rahmen des opportunistischen Lagers stellte und stellt sich lediglich die Frage, ob eine "Demokratisierung" der Streitkräfte zur erwünschten Steigerung der "Lebensfähigkeit" der "nationalen Verteidigung" führen kann oder nicht. Was die meisten "linken" (in Wirklichkeit zentristischen oder akademistischen) Gruppen angeht, ist der Kampf der Soldaten wiederum Anlaß, sich jeweils in das Fahrwasser des Opportunismus zu begeben oder die übliche pseudo-extremistische und klassenfremde Enthaltsamkeit zu üben.

Nachstehend eins der im Laufe der letzten Monate von unseren französischen Sektionen verteilten Flugblätter. Zu einer umfassenden Darstellung der Fragen des Antimilitarismus und revolutionären Defätismus, und der Organisation und der Tageskämpfe der Soldaten weisen wir die Leser auf die verschiedenen Artikel in "Le Proletaire", vor allem in den Nr. 200 bis 202 von 1975 hin.

Proletarier! Genossen!

Die Bourgeoisie bereitet sich mit aller Härte darauf vor, die mutigen Soldaten des 19. Regiments von Besançon zu schlagen. Diese sollen das schreckliche Verbrechen begangen haben, sich für die Verteidigung ihrer Lebensbedingungen und ihrer elementarsten Rechte organisieren zu wollen.

Das ist ein Beispiel für die Verbissenheit der Regierung. Wenn sie ein paar Broschen verteilen mußte, um die großmütige Welle der letzten zwei Jahre zu glätten, versucht sie heute den kämpferischen Soldaten das Rückgrat zu brechen.

Proletarier! Genossen!

Unsere Söhne und Brüder, die der Kapitalismus aus der Fabrik oder aus der Schule in die Kasernen schickt, leben unter viel schlechteren Bedingungen als wir, die durch den Despotismus der militärischen Hierarchie noch verschlimmert werden. Letztere vereint die totale Willkür der militärischen Vorschriften und die höchste Isolierung der Soldaten mit dem barbarischen Geist einer "Erziehung" im Sinne der Jagd auf den "Nigger", den "Viet" oder den "Bicot" ((Kuhfladen = Schimpfbezeichnung für die Algerier)) in den kolonialen Kriegen. Man beschränkt sich

nicht darauf, unsere Brüder in Uniform einem Regime zu unterjochen, das das geringste menschliche Gefühl ausmerzt, sondern versucht auch, ihnen den Haß auf die "Roten" und im allgemeinen auf den Arbeiterkampf einzupflanzen, mit dem Ziel, sie bei Bedarf gegen uns zu benutzen.

Daher brauchen unsere Brüder in Uniform dringend unsere unterschiedene Hilfe. Sie müssen wissen, daß sie nicht allein sind, daß sie mit unserer Solidarität rechnen können.

Proletarier! Genossen!

Die Parteien, die sich als "Arbeiterparteien" ausgeben und die Gewerkschaften führen, möchten die Verteidigung der Soldaten mit der Verteidigung der bürgerlichen Streitkräfte versöhnen. Genauso wie in den Betrieben, wo sie die Arbeiterforderungen dem ungestörten Fortgang der Produktion und der Volkswirtschaft unterordnen, ordnen sie die Soldatenforderungen der militärischen Disziplin unter. Im Fahrwasser der Bourgeoisie wollen sie in der Tat unter dem Vorwand der "Vaterlandsverteidigung" eine starke Armee, die sich in den kolonialen und imperialistischen Raubzügen wirksam schlagen kann.

Diese Parteien und die Gewerkschaftsführer können auch die Organisation der Soldaten nicht anders auffassen, als in Form von "Vereinen", wo die Soldatenvertreter von ihren Vorgesetzten überwacht werden. Genauso wie sie die kühnsten Arbeiter als "Abenteurer", die "offensichtlich vom Arbeitgeber bezahlt werden", anschwärzen, verleumdete sie heute unsere Brüder, die sich UNABHÄNGIG VON DER MILITÄRHIERARCHIE organisieren wollen, als "Provokateure", die, wie könnte es anders sein, "im Auftrag der Regierung" handeln!!

Damit werden diese "Arbeiterparteien" und Gewerkschaftsführer zu direkten Komplizen der Bourgeoisie und der Militärs, festeste Säule der Klassenherrschaft!

LASSEN WIR NICHT ZU, DAß UNSERE BRÜDER DEN UNGESTRAF TEN SCHLÄGEN DER OFFIZIERE AUSGELIEFERT WERDEN! DER KAMPF UNSERER BRÜDER IN UNIFORM IST UNSER KAMPF!

Alle, die dieses elementare Bedürfnis verstehen, müssen sich innerhalb und außerhalb der Gewerkschaften organisieren, um an die gesunde und glorreiche Tradition des proletarischen Antimilitarismus wieder anzuknüpfen! Kämpfen wir in den Gewerkschafts- und in allen Arbeiterversammlungen, damit diese die unwürdige Position der vorgeblichen "Arbeiterführer" zurückweisen, und den Kampf unserer Brüder materiall und moralisch unterstützen.

FÜR DAS ORGANISATIONSRECHT DER SOLDATEN !

UNTERSTÜTZT DIE SOLDATENFORDERUNGEN !

NIEDER MIT DEM BÜRGERLICHEN MILITARISMUS UND SEINEN LAKAIEN,
DEN REFORMISTISCHEN FÜHRERN !

ES LEBE DIE KLASSENEINHEIT DER PROLETARIER AUS FABRIK UND KASERNE!

Gewerkschaftsgruppen der Internationalen Kommunistischen
Partei (10. Nov. 1975)